

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zustellungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhebt täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummern oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Beiträge und Besprechungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (hellgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 2. April 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Preussische Gewerbeaufsicht.

Die Berichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten über das Jahr 1908

sind soeben erschienen, und zwar — in diesem Jahre zum ersten Male — früher als die Berichte der anderen Bundesstaaten. Offenlich sieht die Regierung auch fernerhin darauf, daß die Berichte möglichst schnell nach dem Schluß des Berichtsjahres erscheinen. Je früher sie erscheinen, desto besser können sie verwertet werden.

Der Inhalt der Berichte ist leider wiederum ebenso wenig befriedigend wie in den früheren Jahren. Das ist zu einem guten Teil noch immer darauf zurückzuführen, daß der Kulturstaat Preußen viel zu wenig Gewerbeaufsichtsbeamte angestellt hat. Am Schluß des Berichtsjahres waren es 33 Regierungs- und Gewerberäte, 151 Gewerbeinspektoren, 87 Hilfsarbeiter und 5 Hilfsarbeiterinnen, zusammen 276 Beamte. Das ist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 1 Regierungs- und Gewerberat, 5 Gewerbeinspektoren, 2 Hilfsarbeitern und 1 Hilfsarbeiterin. Am 1. April d. J. sind hinzugekommen: 6 Gewerbeinspektoren, 2 Hilfsarbeiter und 1 Hilfsarbeiterin. Es hat demnach eine ganz ungenügende Zunahme in der Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten stattgefunden. Konnten die Beamten doch im letzten Jahre nur 47,9 Proz. der Fabriken und der diesen gleichgestellten Betriebe sowie einer noch viel geringeren Bruchteil der anderen revisionspflichtigen Betriebe revidieren. Mehr als die Hälfte der Betriebe sind im ganzen Jahre ganz unbeachtet von den Gewerbeaufsichtsbeamten geblieben. So lässlich ist es in Wahrheit mit der Gewerbeaufsicht in Preußen bestellt.

Dabei gehen die Gewerbeaufsichtsbeamten bei ihren Revisionen leider nur zu oft nicht mit der nötigen Gründlichkeit vor. Zwar haben die Beamten in 3110 Anlagen Zuwiderhandlungen gegen die Arbeiterschutzvorschriften ermittelt, während dies im Vorjahre in 3586 Anlagen geschehen ist. Diese Zahlen geben aber kein richtiges Bild, da den Beamten ja die Mißstände in der größeren Hälfte aller Betriebe, die sie im Laufe des Jahres gar nicht betreten haben, unmöglich bekannt werden konnten.

Bei der näheren Durchsicht der Berichte über die einzelnen Aufsichtsbezirke stößt man nur zu oft auf eine recht oberflächliche Behandlung der Arbeiterfragen. Die alten, schon längst widerlegten Uebertreibungen in bezug auf die angeblich unüberwindlichen Schwierigkeiten, wenn es gilt, einen wirksamen Arbeiterschutz durchzuführen, leben in den meisten Berichten noch immer fort. Außerdem fällt in den Berichten der ganz besondere Eifer der Berichterstatter auf, „oben“ nicht anzustoßen. So ist es bezeichnend, mit welcher Vorliebe die Beamten über die wirtschaftliche Krise und deren Folgen für die Arbeiter berichten. Wir erfahren nur, daß meistens der Geschäftsgang schlecht gewesen, und infolgedessen der Verdienst der Arbeiter vermindert worden ist. Einige Berichterstatter fügen noch hinzu, daß die Lebensmittelpreise so teuer wie bisher geblieben sind, und die Lebenshaltung der Arbeiter auf diese Weise erschwert worden ist. Wie verderblich die Verschlechterung der Lebenshaltung sein muß, darüber bringen die Berichte kein Wort. Dagegen verzeichnen sie bei jeder Gelegenheit, daß hier oder dort Lohnherabsetzungen nicht vorgekommen sind. Was doch für gute Menschen diese Unternehmer, die die Löhne jetzt nicht kürzen, sind! Als Probe sei die folgende Stelle aus dem Bericht über den Regierungsbezirk Münster angeführt:

„Die Lebenshaltung der Arbeiter hat sich gegen das Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die Preise der Lebensmittel blieben etwa auf gleicher Höhe. Lohnkürzungen, Betriebs-einschränkungen oder Entlassungen haben trotz des Niederliegens einzelner Industriezweige nur in geringem Umfange stattgefunden, obgleich man es manchem Arbeitgeber nicht wohl hätte verargen können, wenn er sich durch diese Mittel vor größerem Schaden bewahrt hätte. Wiederholt fiel den Beamten beim Betreten der Fabrikräume auf, daß die Arbeiter umherstehen und mangels stöcker Beschäftigung sich etwas zu tun machten. Ein langgedienter Meister in einem großen Betriebe mit einem alten Arbeiterkamm beschäftigte diese Beobachtungen mit dem Venterken, daß die Firma, solange nicht zwingende Notwendigkeit vorliege, von Arbeiterentlassungen nichts wissen wolle, und daß die Betriebsinhaber zur Zeit schlechten Geschäftsganges sich nur ungern im Betrieb zeigten, um das Umherstehen der Arbeiter nicht mitanzusehen zu müssen. Hoffentlich danken ihnen die Arbeiter dieses schonende und wohlwollende Verhalten.“

Eingehender sind in den diesjährigen Berichten folgende Punkte behandelt worden: die Vermittlung der Gewerbeaufsichtsbeamten bei Streiks und Aussperrungen, der Wert der Arbeitsbücher, die Verdrängung der Männerarbeit durch Frauenarbeit in Fabriken, in welchem Umfange besteht die ständige Wechsellöhne, in welchem Umfange und in welcher Weise ist sie in den letzten Jahren beseitigt worden, die Unfälle an Pressen und Stangen, die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in den Kalksandsteinfabriken, die Verurlaubung von Arbeitern unter Weiterzahlung des Lohnes oder unter Gewährung von Urlaubsgeldern. Aber auch über diese Punkte sind die Mitteilungen der Berichterstatter doch meistens recht mangelhaft.

So viel ergeben die Berichte: Die Gewerbeaufsichtsbeamten können nur sehr selten bei Streiks und Aus-

sperrungen vermitteln. Die Arbeitsbücher sind, wie selbst viele Arbeitgeber versichert haben, ohne Wert; höchstens leisten sie den einen Dienst, wenn das Alter der jungen Arbeiter festgestellt werden soll. Die Wechsellöhne besteht noch immer und oft und ist auch in den letzten Jahren nur selten beseitigt worden. Gegen die Unfälle an Pressen und Stangen und um die Gesundheit der Arbeiter in den Kalksandsteinfabriken zu schützen, ist noch manches zu tun. Ferien werden den Arbeitern nur in einigen wenigen Fabriken, namentlich in Buchdruckereien und Brauereien, gewährt.

Am interessantesten sind die Mitteilungen der Berichterstatter über die Verdrängung der Männerarbeit durch Frauenarbeit. Vom Jahre 1907 auf 1908 ist in den Fabriken und den ihnen gleichgestellten Betrieben die Zahl der beschäftigten Arbeiter

von 3 069 498
auf 3 019 498

gefallen, und zwar die Zahl der Arbeiterinnen über 16 Jahre

von 563 100
auf 560 309,

die Zahl der männlichen Arbeiter über 16 Jahre

von 2 277 642
auf 2 230 381.

Die Abnahme ist demnach bei den männlichen Arbeitern auch relativ viel größer als bei den weiblichen Arbeitern. Die Berichterstatter teilen denn auch mit, daß, wenn auch selbstverständlich „nicht allgemein“, so doch in einer langen Reihe von Betrieben der verschiedensten Art Arbeiterinnen zu solchen Arbeiten herangezogen worden sind, die bisher von männlichen Arbeitern verrichtet wurden. So in der Zigarrenindustrie, in der Textilindustrie, in der Metallverarbeitung, in Möbelfabriken, in Fleischwarenfabriken, Buchdruckereien usw. Allerdings vollzieht sich diese Entwicklung nicht nur in den letzten Jahren, sondern bereits seit langer Zeit. In einigen Fällen haben übrigens auch männliche Arbeiter Arbeiterinnen verdrängt. Jedoch sind das nur verschwindend wenig Ausnahmefälle.

Die Zollpolitik des Deutschen Tabakvereins.

Der in der erweiterten Ausschussführung des Deutschen Tabakvereins am 23. März im Savoy-Hotel, Berlin, mit 80 gegen 21 Stimmen gefasste Beschluß: „dem Reichstagsamt und der Finanzkommission den Vorschlag zu machen, 41 Millionen Mark neuer Steuern vom Tabak aufzubringen zu lassen in der Weise, daß der Zollfuß für ausländischen Rohtabak, soweit er für Zigarren und Zigaretten Verwendung finden soll, von 85 M. auf 140 M., der Rohtabak für Rauch-, Kau- und Schnupfzwecke von 85 M. auf 100 M., die Inlandsteuer für Zigarren und Zigaretten von 45 M. auf 75 M., für Rauch-, Kau- und Schnupfzwecke von 45 M. auf 50 M. erhöht wird“, ist schleunigst von dem freimüthigen Abgeordneten Romfense und dem nationalliberalen Abgeordneten Dr. Weber unter Mitwirkung der Herren vom Tabakverein zu einem Gesetzesvorschlag verarbeitet und bei der von der Finanzkommission gebildeten Subkommission eingereicht worden.

Die Sache ist sehr schlau eingefädelt. Vor aller Welt werden die beiden Herren, welche die Vaterhaft für den Antrag übernommen haben, behaupten, sie handelten im Einverständnis mit der Mehrheit der Industriellen. Nichts ist jedoch unwahrer als eine solche Erklärung. Was bedeuten denn die Stimmen von 80 Großfabrikanten gegen mehr als 20 000 selbständige Betriebsinhaber in der Tabakindustrie? Der Beschluß des Tabakvereins ist von den kleinen und mittleren Existenzen in der Zigarrenindustrie mit großer Empörung aufgenommen worden. Der westfälische Tabakverein hat sofort in seiner von 208 Mitgliedern besuchten Hauptversammlung einstimmig gegen den Beschluß des Deutschen Tabakvereins Stellung genommen. Die gewaltige Demonstration, welche kürzlich in Herford stattfand, beweist, daß ganz Westfalen sich zum Kampfe für seine Selbsterhaltung gegen den Tabakverein und seine liberalen Blutsfreunde im Reichstage rüstet.

Wir haben schon im November vorigen Jahres auf den sich hinter den Kulissen abspielenden Kuhhandel aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, daß ein Teil der Großfabrikanten in ihrem Interesse eine Zollerhöhung geradezu wünschten. Die Künste der Gesetzgebung soll ihnen die Handhabe bieten, die kapitalistischen Fabrikanten im Konkurrenzkampf zu vernichten. Einige Großfabrikanten haben, nachdem der Beschluß des Tabakvereins gefasst war, sofort ihre Maßnahmen getroffen, um die kleinen und mittleren Existenzen an die Wand zu drücken.

Die Produktion wird schon jetzt in wilder Eile gesteigert; den Kunden wird die Ware mit dem Hinterrück auf die kommende Zollerhöhung geradezu aufgedrängt und, um ihnen die Abnahme der Waren zu erleichtern, der Kredit um Monate verlängert. Die Sieger in dem entbrannten wilden Konkurrenz-kampfe werden die großen Kapitalisten sein. Wer nicht über gewaltige Kapitalien verfügt, kann dabei nicht mithalten.

Die hauptsächlich Geschädigten aber werden die Arbeiter sein. Die Hauptkonsumgüter, die 4, 5, 6 und 7 Pfeinig-Zigarren werden von 16 bis zu 19 Proz. vom Kleinverkaufspreis belastet werden, während die teuren Sorten mit einer geringen Preisbelastung davonkommen.

Der Rückgang des Konsums muß ein enormer werden; dazu die jetzt von Großkapitalisten betriebene Ueberproduktion, die, selbst wenn eine Zollerhöhung nicht eintreten würde, infolge der Ueberfüllung des Warenmarktes naturgemäß eine Geschäftsflaute nach sich ziehen muß.

In der kommenden Krisenperiode in der Tabakindustrie werden, genau wie nach 1879, die Arbeiter sich der Lohnreduktionen nicht erwehren können. Die vorgeschlagene Zollerhöhung bedeutet für die Arbeiter entsetzliches Unglück. Und wer sind die Personen, die ohne Rücksicht auf die Mittelstandsbesitzungen und die Arbeiter in der Industrie Rot und Glend über sie bringen wollen? Sind es Personen, die von dem kommenden Unheil keine Ahnung haben? Mit nichten, sie alle wissen, was kommen wird und muß.

Auf die Stellungnahme der liberalen Parteien zu der Zollerhöhung im Jahre 1908 haben wir wiederholt hingewiesen. Wenn man die Reden der liberalen Politiker im Jahre 1908 gegen die von der Regierung damals beantragte Zollerhöhung auf nur 125 M. pro Doppelzentner jetzt sich noch einmal durchliest, so fragt man sich, wie ist es nur denkbar, daß dieselben Personen sich heute für die weit beträchtlichere Zollerhöhung auf 140 M. erklären können?

Wenn irgendetwas das Ansehen des Parlamentarismus im Volke herabzusetzen imstande ist, dann diese Doppelgängigkeit in bezug auf die Tabaksteuerfrage.

Agrarische Staatsbetrügerei.

Professor Hans Delbrück führt im Aprilheft der „Preuß. Jahrbücher“ einige weitere Beispiele dafür an, in welcher unverschämten Weise so manche der „Edelsten“ und „Besten“ den Staat um die Steuer pressen. Interessant sind vornehmlich folgende Fälle: Eine Dame im Osten besitzt ein Gut von weit über eine Million Mark Wert. Sie hat darauf 500 000 Mark Hypothekenschulden und bezahlt — schuldig — 500 000 Mark Einkommensteuer. Ein Ziegeleibesitzer in der Provinz Brandenburg erhielt von einer Wohlfahrtsanstalt eine Hypothek, nachdem er eine Jahreseinnahme von 30 000 Mark nachgewiesen hatte. Später wurde festgestellt, daß er sein Einkommen bei der Steuerveranlagung auf 4500 M. angegeben hatte.

Ein Gutsbesitzer in Pommern deklarierte 18 M. Ertrag vom Hektar, zog dann seine Schulden ab und hatte dann fast gar keine Steuern zu bezahlen.

Ein Bauer aus demselben Dorfe deklarierte 82 M. vom Hektar. Als ein Mitglied der Veranlagungskommission vertundert fragte: „Ich denke, der Boden ist dort so miserabel, daß bloß 18 M. herauskommen“, belehrte ihn die Majorität der Veranlagungskommission, daß dies daher komme, weil bei der Separation die Bauern die fetten Stücke Land bekommen haben, während die Großgrundbesitzer sich mit dem Unland begnügen mußten.

Ein höherer Beamter aus Pommern stellte fest, daß Großgrundbesitzer, die für ihren Hausstand, gesellschaftlichen Aufwand 20 000 M. jährlich ausgeben, mit 15—1800 M. jährlichem Einkommen eingeschätzt sind. Bei den Bauern herrscht vielfach die Gewohnheit, als Einkommen den Betrag anzugeben, den sie am Jahresluß auf die Sparkasse tragen. — Ein Geistlicher in Thüringen hat festgestellt, daß in einem kleinem Orte dortselbst ein Fabrikarbeiter 1,25 M., der reichste Bauer 1,75 M. Steuern bezahlt.

Wer in den Veranlagungskommissionen auf eine schärfere Heranziehung der einzelnen Besitzten dränge, könne sicher sein, das nächste Mal nicht wieder in die Kommission gewählt zu werden.

Eine niedliche Blütenlese. Und zwar handelt es sich nicht um vereinzelte Fälle, sondern die Staatsbemogelei ist bei den Agrariern gewissermaßen das Normale, die Bezahlung des richtigen Steuerfußes eine seltene Ausnahme. So weit reicht nur bei verhältnismäßig wenigen der Patriotismus, dem Staat die richtige Steuersumme zu zahlen. Sie halten vielmehr die Staatsbemogelei für eine ihrer heiligsten Menschenrechte.

Nachträgliches zum Poststreik.

Man schreibt uns aus Paris:

Der Streik der Postbeamten war in mancher Beziehung interessant, ja ganz eigenartig. Nicht nur darum, weil die Auslandsoperation selbst so vollständig geglückt ist. Sind bei Streikbewegungen im gewerblichen und industriellen Gebiet die Vorteile auf Seite des Unternehmers, die Nachteile auf der der Arbeiter häufen, so ist's beim staatlichen Post- und Telegraphenbetrieb umgekehrt. Hier kann der Staat nicht warten, die Beamten können es. Der Staat muß für die Allgemeinheit den Verkehr ununterbrochen aufrecht erhalten, bei Drohung schwerer Krisen. Die moderne kapitalistische Wirtschaft ist ein ungemein empfindlicher Körper geworden und das kürzeste Unterbrechen der kommerziellen Nachrichten-zirkulation erschüttert ihr ganzes System. So war durch den störenden Gelbdruckverkehr die Versorgung des Pariser Marktes mit Eiern und Butter gefährdet und die Wechsellöhne konnten nicht mehr eingehalten werden. Die Beamten aber sind durch den für sie geltenden Modus der Gehaltszahlung vor der Peitsche des unmittelbar drohenden Hungers geschützt, die den Fabrikproletarier so

oft zur Kapitulation zwingt. Ganz abgesehen von den Rezerden, über die viele der Mittelbeamten, diese Kerntruppe der französischen „Späner“ zu verfügen haben. Der Kampf spielte sich also unter anderen Bedingungen ab, es entschieden ihn mehr moralische Faktoren als die wirtschaftliche Bedrängnis eines Teiles.

Aber ein anderes ist noch merkwürdiger. Der Streik der Mittelbeamten hatte eine ganz andere Psychologie als der von Arbeitern oder proletarisierten Unterbeamten. Er hat seine Formen von den kollektiven Kampfformen der proletarischen Bewegung entlehnt, aber er selbst war noch keine Episode des Klassenkampfes. Vielmehr war er zunächst eine Revolte der Bürokratie gegen die parlamentarische Demokratie. Darum auch die Sympathien, die er bis in die obersten Schichten der Beamtenschaft und in der mit dieser verflochtenen „guten Gesellschaft“ gefunden hatte. Diesen galt er als Protest gegen die Leitung eines technischen Verwaltungsapparats durch einen nicht-fachmännischen Politiker. Das war das gleiche Argument, das die Militaristen gegen die bürgerlichen Kriegsminister und Marineminister vorbringen. Sichtlich, Herr Simhan hatte durch seine hochmütige Geringschätzung der Beamtenschaft und durch seine unmanierliche Tonart ebenso wie durch die Protektionstheorie, womit er allerdings nicht den Anfang gemacht hat, den gewalttätigen Ausdruck des Unwillens provoziert. Die Korruption und Schacherpolitik der radikalen Parlamentarier hatte ihn aber vorbereitet. Hier liegt ein sehr ernstes Problem der republikanischen Staatsform vor. Daß es weder im Sinne der alten Bürokratie noch in dem des sich ganz modern gebärdenden Syndikalismus befriedigend zu lösen ist, ist nicht zweifelhaft. Die sozialkonservativen Scharfmacher werden es wohl noch zu bedauern haben, daß sie eine mit traditionellen Anschauungen verankerte Aktion, die eben nur als Massenaktion die von der Arbeiterklasse geschaffenen Formen anwenden mußte, gleich zur „sozialen Revolution“ getauft und damit die Gesellschaftselemente, die sich bisher zu den staatsbehaltenden gezählt haben, mit diesem Wort und der Idee vertrauter gemacht haben.

Die Arbeiterklasse hatte mit ihrem sicheren Instinkt ihren Platz in diesem Kampfe sofort gefunden. Sie brachte den Beamten die Sympathie entgegen, die sie für jeden von der bürgerlichen Staatsmacht Vergewaltigten und Ausgebeuteten übrig hat, ob er ein Offizier aus der jüdischen Bourgeoisie oder ein bedrängter Winger oder ein sonst mit seinen proletarischen Untergebenen gar nicht höflicher Bürokrat ist. Aber die Vermunft wußte keinen anderen Weg als ihr Herz. Denn die fortschreitende Klassencheidung der bürgerlichen Gesellschaft wird auch in der denkenden Beamtenschaft den Standesstolz durch das Bewußtsein ersetzen, als besitzlose, die Arbeitskraft verkaufende Lohnarbeiter im größten Betrieb der kapitalistischen Welt zum Proletariat zu gehören, das den Wohlstand und die Freiheit, die ihm die Gesellschaft für seine Arbeit schuldet, in einer neuen sozialen Ordnung gewinnen muß.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. April 1900.

Nachlese im Reichstag.

Aus dem Reichstag (1. April). Wie immer nach großen Debatten und übermäßig ausgedehnten Sitzungen macht sich im Reichstag eine wachsende Teilnahmslosigkeit an den Verhandlungen geltend. Trat das schon am Mittwoch zutage, so noch mehr heute. Die auswärtigen Abgeordneten drängen zur Heimreise, und die „Rückfahrt auf die Geschäftsreise des Hauses“ kehrt in den Einleitungen zu den Reden immerfort wieder.

Die Verhandlung begann um 10 Uhr morgens mit dem Reichseisenbahnamt. Genosse Böhle brachte die Beschwerden der elsaß-lothringischen Eisenbahnarbeiter vor, die ungenügend entlohnt und außerdem noch ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt werden, da man ihnen sogar die Beteiligung an politisch genehmigten Wahlrechtsdemonstrationen verboten hat. Der Minister v. Freitenbach bewies wieder, daß er ein Vertreter des starren Bürokratismus ist. Er erlaubte sich sogar, Wahlrechtsdemonstrationen für Unfug zu erklären, wofür ihm Genosse Emmelein in scharfer, aber gerechtfertigter Weise die Meinung sagte. Der Vizepräsident Kaempf leistete sich dabei wieder einen seiner berühmten Ordnungsrufe an falscher Stelle. Um 4 Uhr wurde dann eine neue Sitzung für eine Stunde später anberaumt, um die dritte Lesung zu beginnen.

In der Nachmittagsitzung wurde die dritte Lesung von dem neugewählten welfischen Abgeordneten Danenberg eröffnet, der in einer Jungfernsprache die vorstufliche welfische Auffassung vom Monarchismus entwickelte, wobei eine Hauptrolle das braunschweigische Kirchengelübde für den Herzog von Cumberland spielte. Er hatte dann aber auch auf seinen Wahlkampf gegen die Nationalliberalen angespielt, was diese Spezialfreunde der Welfen in mächtige Erregung versetzte. Der nationalliberale Abgeordnete Arnig machte seiner Entrüstung in der Bemerkung Luft, daß die beiden Welfen ja nur auf sozialdemokratischen Krücken in den Reichstag gehumpelt seien. Demgegenüber stellte der welfische Abgeordnete Götz v. Dönhusen fest, daß die Nationalliberalen sehr mit Unrecht sich darüber beklagten; denn er habe in seinem Wahlkreis Göttingen selbst erlebt, daß die Nationalliberalen kniefällig sozialdemokratische Hilfe erfliebt hätten.

Beim Etat des Reichsamts des Innern trug Genosse Sachs die sozialdemokratische Forderung eines Reichsbürgergesetzes vor, wobei er auf die Enthüllungen über die Konferenz der Bergwerksbesitzer zurückkam. Diesen Reuten zuliebe würde jedenfalls die Regierung nicht auf die Anstellung unabhängiger Arbeiterkontrolleure eingehen. Sehr bedauerlich sei es auch, daß die Zentrumsvertreter im preussischen Abgeordnetenhaus von ihrer ursprünglichen Forderung der Arbeiterkontrolleure zurückgewichen seien. Der Minister v. Bethmann-Hollweg ging in seiner Erwiderung zwar auf einige nebensächliche Punkte der Ausführungen Sachs ein, vermißte es aber sorgfältig, das heiße Eisen der Beziehungen zwischen der Bürokratie und den Bergwerksbesitzern anzufassen. Der Zentrumsabgeordnete Becker versuchte vergeblich, die schwächliche Haltung seines Kollegen Imbusch zu verteidigen, während Genosse Huebermann den Minister zu ausgiebigerer Auskunft zu nötigen suchte, aber nur erreichte, daß der Staatssekretär sich hinter die demnächst zu erwartenden Maßnahmen der preussischen Regierung verschante.

Schließlich gab es in später Stunde noch ein konfessionelles Gezänk zwischen dem Abgeordneten Erzberger (Z.) einerseits und dem württembergischen Bundesratsbevollmächtigten v. Köhler sowie den beiden Nationalliberalen Sieber und Everling andererseits,

bis schließlich das übermüdete Haus um 9 Uhr sich auf Freitag vertagte.

Abgeordnetenhaus.

Bei Schluß der Donnerstagsitzung waren im preussischen Abgeordnetenhaus, abgesehen von den Rednern, die sich zum Wort gemeldet hatten, nur noch drei Mitglieder anwesend — der Präsident und die beiden amtierenden Schriftführer. Diesen Kerntreue erlaubt es die Würde ihres Amtes nicht, wenn es ihnen zu langweilig wird, den Sitzungssaal zu verlassen. Die übrigen Vollvertreter sind besser daran, sie haben die Wahl, ob sie zuhören wollen oder nicht, und so groß auch sonst die Gegensätze sind, darin waren sich alle Parteien einig, daß das Anhören der Lokalmisere eitel Zeitvergeudung ist. Ja, selbst diejenigen Redner, die ihr Sprachsplein hergeleitet hatten, waren so unhöflich, sich der Wirkung ihrer Worte zu entziehen, ihrem Nachfolger den Platz auf der Tribüne zu räumen, selbst aber aus dem Saale zu fliehen. Wird dies System konsequent weiter befolgt, dann spricht der letzte Redner buchstäblich vor leeren Bänken. Aber was tut man nicht alles, um seine Pflicht gegen die Heimat zu erfüllen?

Am Freitag sollen die Ferienferien beginnen.

Eine Liebesgabe für die Industrie.

Um die Parität zwischen den Industriellen und Agrariern zu wahren, sollen auch die Industriellen aus den Taschen der Steuerzahler eine niedliche Staatsdotations erhalten. Dem Reichstage wird demnächst ein Gesetzentwurf zugewiesen, der eine andere Regelung im Rechnungswesen der Berufsvereinigungen bezweckt. Er soll gleichzeitig mit dem neuen Steuergezetzen erledigt werden. Das Unfallversicherungsgesetz legt dem Reich die Pflicht auf, die Unfallrente vorzuschußweise zu bezahlen. Am Jahresschluß wird dann den Berufsvereinigungen mitgeteilt, welchen Betrag für vorausgelagte Unfallrenten sie an das Reich zu zahlen haben. Diese Summe ist bisher auf dem Wege des Umlageverfahrens aufgebracht worden. Das Reich wurde durch diese voranschüssliche Bezahlung der Renten um so schwerer getroffen, als die verfügbaren Mittel nicht einmal zur Deckung der laufenden Ausgaben des Reiches hinreichten. Die vom Reich auf Rechnung der Berufsvereinigungen geleisteten Vorschüsse beziffert sich im Jahre 1900 auf 157 488 494 M. Diese Vorschüsse konnten nur im Wege der Bezahlung von Schatzanweisungen aufgebracht werden. Den Diskontaufwand, der 1900 auf 16 Millionen Mark stieg, hatte das Reich zu tragen.

Mit diesem System soll nun gebrochen werden. Künftig sollen die Berufsvereinigungen dem Staate Vorschüsse in der Höhe des mutmaßlichen Rentenbedarfs zahlen. Die Berufsvereinigungen verfügen aber nicht über hohe Vermögensbestände. Die Regierung meint, es sei deshalb eine unbillige Härte, wenn man die Berufsvereinigungen zwingen wolle, etwa am 31. Dezember 1900 die vom Reich geleisteten Vorschüsse in Höhe von 165 Millionen Mark an das Reich zu zahlen und gleichzeitig dem Reich für 1910 Vorschüsse in Höhe des mutmaßlichen Bedarfs zur Verfügung zu stellen.

Um die Industrie zu schonen, ist nun das Reichsschatzamt auf folgenden Ausweg verfallen. Am 31. Dezember 1900 — dem Ende der Vorschußleistung durch das Reich — schulden die Berufsvereinigungen dem Reich etwa 165 Millionen Mark. Dieser Betrag soll nicht in einer Summe zurückgefordert, sondern in eine Schuld verwandelt und mit 5 1/2 Proz. verzinst sowie ferner mit 3 1/2 Proz. amortisiert werden, so daß die Schuld in 20 Jahren getilgt wäre. Die Höhe der Verzinsungs- und der Amortisationsbeträge — pro Jahr 5 800 000 M. — will das Reich übernehmen. Das bedeutet in 20 Jahren eine Liebesgabe an die Industrie in Höhe von rund 100 Millionen Mark.

Ein recht interessantes Projekt, das aufs treffendste die Tendenz der deutschen Finanzpolitik illustriert. Während das Reich sich in der schwierigsten Finanzlage befindet und dem Volke eine Belastung seines Lebensunterhalts mit 400 Millionen Mark neuer Steuern droht, bedt das Reichsschatzamt einen Plan aus, der den industriellen „Notleidenden“ auf Volkskosten ein Extrageschenk von 100 Millionen Mark in den Schoß wirft.

Unannehmbar.

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt haben will, plant man jetzt die Nachlasssteuer durch eine Erweiterung der Erbschaftsteuer zu ersetzen und zwar soll nicht der ganze Nachlass, sondern bloß der einzelne Erbfall besteuert werden. Kleine Erbschaften sollen verschleppen. Das agrarische Blatt erklärt demgegenüber, daß auch dieser Vorschlag für die Junker völlig unannehmbar sei. Die grundsätzlichen Bedenken der Agrarier seien gegen diese Steuer dieselben wie gegen eine Nachlasssteuer.

Christler wäre es, wenn das Junkerblatt erklären würde, daß das Agrarierium grundsätzliche Bedenken gegen jede Steuer hat, die die Agrarier nicht ausschließt. Gleichzeitig verpörrt die „Deutsche Tageszeitung“ die Landbesitzer, die zugunsten der Finanzreform stillstünden. Dagegen müßte es jeder agrarischen Versammlung, und wenn sie im entlegensten, unbekanntesten Winkel des Reiches stattgefunden hat, die denkbar größte Bedeutung bei, sobald dort irgendeine Resolution gegen die Erbschaftsteuer gefaßt wurde.

Zur Arbeitslosenversicherung.

Im bayerischen Ministerium des Innern fand am 30. März eine von der Regierung einberufene Konferenz von Vertretern bayerischer Städte, der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände statt, die sich mit der Frage der Arbeitslosenversicherung befaßte. Es wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, sie möge ein Musterstatut für eine kommunale Arbeitslosenversicherung ausarbeiten lassen. Ein Vertreter der Industriellen erklärte, er müsse entscheiden wann er von allen Maßnahmen, die geeignet seien, die Sozialdemokratie zu stärken. Zu solchen „gefährlichen“ Maßnahmen sei auch die Einführung einer staatlichen oder kommunalen Arbeitslosenversicherung zu rechnen.

Das Zentrum und die Reichsfinanzreform.

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (M. Gladbach) veröffentlicht eine Zuschrift an ihrem Leserkreis, worin Beschwerde geführt wird über das Verhalten des Zentrums gegenüber der Finanzreform. Die Zentrumspresse, so heißt es da, mache sich lustig über die Verlegenheit des Reichstages, der Finanznot Herr zu werden, sie stärke den Widerstand gegen die Nachlasssteuer und rate gegenüber den drängenden Steuerfragen zum Abwarten. Dann heißt es:

„Das Abwarten“ fängt für uns, die wir tollischer mit weiteren indirekten Steuern bedacht werden sollen, nachgerade an quälend zu werden. Uns, den Arbeitern und sogenannten Reuten, kann es nicht wurscht sein, ob eine Grundlage der neuen Finanzreform gefunden und wie sie aussieht. Ohne schädliche und wirkliche Heranziehung des Volkes keine indirekten Steuern mehr! — so lautet die Parole, die auch unsere Zentrumsparthei ausgegeben. Schön! Aber wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß es einfachere Wege zum Ziele gäbe, wie die, die unsere Partei bis heute gegangen. Warum lehnt sie immer noch horribändig die Nachlasssteuer ab, mit der eine solche Grundlage der Finanzreform gefunden wäre? Die Nachlasssteuer, die vor Jahren bereits ein Zentrumsabgeordneter empfohlen hat!“

Den Bedenken der bäuerlichen Bevölkerung, so heißt es weiter, könne leicht Rechnung getragen werden; eine Nachlasssteuer sei unter

Umständen für die bäuerlichen Betriebe besonders günstig; einmal könnte der Hauptbetrag einer solchen Steuer dem beweglichen Besitz aufgeladen werden, dann aber könnte die Nachlasssteuer auf eine gesunde soziale Verteilung des Bodens hinwirken als Gegengewicht gegen die Zunahme des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes. Weiter heißt es:

„Die mittelbäuerlichen Schichten sind einfach gegen diese Steuer verhezt worden. Ihr Groll dagegen beruht in mangelhafter und einseitiger Information. Sollte es einer so festgesetzten Partei, wie der unsrigen, nicht möglich sein, hierin die notwendige Klarheit zu schaffen?“

Diese Frage beweist, daß die katholischen Arbeiter sich selber nicht klar sind über das Wesen der Partei, der sie ihre Interessen anvertrauen. Das Zentrum ist vorwiegend von agrarischen Interessen geleitet aus dem einfachen Grunde, weil vier Fünftel seiner Mandate vom Lande stammen. Selbstverständlich hat das Zentrum auch gewisse Rücksichten auf seinen städtischen Besitz zu nehmen, aber wenn die katholischen Arbeiter und Kleinbürger gehört zu werden wünschen, dann müßten sie ihre Ansprüche in ganz anderer Weise geltend machen, als sie bis hierher zu tun pflegten. Auch hierin sind ihnen die Zentrumsagrarien über.

Größtentwahn.

Die Geschichte der christlichsozialen Partei ist eine fortlaufende Reihe von Mißerfolgen. Der Plan ihres Gründers Stöcker, durch eine christliche Arbeiterpartei die Sozialdemokratie zu überwinden, fiel gründlich ins Wasser, so gründlich, daß der Plan, kaum daß seine Ausführung versucht war, auch schon wieder aufgegeben wurde. Und das weitere Unternehmen Stöckers, das Kleinbürgertum bei seinen antiparlamentarischen Kriegen zu packen und eine große antisemitische Mittelstandspartei ins Leben zu rufen, geriet nicht viel besser. Die Eroberung eines einzigen Reichstagswahlkreises (Siegen-Wittgenstein-Viedenslopf) mit rückständiger Bevölkerung war lange Jahre der einzige Erfolg, dessen sich die Christlichsozialen rühmen durften.

Neuerdings haben sich die Christlichsozialen an die christliche Gewerkschaftsbewegung herangemacht und spielen sich dort auf, als ob sie die ganze evangelische Arbeiterschaft hinter sich hätten. Bei den letzten Reichstags- und Landtagswahlen versuchten sie, die Konservativen und Nationalliberalen zur Enträumung von Arbeiterkandidaturen aus christlichsozialen Reihen zu veranlassen, indem sie sich als das berühmte „Jünglein an der Wage“ in Erinnerung brachten. Aber auch dieses Liebeswerben war vergebens, da die genannten Parteien den Einfluß der Christlichsozialen richtig genug einschätzten.

Jüngst haben die Christlichsozialen nun noch den Schmerz erleben müssen, daß sie ihr altes und sicheres Reichstagsmandat — Siegen-Wittgenstein-Viedenslopf — einbüßten. Um so verwunderlicher erscheint es, wenn sie in einem ihrer Organe, der Wochenschrift „Die Arbeit“, großartige Pläne entwerfen, wie sie der Welt ihre Macht zeigen wollen. Wer nicht weiß, daß die Christlichsozialen bei den letzten Reichstagswahlen etwa 60 000 Stimmen insgesamt aufgebracht haben, der muß nach dieser Darstellung glauben, daß ihre Anhänger nach Hunderttausenden zählen. Es heißt da:

„Wir sind in diesem Augenblicke mit unserer parteipolitischen Entwicklung an einem Punkte angelangt, wo wir sagen dürfen: in verschiedenen Wahlkreisen haben wir bei den Reichstagswahlen die überwiegende Mehrheit; in einer Reihe von anderen Gegenden werden wir auf Grund unserer Organisation demnächst von ausschlaggebender Bedeutung sein und in einer Anzahl von weiteren Wahlkreisen bilden wir heute schon das Jünglein an der Wage bei der Entscheidung.“

Das ist zum Teil eitle Renommisterei, soweit es sich auf die „ausschlaggebende Bedeutung“ bezieht, zum Teil offenkundiger Schwindel, soweit von der „überwiegenden Mehrheit“ die Rede ist, deren sich die Christlichsozialen in „verschiedenen Wahlkreisen“ rühmen. Sie haben jüngst erst in ihrem ältesten und sichersten Wahlkreise eine Schlappe erlitten, ein Beweis, wie es mit der „überwiegenden Mehrheit“ aussieht. In Siegen-Wittgenstein-Viedenslopf hatten die Christlichsozialen bei der letzten Erbschaftwahl 13 400, ihre Gegner 17 000; in der Stichwahl fielen sie hinein. In Dillenburg-Westerland (Abg. Burdhardt) fügten sie im ersten Wahlgange, weil Zentrum und Bündler auf eigene Kandidaturen verzichteten und ihre Stimmen auf den Christlichsozialen vereinigten. In Wehlar-Altenkirchen (Abg. Behrens) wandte ebenfalls das Zentrum seine Wähler gleich im ersten Wahlgange dem Christlichsozialen zu, der auf diese Weise in die Stichwahl kam, und hier mit Hilfe der Konservativen über den Nationalliberalen siegte. In beiden Wahlkreisen können sich die Christlichsozialen nur höchstens 20 Proz. der abgegebenen Stimmen zuschreiben; sie verdanken beide Mandate den Ultramontanen und Konservativen.

Behörden und Vereinsgesetz.

Am 22. März hatte, wie wir sofort gemeldet haben, die Polizei zu Magdeburg eine vom Holzarbeiterverband einberufene öffentliche Agitationsversammlung, in der über das Thema: „Wer schützt die Interessen der Holzarbeiter?“ referiert werden sollte, kurzerhand aufgelöst, da nach ihrer Meinung diese Versammlung eine politische und also anmeldepflichtig sei. Gegen diese Maßnahme der Polizei ist sofort der Klageweg beschritten worden.

Für Sonntagvormittag war nun die Fortsetzung der Versammlung beantragt worden. Ein Polizeiaufgebot von 20 Mann unter zwei Kommissaren meldete aber schon den Versichern, daß die Versammlung wieder inhibiert werden würde, diesmal aber nicht durch Auflösung, wie sich ein Kommissar privatim äußerte, sondern durch Erzwingung des Ueberwachungsrechts. Daß es nach dieser Absicht die Versammlung mit der Fortsetzung der Tagesordnung nicht so eilig hatten, ist erklärlich, und so wurde vorläufig aus der Versammlung erst ein bis 1 Uhr mittags während der polizeilich überwachten Frühstückspause. Nach der Eröffnung der Versammlung versetzten sich zwei Beamte zum Leiter und eröffneten ihm, daß die Versammlungsbildung nicht vorchriftsmäßig erfolgt sei, forderten aber auch zugleich die Ueberweisung eines Platzes zum Ueberwachen, da auch diese Versammlung von der Polizeibehörde als politische betrachtet würde. Dafür den Beweis zu erbringen wurde von ihnen abgelehnt, der Versammlungsleiter weigerte sich aber ebenso, den beiden Beamten einen Platz anzuweisen. Sie wurden vielmehr unter Verweisung auf das Hausrecht aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Doch die Polizeibehörde scheint sich zu fest auf den Plan verhasst zu haben, das Versammlungsrecht der Arbeiter nach alter, jahrzehntelanger Gewohnheit einzuführen, und so machten sich die beiden Ueberwachenden statt den gerichtlichen Austrag der Sache abzuwarten, ganz einfach im Zuhörerzimmer bequem. Da die Organisationsleitung aber nicht gewillt ist, das Recht der Arbeiter um einen Fuß breit schmälern zu lassen, so wurde die Versammlung geschlossen und für den 30. März eine Generalversammlung der Holzarbeiter des Magdeburger Bezirkes einberufen.

Nun wird sich ja ausweisen, ob die Magdeburger Polizeibehörde auch die Vereinsversammlung der gewerkschaftlichen Organisationen überwachen will, dem sozialdemokratischen Verein gegenüber hat sie es ja bereits getan.

Ein Beleidigungsprozess mit kolonialpolitischem Untergrund.

Unter dieser Schlagmarke berüchteten wir vor mehr denn Jahresfrist über einen Privatbeleidigungsprozess, den der Sohn des Kameruner Oberhauptlings Alua, Apundo Alua, wohnhaft in Altona, gegen den Marineoffizier Kapitanleutnant a. D. Bierkemann bei den Hamburger Gerichten angehängt hatte. Dieser hatte, anknüpfend an die bekannte, auch im Reichstage behandelte Beschwerde der Kameruner Häuptlinge gegen den derzeitigen Gouverneur v. Puffiker, von dem Privatkläger, den er als den Urheber der Beschwerde bezeichnete, in einer Zuschrift an die Preussische Korrespondenz behauptet, „der Beschwerdeführer sei ein minderwertiges

Subjekt, der wiederholt wegen großer Diebstähle sowohl in Amerika wie in Deutschland mit Gefängnis bestraft worden sei." Der Prozess schwebt schon seit mehr als drei Jahren, weil wiederholt in den Kolonialgebieten mahnende Zeugen, höhere Regierungsbeamte usw. vernommen werden mußten.

„Prinz“ Alwa hat in Altona eine höhere Lehranstalt bis Obersekunda befehligt und er erhielt von seinem Stamm ein Kopfgeld von 50 Pf. pro Monat, jährlich etwa 7200 M. Diese „Apanage“ ist ihm eine Zeitlang von der Regierung gesperrt, dann aber wieder freigegeben worden. Wie in der Verhandlung erster Instanz, die mit der Verurteilung des Beklagten zu einer Geldstrafe von 30 M. endete, wurde von einem Pastor bezeugt, daß der Privatläufer ein guter Mensch geworden wäre, wenn jungs Grafen, die mit der schwarzen „Hohheit“ prunkten, ihn nicht verdorben hätten. Durch diesen Verlehr sei Alwa vom Schmutztafel befallen worden.

Inzwischen hat man tief in die Vergangenheit des schwarzen Gigaris hineingeleuchtet und man will in Erfahrung gebracht haben, daß er als Schachspieler in Kamerun ein Päckchen Zigaretten entwendet haben soll. (1) Zur Verurteilung, die am Mittwoch vor der Strafkammer stattfand, hatte die beklagte Seite mehrere Zeugen laden lassen, die über die moralischen Qualitäten des Mägers ausfragten. Ueber die angeblichen Vorstrafen des Alwa konnte kein Beweis erbracht werden, dagegen soll er in Gemeinschaft mit einem früheren Journalisten des „Damb. Fremdenblatt“ die Beschwörung der Hauptlinge verfaßt und sich darüber gefreut haben, als die Reichstagsabgeordnete Erzberger und Bebel die Sache im Reichstage erörterten. Er soll dem Journalisten eine Million verschrieben haben, wenn der Coup gellinge.

Nach langer Verhandlung hob das Gericht das Urteil erster Instanz auf und sprach den Angeklagten frei, indem es den Wahrheitsbeweis als geführt erachtete und ihm den Schutz des § 193 zubilligte.

Die Revisionsinstanz dürfte dieses Urteil wohl kaum aufrecht erhalten, denn von einem gelungenen Wahrheitsbeweis kann nach dem Ergebnis der Verhandlungen nicht gesprochen werden. Untersuchungen haben gegen Alwa geschwiegt, haben sich aber nicht zu Anklagen verdrückt. In deutschen Gefängnissen hat er nicht gefesselt und die Zigarettegeschäfte ist tatsächlich etwas weit hergeholt.

Militärjustiz.

Vom Kriegsgericht in Landau (Pfalz) wurde der Soldat Guthier zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er in der Trunkenheit dem Befehle eines Sergeanten, sich zu Bett zu legen, nicht befolgt hat; ein Verbrechen, das also nach militärrechtlichen Begriffen schlimmer ist, als wenn er einige Zivilisten halbtotgeschlagen hätte.

Das „Mist“ als militärisches „Erziehungsmittel.“

In einer Kriegsgerichtsverhandlung in Reg., in der sich ein Dragoner wegen Gehorsamsverweigerung zu verantworten hatte, wurde festgestellt, daß das Ausmisten als ein Strafmittel angewendet wird.

Der Soldat, der sich gegen den Befehl „Ausmisten“ vergangen hatte, weil er sich seiner Disziplinwidrigkeit bewußt war, erhielt vier Wochen strengen Arrest zubüßt.

Die Balkankrise.

Belgrad, 1. April. Der österreichisch-ungarische Gesandte Graf Fergas übermittelte heute mittag dem Minister des Äußeren Milovanowitsch die Antwort der österreichischen Regierung. Diese nimmt darin die serbische Note vom 30. März zur Kenntnis, spricht den Wunsch nach nachbarlichen Beziehungen aus und erklärt, daß die neuen Handelsvertragsverhandlungen sofort aufgenommen werden können.

Mit dem heutigen Tage ist zwischen Österreich-Ungarn und Serbien der vertragslose handelspolitische Zustand eingetreten. Die österreichische Regierung veröffentlicht die folgende Mitteilung: Da der Handelsvertrag mit Serbien nicht abgeschlossen worden ist, jedoch die Aussicht besteht, daß das Übereinkommen in den nächsten Tagen perfekt wird, so hat die Regierung die Grenzpostämter angewiesen, den autonomen Zolltarif anzuwenden. Falls jedoch ein provisorisches Übereinkommen mit Serbien zustande kommt, wird das Verfahren auf Grundlage der Weisung angewendet. Im Grenzverkehr gelten die bisherigen Erleichterungen.

Dementi.

Belgrad, 1. April. Das serbische Pressbureau ist ermächtigt, die Nachricht, daß Minister Milovanowitsch ein radikales Klub erklärt habe, Rußland hätte versprochen, die Verteidigung der Sache Serbiens in die Hand zu nehmen, sobald sich eine günstige Gelegenheit bieten werde, für unbegründet zu erklären. Ebenso werden natürlich von offizieller Seite die Nachrichten über die Verzichtsabsichten Königs Peter bestritten.

Belgien.

Die Zwangsarbeit im Kongo.

Brüssel, 1. April. Die Deputiertenkammer nahm im Verlauf einer Interpellation über die Zwangsarbeit im Kongo einstimmig die Zustimmung des Kolonialministers Renkin eine Tagesordnung an, die als nächste Reformen in der Kolonie verordnete: Erhöhten Arbeitslohn, Zahlung in Geld sowie Beschäftigung der Eingeborenen nur in ihrem Bezirk verlangt.

In zweiter Lesung wurde hierauf der Neunstundentag als Maximalarbeitstag für Bergarbeiter mit 123 gegen 8 Stimmen angenommen.

Italien.

Die neue sozialistische Parlamentsfraktion.

Obwohl bei den letzten Wahlen 42 Sozialisten gewählt wurden, zählt die neue sozialistische Parlamentsfraktion doch nur 41 Mitglieder, da Genosse Ettore Cicotti wegen prinzipieller Abweichungen abgetrennt hat, der vorwiegend reformistischen Fraktion beigetreten. Es ist dies ein für die italienische Parteigeschichte neuer Fall, und wir halten es für bedauerlich, daß Cicotti es nicht über sich vermocht hat, trotz seiner Meinungsunterschieden die gemeinsame Arbeit mit der Fraktion zu versuchen. Von den 41 Fraktionsmitgliedern stehen zwei außerhalb der Parteiorganisation: Moranzoni ist Syndikalist und ist als solcher mit seinen Gesinnungsgenossen zusammen aus der Parteiorganisation ausgetreten. Er erklärte sich aber jetzt bereit, sich bei einer Parteisektion einzutragen, da er in dem Syndikalismus nicht eine dem Sozialismus entgegenstehende Bewegung sähe, sondern vielmehr den echten marxistischen und revolutionären Sozialismus. Mancini, Abgeordneter für Pescara, ist unorganisiert und hat erklärt, es bis auf weiteres bleiben zu wollen. Die Autonomie der italienischen Parlamentsfraktion läßt es befremdlich zu, daß ihr Mitglieder angehören, die außerhalb der Parteiorganisation stehen. Wir erinnern an Turati und Treves, die als Mitglieder der Mailänder autonomen Partei zur Parlamentsfraktion gehörten, an Bissolati und De Felice. Die Fraktion wählte die Genossen Costa, Bissolati und Turati zu Mitgliedern ihres Exekutivkomitees und Morgari zum Fraktionssekretär. Um den finanziellen Bedürfnissen des Fraktionssekretariats genügen zu können, wurde auf Antrag Turatis all den Wahlkreisen, die sozialistische Vertreter haben, zur Pflicht gemacht, 200 Lire jährlich an die Fraktion zu bezahlen. So baut die Parlamentsfraktion ihre Autonomie immer mehr aus und nähert sich dem Ideal, das die Reformisten aufsteben, nämlich einer vom Parteivorstand unabhängigen Einheit, die nur ihren Wählern, nicht dem Parteitag Rechenschaft schuldig ist und sich doch für berufen hält, an der Leitung der Partei Anteil zu haben und sich eigentlich für den einzig Berufenen und wahren Vorstand der Partei ansieht.

Rußland.

Kommunalwahlen in den Ostseeprovinzen.

Im lettischen Teil der russischen Ostseeprovinzen (Gouvernement Livland und Curland) entfaltet die Sozialdemokratie Lettlands aus Anlaß der jetzt stattfindenden Wahlkampagne für die Kommunalverwaltungen eine rührige Agitation in Stadt und Land. Diese Bewegung ist für die Sozialdemokratie Rußlands eine fast neue Erscheinung. Außer in Lisslis im Sommer 1907 hat die Sozialdemokratie noch nirgends an den Kommunalwahlen teilgenommen. Um so mehr verdient diese Bewegung jetzt Beachtung, als sie Zeugnis ablegt von der ungebrochenen Energie der russischen Sozialdemokratie, die ungeachtet der blutigen Reaktion jede Gelegenheit benützt, um abermals in den breiten Massen der Bevölkerung festen Fuß zu fassen und die Interessen der arbeitenden Massen vor dem Ansturm des Großgrundbesitzes und des Kapitals zu verteidigen.

Schon Anfang 1905 entfalte die Sozialdemokratie Lettlands — damals fast ausschließlich in den Dörfern — eine energische Agitation gegen das bestehende Kommunalwahlrecht. Diese Agitation trug in bedeutendem Maße dazu bei, daß die Gemeindeverwaltungen in den Dörfern und kleinen Städten im November und Dezember 1905, als die revolutionäre Bewegung die Oberhand gewann, abgesetzt und durch neue Gemeindeverwaltungen ersetzt wurden, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts (für Männer und Frauen) gewählt wurden.

Die Acta der Strafexpeditionen vernichtete mit blutiger Faust die demokratischen Gemeindeverwaltungen. Die alten Gemeindeverwaltungen hielten wieder ihren Einzug. Das Interesse für die Kommunalinstitutionen war in den breiten Schichten der Bevölkerung auf einige Zeit vollkommen verschwunden. Dann aber erwachte es mit neuer Kraft. Die Sozialdemokratie Lettlands, die 1905 die Führung in der Kommunalwahlkampagne übernommen hatte, fühlte auch bei den ungleich schlechteren Verhältnissen der nachfolgenden Jahre das Bedürfnis, diese Agitation wieder aufzunehmen.

Bei den bevorstehenden Wahlen gelten Erfolge auf dem flachen Lande keineswegs für ausgeschlossen; denn obgleich die Landarbeiter bloß ein Zehntel Stimmrecht besitzen (je zehn Landarbeiter wählen einen Vertreter für die Wahlversammlung, während die Hofbesitzer das volle Stimmrecht genießen), sind sie numerisch acht- bis neunmal stärker als die Hofbesitzer.

Viel schlechter steht es in dieser Beziehung in den Städten. In Riga z. B. liegen die Dinge so, daß zu den in den nächsten Wochen stattfindenden Wahlen bloß ein Prozent der Einwohnerschaft das Wahlrecht besitzt. Trotzdem hält die Parteiorganisation in Riga die Beteiligung an den Wahlen für notwendig und entfaltet eine energische Agitation. Die Lage ist allerdings schwierig, da die Sozialdemokratie nicht nur gegen die deutsche, sondern auch gegen die lettische Großbourgeoisie anzukämpfen hat. Wie wir hören, sollen die Riga'schen Demokraten dem sozialdemokratischen Kommunalprogramm sympatisch gegenüberstehen. Im allgemeinen wird schon jetzt infolge der Wahlagitation allseits in Stadt und Land eine starke Belebung der organisatorischen Tätigkeit der Sozialdemokratie konstatiert.

Aus der Partei.

Eine Frankfurter Angelegenheit.

Einige Parteiblätter bringen in etwas sensationeller Aufmachung die Meldung, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion in der Stadtvorordnetenversammlung zu Frankfurt a. M. (andere Mitglieder, so die Genossen Brühne, Dittmann und Quard, fehlten) den städtischen Etat bewilligt habe. Die Fassung der Resolution läßt durchblicken, daß diese Bewilligung die gleiche Handlung sei, wie die Bewilligung der Landesbudgets durch die sozialdemokratische Landtagsfraktion Bayerns und Wadens. Davon kann indes höchstens insofern die Rede sein, als die Begründung des beabsichtigten Beschlusses, die der Genosse Zielowski im Stadtparlament gab, ungefähr ebenso unlogisch ist, wie die Begründungen, die seinerzeit die badische und die bayerische Landtagsfraktion in den betreffenden Landtagskammern herausbrachten. Insofern nämlich, als der logische Schluß der scharfen Kritik an der Politik des Magistrats und der bürgerlichen Mehrheit des Stadtvorordnendenkollegiums die Ablehnung des städtischen Etats hätte sein müssen. Aber darüber mögen die Frankfurter Genossen mit ihren Stadtvorordneten rechten. Die Genossen im Reich haben keinen Grund, sich darüber aufzuregen, da die Rürdberger Resolution sich nicht auf die Budgets der Gemeinden bezieht und die Annahme oder Ablehnung eines Gemeindebudgets mit der eines Staatsbudgets durchaus nicht gleichzusetzen ist. Wir haben schon während der Debatten, die dem Parteitag von Rürdberg vorausgingen, diesen Standpunkt hier vertreten und ausgeführt, daß sich die Bewilligung eines Gemeindebudgets — unter Umständen natürlich — mit unseren Grundfahnen vertrügen kann. Ob das in Frankfurt a. M. der Fall ist, wissen wir nicht. Vier Redaktoren der Frankfurter „Vollstimm“, die Genossen Quard, Quint, Wendel und Wittlich wenden sich in einer Erklärung gegen die Bewilligung, der fünfte, Genosse Zielowski, tritt dafür ein. An den Frankfurter Genossen ist es, das für und Wider zu erwägen und ihre Meinung zu sagen. Dagegen halten wir es für überflüssig, aus Anlaß der Frankfurter Abstimmung die Frage, ob die Sozialdemokraten für ein Gemeindebudget stimmen dürfen, prinzipiell zu erörtern. Zum mindesten ist der gegenwärtige Zeitpunkt nicht dazu geeignet.

Vom Fortschritt der Presse. Trotz der Krise, die eine starke Abwanderung aus dem Industriebezirk zur Folge hatte, ist es den Genossen des Wahlkreises Bochum gelungen, die Abwesenheitszahl des „Vollstimm“ im Laufe des Winters um 1300 zu steigern. Dies ist vornehmlich einer intensiven Hausagitation zu verdanken, die in allen Orten durchgeführt wurde.

Die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund teilt mit, daß sie neben ihren bisherigen regelmäßigen Beilagen „Nach der Arbeit“ (Unterhaltungsbeilage), „Die Genossin“ (Frauenbeilage), „Der junge Kamerad“ (Jugendbeilage) noch eine vierte regelmäßige Beilage unter dem Titel „Wissen ist Macht“ vom 1. April an erscheinen lassen wird. „Wissen ist Macht“ soll eine literarische Beilage sein, deren Aufgabe es in erster Linie sein soll, den Parteigenossen ein Wegweiser zu sein durch das Gebiet der Neuerscheinungen der Parteiliteratur und der für die Arbeiterleser in Betracht kommenden Teile der besseren bürgerlichen Parteiliteratur.

Aus der geeinigten Partei.

Paris, 30. März. (Fig. Ver.) Der neugewählte Deputierte von Marseille Dousson ist unter etwas ungewöhnlichen Umständen Mitglied der geeinigten Partei geworden. Vor drei Wochen drang er im zweiten Wahlgang gegen einen radikalen Kandidaten und gegen den Kandidaten der geeinigten Partei, Cremieux, durch. Er hatte in der Wahlagitation eine das sozialistische, regierungsfeindliche Politik vertretend. Nach seiner Wahl meldete er seinen Beitritt zu einer Pariseiler Bezirksorganisation an, die ihn auch aufnahm, und nun hat der Föderationskongreß mit allen gegen drei Stimmen diesen Beitritt zur Kenntnis genommen. Die Situation ist recht merkwürdig. Denn Dousson hätte, weil ihm die vorgeschriebene Parteizugehörigkeit fehlte, nicht Kandidat der geeinigten Partei werden können und nun ist er, wenn der Parteitag nicht den Pariseiler Beschluß läßt, Abgeordneter

und zwar, nachdem er in einer Wahlkampagne gegen den Kandidaten der Partei aufgetreten ist. Für die Mängel der Parteiorganisation selbst in großen Arbeiterzentren ist der Vorfall bezeichnend. Daneben aber auch für die steigende Anziehungskraft, deren sich die geeinigte Partei nach den neuesten Erfolgen erfreut. So ist z. B. kürzlich der Pariser Gemeinderat Kobarre, übrigens einer der verdienstlichsten und sozialpolitisch unterrichteten Kommunalpolitiker in den Gemeinderatsklub der geeinigten Partei eingetreten, der er jahrelang als „unabhängiger“ ferngeblieben war. — Dagegen ist der Deputierte Rozier wegen Nichterfüllung seiner organisatorischen Verpflichtungen von der Seine-Föderation aus der Partei ausgeschlossen worden. Gegen den Beschluß ist Appell an den Parteitag zulässig.

Dolzeitliches, Gerichtliches usw.

Befähigt, aber nicht „geeignet“.

Genosse Armbruster ist als Beigeordneter des oberhessischen Badkreises Wilbel gewählt, aber nicht bestätigt worden. In seinem Refus hatte er auf den verfassungsmäßigen Grundfaß der Gleichheit aller Staatsbürger und die Tätigkeit vieler Sozialdemokraten als Stadtverordnete, Gemeinderäte usw. hingewiesen und über seine Fähigkeiten Beweis angeboten.

Das Urteil des Provinziallandesausschusses wies den Refus ab, es bleibt also bei der Nichtbestätigung. Interessant ist die schriftliche Begründung des Urteils. Es heißt darin: „Wenn in der hiesigen Verfassung siehe: alle Hessen sind vor dem Gesetz gleich, so habe das nicht die Bedeutung, daß jeder Hesse für jedes öffentliche Amt als gleichbefähigt und geeignet zu betrachten sei. Wenn nun der Refusant Beweise angeboten habe, daß er genügende Fähigkeiten besitze und auch bei ihm keine Neigung zu ungesetzlichen Handlungen vorhanden sei, so sei die Weigerung darüber um deswillen unterblieben, weil das von keiner Seite bestritten worden sei. Nicht darauf komme es allein an, ob er befähigt sei, sondern ob er von den befähigungsberechtigten Personen als geeignet befunden werde. Das sei aber nicht der Fall. Damit stehe aber nicht in Widerspruch, daß zahlreiche Sozialdemokraten in zahlreichen Ämtern vorzügliches leisten usw.“

Ein Parteiklassenmörder. Am 3. März d. J. erschien im Bureau des Hamburger Parteisekretariats der ungarische Parteigenosse Adolf Goldberger, der unter Vorzeigung einer angeblich von dem Budapestener Vertrauensmann ausgestellten Bescheinigung den politischen Flüchtling münzte, der von den ungarischen Behörden wirtschaftlich ruiniert und von Ort zu Ort gekehrt worden sei. Er erhielt eine Unterstüßung von 15 M., weil er vorgab, er wolle nach Paris reisen. Abends erzählte Goldberger auf einer Herberge, wie man zu Geld kommen könne, ohne viel arbeiten zu müssen. Diese Äußerung kam dem Sekretariat zu Ohren, worauf man den Ungarn beim Schöpfe nahm. Er entpuppte sich als der wegen Fehleri mit acht Monaten Gefängnis vorbestrafter Buchdrucker Franz Johann Balkfisch, geboren am 24. März 1869 in Ungarn. Am Dienstagmorgen hatte B. sich vor dem Landgericht in Hamburg wegen Betruges und Urkundenfälschung zu verantworten. Mitgliedsliste und Begleiterscheinungen soll nach seiner Behauptung ein anderer Buchdrucker gefälscht haben. Das Gericht verurteilte den Schwindler, der bis zum Jahre 1902 der ungarischen Partijorganisation angehört haben will, zu zwei Monaten Gefängnis.

Wahrheitsgetreue Polizeiberichterstattung. Zu 250 M. Geldstrafe verurteilte die Strafkammer in Duisburg den Genossen Schöck von der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“. Unser Duisburger Parteiblatt hatte die eibliche Verurteilung eines Polizeiwachtmannes kritisiert, der in einem Prozeß wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes erklärt hatte, daß er instände sei, einen wahrheitsgemäßen, zusammenhängenden Bericht über einen Vortrag zu bringen, obwohl er der Stenographie nicht mächtig sei. Das Gericht fand in dieser Kritik den Vorwurf, daß der Wachtmann es mit seinem Eide nicht genau genommen habe, während es doch selbstverständlich sei, daß der Wachtmann habe sagen wollen, er könne einen wahrheitsgemäßen Bericht herstellen, nicht aber, daß er den Vortrag wörtlich aufzeichnen könne. Der Staatsanwalt hatte nur 50 M. Geldstrafe beantragt.

Gewerkschaftliches.

Die Felisch und Geuer.

Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hielt am 29. und 30. März in Kassel seine 10. Generalversammlung ab, und zwar unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit. Wir sind aber trotzdem in der Lage, über den Verlauf der Verhandlungen berichten zu können.

Baurat Felisch, der Bundesvorsitzende, gedachte des zehnjährigen Bestehens des Bundes, der in den 10 Jahren von 2000 auf 22 000 Mitglieder angewachsen und ein „starker Mann“ geworden sei.

Baurat Geuer, Berlin berichtete über den Abschluß eines Kartellvertrages mit den Tiefbauunternehmern, der auf der Grundlage abgeschlossen wird, daß die Tiefbauunternehmer sich verpflichten, an den Orten, wo sie arbeiten, keine höheren Löhne als die in dem Berufe ortsüblichen zu zahlen. Außerdem soll dahingestrichelt werden, für ausländische im Tiefbau beschäftigte Arbeiter einen geringeren Lohn zu zahlen als den ortsüblichen. Dabei wird ausdrücklich darauf verwiesen, daß diese Arbeiter zu 90 Proz. noch unorganisiert und nicht so leistungsfähig sind wie die Deutschen.

Auf Anregung des rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverbandes wurde beschlossen, sich dem Verein der deutschen Arbeitgeberverbände anzuschließen, aber nur mit 100 000 Arbeitern, weil man dadurch 3000 M. pro Jahr sparen kann. (1)

Zur Erledigung der Vorarbeiten für die 1910 abzuschließenden Tarifverträge wurde eine Kommission eingesetzt. Baurat Eide, Leipzig sagte als Referent, er sei nur für den Abschluß eines Tarifvertrages, wenn er den Arbeitgebern Wünschen entspreche.

Einstimmig wurde eine Protestresolution gegen den Arbeitskammergeschenkentwurf angenommen und der Bundesvorstand beauftragt, beim Reichstag und Bundesrat persönlich vorstellig zu werden, um die „drohende Gefahr“ abzuwenden. Referent Generalsekretär Mielenz meinte: „Was brauchen die Arbeitgeber in der Gewerkschaftsvereinen Vertretung geschaffen, was vollständig genug wäre.“

Baurat Felisch sprach sich in einem Referat energisch gegen die Einstellung von Baukontrolluren aus dem Arbeiterstande aus und rühnte sich, daß er im preußischen Abgeordnetenhaus die „drohende Gefahr“ abgewendet habe. Auf Vorschlag von Lusche-Frankfurt a. M. wurde beschlossen, dem Reichstage, den Einzellandtagen und den Stadtverwaltungen statistisches Material zugehen zu lassen, das gegen die Zweckmäßigkeit der Baukontrolluren und dafür sprechen soll, daß die meisten Unfälle von den Arbeitern verschuldet werden.

Endlich wurde den dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Verbänden empfohlen, den Arbeitsnach-

weis für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter auf unparitätischer Grundlage bis zum 1. Januar 1910 zu errichten.

Berlin und Umgegend.

Aktion, Töpfer!

Hiermit verhängen wir wegen Lohnausfall über den Kaufmann Georg Dieckmann, Schöneberg, Luisenparkstraße 34, Generalvertreter der Ofenfabrik Wankel in Kauf, und über den Töpfermeister Gustav Artelt, Niddorf, Schiller-Promenade 27, welcher für Dieckmann die Bauten ausführt, die Sperre.

Dieckmann schließt die Bauten ab und vergiebt dann das Sehen der Ofen an einen Töpfermeister, aber zu einem Preise, bei dem niemand den Tarif zahlen kann. Wie sich nun die anderen Töpfermeister, welche von Dieckmann Nachgelagert beziehen und den Tarif bezahlen, mit Dieckmann abfinden werden, müssen wir ihnen überlassen.

Es hat den Anschein, als wenn nun Artelt und Dieckmann mit Hirschen (Gelben) arbeiten wollen, denn dieselben haben sich schon gestern den ganzen Tag vor dem gesperrten Bau herumgedrückt.

Zu Betracht kommt zurzeit der Bau Jablonskistraße, Ecke Windstraße, Bauherr H. Wylaff.

Gleichzeitig weisen wir erneut darauf hin, daß kein Kollege Extraverträge mit seinem Arbeitgeber abschließen darf. Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Firma Behrend u. Groth, welche augenblicklich einen Bau in der Charnauer Straße ausführt, wegen Beschäftigung von Wilden und Nichtbezahlung des Tarifes als gesperrt zu betrachten ist.

Die Verbandsleitung.

Die Tarifbewegung der Bauanschläger

nimmt infolge des Verhaltens der Arbeitgeber scharfe Formen an. Die Arbeitgeber haben es abgelehnt, vor dem von den Arbeitern angerufenen Einigungsamt zu verhandeln. Die Kommission der Arbeitgeber verpflichtet die letzteren durch Mundschreiben, sämtliche Positionen des nunmehr abgelaufenen Tarifs um 10 Proz. zu kürzen. Eine gestern abend abgehaltene stark besuchte Versammlung der Bauanschläger beschloß, jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sofort ihrer Kommission zu melden. — Nach dem Vorschlage derselben soll bei allen Firmen, welche eine Verschlechterung durchführen wollen, die Arbeit niedergelegt werden.

Die Aussperrung der Bauklemper.

Am Donnerstagsmorgen versammelten sich die ausgesperrten Bauklemper in Gewerkschaftslocale. Nach den Drohungen der Meister hätte man glauben können, daß die Aussperrung einen größeren Umfang annehmen würde. Die Klemper, die sofort vorgekommen wurde, ergab, daß über 201 Bauklemper die Aussperrung verhängt worden ist. Viele Meister haben nur teilweise ausgesperrt, darunter bekannte Firmen der Junung, die damit dem Beschluß ihrer Organisation nicht Folge leisteten. Einige Meister verlangten von ihren Arbeitern, daß sie sagen sollten, sie seien auf Kündigung angefaßt, damit die Meister eine gute Ausrede hätten. Die Meister wollten einwenden, sie würden von ihren Arbeitern verklagt werden, wenn sie die (vorgeschobene) Kündigung nicht einhielten. Andere Meister meinten, die Arbeiter sollten nur ruhig ihre Sachen in der Werkstatt lassen, denn die Angelegenheit werde in einigen Tagen erledigt sein. Vielen Meistern ist die Aussperrung durchaus unangenehm. Die Streikleitung hat nun ihre Gründe, dem Beschluß der Aussperrung nachzugeben, wo ihm nicht Folge geleistet wird. Teilweise Aussperrungen werden nicht gebildet. Wo einige Bauklemper entlassen worden sind, da legen auch die übrigen die Arbeit nieder. Mancher Meister möchte gern die notwendigen Arbeiten fertig stellen lassen und will dann erst aussperrern, aber die Arbeiter denken nicht daran, ihnen diesen Gefallen zu tun. In den nächsten Tagen ist jedenfalls noch eine Ausdehnung der Aussperrung zu erwarten. Die ausgesperrten verlassen sich auf das solidarische Verhalten der Bauarbeiter auf allen Bauten, wo die Kleinmeister mit Mahregelungen vorgehen. — Die Arbeiter werden gewarnt, irgend einer Aufforderung von Seiten der Meister, die Arbeit wieder aufzunehmen, nachzukommen. In allen Fällen ist zuerst das Streikbureau in Kenntnis davon zu setzen. Eine genaue Kontrolle der Bauten wird von den Arbeitern vorgenommen werden. Dem Arbeitsnachweis in der Dresdener Straße wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das Streikbureau befindet sich in der Charitéstr. 3, vorn im Laden.

Cohen gab in der Versammlung noch manche Verhaltensmaßregeln und ermahnte die Anwesenden, ihre volle Schuldigkeit in diesem aufgezweigten Kampfe zu tun. Jeder müsse sich nach Kräften beteiligen und mitarbeiten, wenn der Erfolg gesichert werden soll.

Die Wiederaufnahme der Arbeit in der Kostümbrauerei unter Anerkennung der neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen ist im allgemeinen ziemlich glatt von statten gegangen. Hier und da kam es bei einzelnen Firmen erst noch zu kleinen Reibereien und über die Firma Stella Bahler mußte zunächst die Sperre verhängt werden, doch auch diese Firma hat sich gestern bereit gefunden, den Tarifvertrag anzuerkennen. Die Beratungen der Parteien über den Stücklohntarif haben am Mittwoch begonnen, konnten aber am selben Tage noch nicht beendet werden, und zur Erledigung dieser Angelegenheit fand gestern abend nochmals eine Sitzung statt. Der ganze Tarifvertrag wird ohne Zweifel noch vor Ende dieser Woche zwischen den Parteien endgültig abgeschlossen sein, so daß diese nach kurzem, aber einmütig und geschickt durchgeführten Streik erzwungene Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Damenmantel- und Schneiderinnen nun durchaus gesichert und anerkannt ist.

Die Lohnbewegung in den Handelsgärtnereien Berlins und der Umgegend.

Mit dem 1. April waren bekanntlich die von den Gärtnergehilfen eingereichten Kündigungen abgelaufen. Zu einem umfangreichen Streik hat sich die allgemeine Lohnbewegung jedoch nicht entwickelt. Die meisten Gärtnergehilfen hatten, da sie einsehen, daß es der Gehilfenschaft ernst war mit ihren Forderungen, schon bewilligt, bevor es zur Arbeitsniederlegung kommen konnte. Uebrigens gab auch das „Handelsblatt“ für den deutschen Gartenbau“, das Organ ihres Verbandes, den Gärtnergehilfen den guten Rat, trotz der ablehnenden Haltung ihrer hiesigen Ortsgruppe die Forderungen anzuerkennen. So ist denn auch die Zahl der Gehilfen, die sich genötigt gesehen, die Arbeit niederzulegen, nur klein; es sind bis jetzt nicht viel mehr als 80 im Streik. Unter den Firmen, die nicht bewilligt haben, sind allerdings auch einige größere, die noch nicht eingeleitet haben, daß der Standpunkt, der uneingeschränkte „Herz im Hause“ sein zu wollen, denn doch nicht mehr angebracht ist. Als ein neues Kampfmittel gegen die Gehilfenschaft haben die Arbeitgeber nun eine Anzahl Stellenanzeigen in Berlin und den Vororten eingerichtet. Diese Stellenanzeigen gelten jedoch für alle Gehilfen als gesperrt und ihre Benutzung wird als Streikbruch angesehen. Uebrigens liegt für die Gehilfen noch gar kein irgendwie zwingender Grund vor, sich dorthin zu wenden. Auf dem Arbeitsnachweis des Deutschen Gärtnervereins in der Weidenburger Straße 67 werden jetzt tagtäglich so viel Gehilfen zu den neuen Bedingungen verlangt, daß es nicht immer sogleich möglich ist, alle gemeldeten Stellen zu besetzen. Das nach dem langen harten Winter eingetretene schöne Wetter hat eine außerordentlich starke Nachfrage nach Gärtnergehilfen zur Folge gehabt, und jedenfalls auch ein zu Teil dazu beigetragen, daß die Lohnbewegung ohne große Kämpfe schon zu so guten Erfolgen geführt hat. Gleichwohl muß vorerst noch dafür gesorgt werden, daß der Zugang von auswärtig nach Berlin und seinen Vororten ferngeschickten

wird. — Uebrigens sind unter den Firmen, die bewilligt haben, auch solche, die im Arbeitgeberverband als tonangebend gelten, so daß nach der ganzen Lage der Dinge anzunehmen ist, daß diejenigen, die sich noch streuben, auch bald ihren Widerstand aufgeben werden. Die Einmütigkeit der Gehilfenschaft verbürgt der Lohnbewegung vollen Erfolg auf der ganzen Linie.

Die Berliner Lithographen erhöhen freiwillig ihren Beitrag.

Das graphische Gewerbe ist durch das allgemeine Niedertreten des Wirtschaftsmarktes hart betroffen. Dazu kommt noch, daß der kommende amerikanische Schutzoll die deutsche Postkartenindustrie vollständig lahm zu legen droht, und womöglich die französische Tarifrevision dieses Beginnen noch weiter unterstühen wird. Berlin, eine der lithographischen Zentralen Deutschlands, ist durch all diese Vorommnisse seit Jahr und Tag mit besonders harter Arbeitslosigkeit der lithographischen Berufscollegen belastet. Es sind teilweise bis zu 18 Proz. aller in der Reichshauptstadt organisierten — und dies sind neun Zehntel der überhaupt vorhandenen Lithographen — arbeitslos geworden. Durch die außerordentliche Anspannung der am Orte bestehenden Vorkaufsstellen für Arbeitslose hatte sich in dem letzten Jahre ein Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben herausgebildet, welches jetzt so drückend zu werden drohte, daß unbedingt an seine Beseitigung gedacht werden mußte. Die Leitung der Lithographen folgte mit schmerzlichen Herzen dem Zwang, den Mitgliedern eine zwar relativ geringfügige, in solchen Zeiten aber besonders bittere Kürzung der Bezugsrechte vorzuschlagen zu müssen. Darauf wurde in einer stark besuchten Versammlung durch die Mitglieder der Vorstandschlag gemacht, lieber statt wöchentlich 10 Pf. 20 Pf. Beitrag zu leisten, um den in der jetzigen schlechten Zeit oft und lange arbeitslosen Kollegen die Möglichkeit zu erhalten, schon nach 26 Wochen Karenzzeit wieder für einige Wochen Unterstüfung erhalten zu können. Demzufolge werden aller Voraussicht nach demnächst die Berliner Lithographen pro Woche 1,50 M. Beitrag leisten. Die Versammlung beschloß, obgleich der Beitragserhöhung durch die Gesamtheit der Anwesenden mit einer Ausnahme zugestimmt wurde, allen Mitgliedern durch eine Urabstimmung Gelegenheit zu geben, ihrer Meinung absolut einwandsfrei Ausdruck zu geben. Durch die Solidarität wird in Berlin auch in Zukunft jeder organisierte Lithograph und Steindrucker einen Notbehelf haben, der ihn vor der allerschlimmsten Not schützt. Dazu kommt noch, daß der Gesamtverband an alle Ausgesperrten eine wöchentliche Unterstüfung von 4 M. für Ledige und 7 M. für Verheiratete zahlt, die Mittel dazu werden durch einen über ganz Deutschland gehenden Extrabeitrag von 10 Pf. pro Woche aufgebracht. Es wäre aber sehr irrig, annehmen zu wollen, daß die Löhne der Lithographen so hohe sind, daß ein wöchentlich Beitrag von 1,50 M. ein besonderes Opfer erfordert. Eine durch die Organisation in der zweiten Hälfte des Jahres 1908 in Berlin durchgeführte Statistik ergab einen Durchschnittslohn von 32 M.

Auch eine Aenderung im Versammlungsweisen ist jetzt durch die Berliner Lithographen durchgeführt worden. Die Mitgliederversammlungen sowohl als auch die Zusammenkünfte der Vertrauensleute aller Betriebe finden jetzt gleich nach Geschäftsfluß statt. Da in Berlin die englische Arbeitszeit durchgeführt ist, so beginnen die Zusammenkünfte um 5 Uhr. Zu diesem Schritt ist man gekommen, weil die riehigen räumlichen Entfernungen es sehr oft unmöglich machen, nach Geschäftsfluß die Wohnung aufzusuchen und nochmals den weiten Weg nach dem Versammlungsort zurückzulegen. Des weiteren sollbieren nur zu leicht die Verbandssammlungen mit anderen Unterrichtsreisen, Versammlungen usw.

Deutsches Reich.

Aussperrung der Steinseher und Kammer in Bielefeld. In Bielefeld wollen die organisierten Unternehmer den Arbeitern des Steinsehergewerbes einen Tarif aufzwingen, in dem neben sonstigen Verschlechterungen eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich und eine direkte Lohnherabsetzung vorgesehen ist. Da die Arbeiter die Notwendigkeit einer solchen Verschlechterung nicht einzusehen vermochten, so wurden dieselben ausgesperrt.

Die androhte Massenarbeitsperrung in der schlesischen Textilindustrie ist perfekt! Allen organisierten Textilarbeitern und Arbeiterinnen in den Fabriken Langenbielau, Reichenbach und Peterwaldau wurde das Arbeitsverhältnis für den 10. April gekündigt. Es werden mehrere Tausend Arbeiter und Arbeiterinnen in Mitleidenschaft gezogen.

Durch diesen Beschluß der Scharfmacher ist die Erbitterung der Streikenden noch gewaltig gestiegen; und mehr denn je stehen sie geschlossen da. Auch in den nicht zur Arbeiterschaft gehörenden Kreisen wächst die Erbitterung gegen das Vorgehen der Industriellen umso mehr, da die Streikenden doch nur Bezahlung nach dem vor dem Streik bestandenen Tarif verlangen. So schreibt z. B. das „Landeshuter Stadtblatt“, das nicht im Geruche besonderer Arbeiterfreundlichkeit steht, in Bezug auf die Aussperrung u. a. folgendes:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß hier ein unerhörter Eingriff zugunsten einer einzelnen Firma vorliegt, der durchaus nicht gerechtfertigt ist. Sonst liegt bei Aussperrungen die Sache so, daß die Arbeitnehmer höhere Forderungen stellen und in den Ausstand treten, worauf die Aussperrung erfolgte. Man kann über die Mittel der Aussperrung denken, wie man will, in dem gegenwärtigen Fall ist sie schon gar nicht berechtigt.“

Es handelte sich nicht um erhöhte Lohnforderungen der Arbeiter, sondern um Lohnreduzierungen, die das in Frage kommende Werk vorgenommen hat. Die Arbeiter glaubten, für die heruntergesetzten Löhne nicht mehr arbeiten zu können und legten die Arbeit nieder. Das ist ein Recht, das unbedingt jedem Arbeiter zugestanden werden muß... Es ist deshalb zweifellos nicht richtig, daß der Verband schlesischer Textilindustrieller über Arbeiter anderer Werke, die zu den geltenden Lohnsätzen ihre Arbeitspflicht erfüllen, die Aussperrung verhängt, nur um der schlesischen Wuntweberei (Reugebauer Söhne u. Pospisil) in Langenbielau Arbeiter zu verschaffen... Anlaß zu einer allgemeinen Rückwärtsbewegung der Löhne ist indes nicht vorhanden, wenn auch das Pospisil'sche Werk nicht in der Lage sein mag, dieselben Lohnsätze weiter zu zahlen, dann mag das Werk eben still liegen. Der Verband schlesischer Textilindustrieller kann sicher sein, daß er die allgemeine Sympathie gegen sich und sein Vorgehen hat.“

Den Scharfmachern kann die Brutalität ihres Vorgehens nicht deutlicher zu Gemüte geführt werden, als wie vorstehend gesehen. Eine Niederknüpfung der Arbeiterorganisation wird ihnen nicht gelingen. An der geeinigten Arbeiterschaft werden aber auch die Machtgelüste der Scharfmacher zerfallen.

Die Verhandlungen in der Holzindustrie

wurden am 30. und 31. März auf dem Mannheimer Rathause fortgesetzt. Die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter der in Betracht kommenden Städte nebst den Gau- und Bezirksleitern des Deutschen Holzarbeiterverbandes, des Artischen und des Hirsch-Dumderöder Gewerksvereins nahmen an den Verhandlungen teil. Der Glaserverband war durch seinen Zentralvorsitzenden vertreten. Fast in allen Punkten wurde eine Einigung erzielt, nur der Ablaufstermin war strittig. Die Arbeitgeber erklärten am 11. Februar 1911 festhalten zu müssen. Die Arbeiter dagegen gaben die Erklärung ab, auf dem Boden langfristiger Tarifverträge zu stehen. Aus diesem Grunde mußten die Verhandlungen abgebrochen werden. Zur Regelung dieser Frage sollen nun die Zentralvorstände in Funktion treten.

Die Münchener Bädergehilfenbewegung beendet.

In einer überaus stark besuchten Bädergehilfenversammlung erstattete am Mittwochmorgen der Lohnkommission Bericht über die Einigungsverhandlung vor dem Gewerbegericht. Der Bericht erstatter betonte, daß es diesmal unmöglich gewesen sei, mit der Forderung des 30stündigen Erjagruftages durchzubringen; diese Frage müsse durch Geiz geregelt werden. Doch mußten die Meister unter dem Einfluß dieser Forderung in bezug auf die Urlaubsfrage Entgegenkommen zeigen und betrage der Urlaub nach einjähriger Beschäftigung 4 Tage, nach zweijähriger eine Woche. Die für die gesamte Münchener Gehilfenschaft erreichten Lohnerhöhungen betragen insgesamt 285 000 M. — Erzwungenschaften, die auf dem Wege gütlicher Vereinbarungen erreicht wurden. — In der lebhaftesten Diskussion wurden von einigen Diskussionsrednern der Lohnkommission heftige Vorwürfe gemacht, daß sie den Ruhetag preisgegeben habe. Die Versammlung stimmte schließlich mit allen gegen etwa 15 Stimmen den Vereinbarungen zu.

Die Verschmelzung der polnischen Gewerkschaften. Vor drei Monaten ist der Posener Verband in der Bodumer polnischen Berufsvereinigung aufgelöst worden. Dadurch bekam letztere auch in der Provinz Posen freie Hand. Es blieb aber noch Oberschlesien übrig. Dort hatte die Berufsvereinigung nicht den geringsten Einfluß. In Oberschlesien herrschte die „Gegenseitige Hilfe“ mit ihren 3000 Mitgliedern. Mit dieser hatten sich im Dezember v. J. schon die Christen Mäße gegeben. Der Abg. Papieralski hatte den Pakt schon verbreitet. Es wurde aber nichts daraus, weil der Abg. Korianty die „Gegenseitige Hilfe“ für die Berufsvereinigung lapern wollte. Die Mitglieder standen jeder Verschmelzung sehr skeptisch gegenüber, weil das über 100 000 M. betragende Vermögen dann der betreffenden Zentralkasse zuzuführen und die Unterstüfungssätze herabgesetzt werden. Trotzdem gelang es Korianty, die Verschmelzung der „Gegenseitigen Hilfe“ mit der polnischen Berufsvereinigung perfekt zu machen. Am letzten Sonntag wurde auf der Generalversammlung der „Gegenseitigen Hilfe“ in Beuthen beschlossen, in die Berufsvereinigung einzutreten, um eine einzige nationalpolnische „Arbeiterorganisation“ für ganz Preußen zu schaffen. Wenn dadurch auch momentan der polnische Verband gestärkt wurde, so steht doch fest, daß die freien Gewerkschaften in der letzten Zeit in den polnischen Gegenden stark zugenommen haben und auch weiterhin siegreich vordringen werden.

Ausland.

Der Streik der französischen Knopfmacher beendet.

Seit 27 Tagen befanden sich in den Orten Andeville, Meru, Saint-Crepine usw. im Oise-Departement gegen 12 000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausstand. In jenen Gegenden ist seit Jahrhunderten die Knopfindustrie zu Hause; aber auch allerhand andere Gegenstände aus Horn, Knochen, Perlmutt und Holz, wie Portemonnaies, Messerschalen, Federhalter usw. werden hergestellt. Bis vor wenigen Jahrzehnten konnte man dort nur Hausindustrie; jeder hatte seine Drehbank im Hause und arbeitete selbständig und allein. Seit etwa 20 Jahren hat sich eine Umwälzung vollzogen. Es sind Fabriken entstanden, die bedeutend an Produktionskosten sparen konnten und der Auffaugungsprozess vollzog sich ziemlich schnell. Heute bilden 42 größere und mittlere Unternehmer, die zum Teil viele Hunderte von Arbeitern beschäftigen, ein Syndikat; 25 kleinere Fabrikanten sind nicht organisiert. Keine Fabrikanten, die sich herrliche Schlösser und Parks angelegt haben, auf der einen Seite; arme, in der ständalösesten Weise ausgebeutete Arbeiter (das Durchschnittsalter der letzteren beträgt 40—45 Jahre) auf der anderen Seite — das ist die Signatur in der Oise.

Die unmittelbaren Ursachen der jetzt beendeten Bewegung waren folgende: Die Löhne sind im Distrikt sehr verschieden; sie schwanken zwischen 4,25 Francs und 3,25 Francs. Die höchsten Löhne werden in Andeville gezahlt. Die Großunternehmer dieses Ortes hatten im April vorigen Jahres Lohnsätze gemacht mit dem Hinweis auf die Konkurrenz. Die Arbeiter ließen sie sich gefallen. Vor einigen Wochen versuchten die Unternehmer eine neue Lohnherabsetzung vorzunehmen; diesmal schrien sich die Arbeiter zur Wehr. Die vertrusteten Unternehmer ermunterten die Arbeiter zum Streik; wenn die billige Konkurrenz beseitigt wäre, würde man einen einheitlichen Tarif aufstellen. Es zeigte sich aber bald, daß die Großunternehmer es sich zwar gern gefallen lassen wollten, mit Hilfe der Arbeiter die Kleinen los zu werden, aber, um dann erst recht die Löhne drücken zu können.

Jetzt nun wird aus Meru berichtet, daß die Knopffabrikanten die Forderungen ihrer Arbeiter noch Lohnherabsetzung und zehnstündigem Maximalarbeitsstag bewilligt haben, wodurch der Ausstand siegreich beendet ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Verkehrsstörung auf der Hochbahn.

Infolge Kurzschlusses auf der Straße Kottbuscher Tor—Warschauer Brücke trat gestern abend um 6¼ Uhr eine Stromunterbrechung von etwa 10 Minuten auf der ganzen Strecke ein. Nachdem konnten die Züge der West-Stadtstrecke wieder verkehren, während die Züge nach dem Osten längeren Aufenthalt erlitten und zum Teil auf Kottbuscher Tor umkehren mußten. Dies verursachte natürlicherweise auch auf den anderen Strecken weitere Unregelmäßigkeiten im Zugverkehr, die unter anderem die Entleerung eines Zuges im Gleisdreieck bedingten. Von 7¼ Uhr ab wurden die Züge von Warschauer Brücke wieder fahrplanmäßig abgelassen.

Der vorerwähnte Kurzschluß hatte im Kraftwerk in der Trebbiner Straße eine Hilfsmaschine stark beschädigt. Durch ein von dieser Maschine abgelassenes Retalstück wurde eine dort gerade vorübergehende Dame am Knie leicht verletzt.

Ein Koloss auf tönernen Füßen.

Petersburg, 1. April. Bei der Beratung des Militäretats in der Duma hob Purischewitsch (extreme Rechte) das Gefühl der Trauer wegen der Ereignisse der letzten Tage hervor und sprach von nationaler Erniedrigung und von einer Schmach, die Rußland durchlebt habe. Er schob indessen die Verantwortung für dieses zweite Tschushima Rußlands zum großen Teil auf die Dumamajorität, die den mangelhaften Zustand des russischen Heeres aller Welt verkündet habe. Der österreichisch-ungarische Militärattaché, Graf Spannoni, habe kürzlich seiner Regierung über die militärische Ohnmacht Rußlands berichtet. Daraufhin habe eine Reihe herausfordernder Ate gegen Rußland begonnen und Rußland eine Art Ultimatum erhalten, das in der tausendjährigen Geschichte des Reiches unerhört sei.

Katastrophe auf einem Petroleumdampfer.

Marseille, 1. April. (B. H.) Auf dem französischen Petroleumdampfer „Zules Genti“ erfolgte infolge Entzündung von Petroleumgasen eine Explosion. Das Fahrzeug wurde zum größten Teil zerstört. Die an Bord befindlichen Personen sind entweder umgekommen, oder schwer verletzt worden. Bisher wurden sechs glücklich verfrämmelte Leichen und zehn schwer Verletzte geborgen.

Anangenehme Steuerzahler.

New York, 1. April. (B. H.) In dem mexikanischen Staat Chihuahua wurden mehrere Steuerernehmer getötet, als sie versuchten, die erhöhte Steuer einzuziehen. Die Telegraphenbrüche wurden durchschnitten. Die Regierung entsandte zwei Spezialzüge mit Truppen.

Reichstag.

239. Sitzung vom Donnerstag, den 1. April, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Breitenbach, Sadows.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der

Etat für die Verwaltung der Reichseisenbahnen.

Die Beratung beginnt beim Titel „Chef des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen“.

Abg. Dr. Will (Z.) wünscht eine Generaldirektion für Metz sowie Vorlegung der mit den Lieferanten abzuschließenden Verträge. Die Löhne der Arbeiter und Handwerker bei der Eisenbahnverwaltung sollten nicht zu sehr differenziert werden; vielfach sind sie allzu niedrig. Die Freifahrtscheinvergünstigung für Arbeiter sollte nach Möglichkeit ausgedehnt werden.

Abg. Böhle (Soz.):

Dem Beschluß der Kommission über die Vorlegung der Verträge stimmen wir zu. Herr Storz hat seinerzeit schon darauf hingewiesen, daß es ein unhaltbarer Zustand ist, wenn heute noch Verträge bestehen, wonach politische Zeitungen vom Bahnhofsbuchhandel ausgeschlossen sind. Das Verbot bezieht sich nicht bloß auf sozialdemokratische Zeitungen, sondern auch auf bürgerliche Zeitungen. Es ist unerhört, daß der Chef der Reichseisenbahn durch ein diktatorisches Vorgehen es dem Publikum unmöglich macht, seine Lektüre auf den Bahnhöfen nach seinen Wünschen zu laufen.

Die kaiserliche Generaldirektion Straßburg hat anlässlich der dortigen Kaiserparade eine Verfügung erlassen, wonach die Beamten und Arbeiter, die sich an der Illumination zu beteiligen gedächten, die Kerzen aus einem bestimmten Geschäft beziehen sollten! Dieser Erlaß mußte von den Beamten und Arbeitern als ein ungerechter Zwang zum Illuminieren aufgefaßt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich muß entschieden dagegen Verwahrung einlegen, daß sich die kaiserliche Generaldirektion anmaßt, für bestimmte Geschäfte Klebmarken zu machen. Das ist nicht ihre Aufgabe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ebenso unberechtigt ist der weitere Erlaß, der den Eisenbahnern verbietet, an Wahlrechtsdemonstrationen sich zu beteiligen. Die Durchführung solcher Erlasse bedarf natürlich der Uebertwachung, und so wird auf diese Weise ein gewisses

Spiegelum

großgeachtet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt sogar Leute, die gegen Entgelt diese „Arbeit“ übernehmen! Sehr schlecht sieht es mit der

Arbeitszeit:

1907/08 hatten die Bahnwärter in der Hauptsache noch die zwölfstündige Arbeitszeit, einige sogar bis 14 Stunden. Ebenso lag es bei den Bahnhofsbeamten; bei dem Zugbegleitungspersonal, das einen sehr schweren Dienst hat, hatten auch noch 684 Beamte 13 Stunden, 585

bis zu 14 Stunden Dienst!

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch beim Lokomotivpersonal ist noch die vierzehnstündige Arbeitszeit vorhanden, ebenso bei den Maschinenpumpen, die eine besonders anstrengende Arbeit haben. Den Maschinenpumpen sollte Gelegenheit geboten werden, sich nach der Arbeit zu reinigen. Die Arbeiter in den Nebenwerkstätten haben eine längere Arbeitszeit als die gleichen Arbeiter in den Hauptwerkstätten, obgleich sie denselben Lohn bekommen. Wenn das der Dienst erfordert, so sollte die Verwaltung für die Mehrarbeit eine Extravergütung bezahlen.

Auch mit der

Ruhezeit

des Personals ist es sehr schlecht bestellt. Im Durchschnitt kommt auf das Personal im Monat eine Ruhezeit von 3,8 Tagen! Wiederholt ist das Revisionspersonal um Dienstentlastung vorstellig geworden, aber vergebens. Der Chef der Eisenbahnverwaltung sollte es sich angelegen sein lassen, für angemessene Ruhezeit zu sorgen, um die Ueberanstrengung zu vermeiden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das

Sparsystem

steht bei der Reichseisenbahnverwaltung in voller Blüte: Das Personal wird auf das äußerste eingespart. Die Löhne sind zwar etwas gestiegen, aber bei weitem nicht in dem Verhältnis, wie die Kosten der Lebenshaltung gestiegen sind. Der Wochenlohn beträgt nur 25,70 M., davon gehen noch monatlich 7,50 M. als Beiträge für Kranken- und Pensionskassen ab, und weiter berechnet die Verwaltung den Arbeitern auch die Fahrt von der Wohnung zur Arbeits-

Kleines feuilleton.

„Apartheit Ruancierungen“ wurden neulich in einer Zeitung dem Vortrage des Prookliner Gesangsvereins „Arion“ in einer von Fremdwörtern strotzenden Besprechung nachgerühmt. Das Wort „apart“ ist ein wunderliches Ding; französisch ist es nicht. Im Französischen gibt es bloß eine adverbiale Wendung „à part“ = „beiseite“. Hierdurch ein Eigenschaftswort zu bilden, blieb den Deutschen vorbehalten; etwa wie diese auch dem Worte extra die abfälligen Endungen anhängen und sagen „ein extraes Centre“. Aber solche Wendungen pflegen doch wie „ein zuer Wagen, ein aber Knopf“, bloß der nachlässigen Sprache oder der Scharfsprache anzugehören. Mit „apart“ ist es anders. „Apartheit Ruancierungen“ oder „Roubeautés“ konnte man schon öfters von Robentwarenhandlungen angeflüchtelt finden. Aber der höchste Steigerungsgrad „apartest“ dürfte minder geläufig sein, und daß er sich in einer sonst gut geleiteten Zeitung findet, ist bedauerlich. Dabei ist die Verwendung dieses Wortes in dem Zeitungsberichte ebensowenig nötig, wie die des häßlichen Wortes „Ruancierungen“. „Feinste Abtönungen“ würde den meisten Lesern verständlicher gewesen sein. Denn so etwas hat ja wohl gelagt werden sollen. „Apart“ wird freilich auch in dem Sinne von „gesucht, unnatürlich“ gebraucht; aber so ist es hier doch wohl kaum gemeint. Zur Entschärfung des Verfassers läßt sich vielleicht annehmen, daß er gar nicht empfunden hat, wie ein Wunderding dieses Wort „apart“ ist; denn seine Verwendung läßt sich schon in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts nachweisen, so daß die Vermutung wahrscheinlich ist, es verdanke seinen Ursprung dem Dreißigjährigen Kriege.

Theater.

Deutsches Theater: „Faust“, Fassung Nr. II. „Da seh' ich nun, ich armer Tor“ und soll diesen Weltkampf der Fauste und Mephistopheles schildern, den Reinhardt inszeniert hat. Ja, wenn die Kämpfer noch gleichzeitig auftreten würden. So aber habe ich die erste Fassung nicht gesehen. Ich glaube da in derselben Lage zu sein, wie der kommune Theaterbesucher, der auch schmerzlich seine Bewunderung für Reinhardt so weit treiben wird, dreimal hintereinander den „Faust“ in verschiedener Fassung anzusehen. Wir leben zwar im Zeitalter der vergleichenden Wissenschaften, aber müssen wir deshalb auch vergleichende Genüsse einflößen? Aber vielleicht soll aus der dreifachen Fassung durch das salomonische Urteil der Kritik allmählich eine einfache werden, und wie wir heute das fertige Gemälde auch im Stadium der Skizze und des Entwurfs zu kosten bekommen, werden wir eingeladen, diesem Werkeprojekte beizuwohnen. Wir sind also die Vorleser bereit, die einmal im Deutschen Theater den bestmöglichen, den End-Faust erleben sollen.

stätte und zurück, was monatlich auch wieder 1,25 M. und bei den entfernter Wohnenden noch erheblich mehr ausmacht. Bis zu 200 M. fehlen jedem Arbeiter jährlich, um seine Familie nur einigermaßen ernähren zu können. Alfordarbeitern in Straßburg, welche in einem verkehrstarken Monat 121 M. verdient hatten, wurden nur 104 M. ausgezahlt, und der Obmann, welcher den Arbeitern mitgeteilt hatte, wieviel sie verdient hätten, wurde mit Entlassung bedroht! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als die Arbeiter sich über die Zurückbehaltung des Lohnes beschwerten, erließ die Verwaltung eine Verfügung:

„Ergeht sich in verkehrstarken Monaten ein den Durchschnitt übersteigender Mehrerdienst, so ist er nicht zu verteilen, sondern zur Aufbesserung des Verdienstes der Arbeiter in verkehrsschwachen Monaten zu verwenden.“

Da muß man doch fragen, wer verwaltet denn diese Kasse? Namentlich da die Arbeiter nicht einmal erfahren, wieviel sie verdient haben, und mit welchem gesetzlichen Recht enthält die Verwaltung den Arbeitern ihren Lohn. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Auch in den Krankenkassen sind die Arbeiter ohne jeden Einfluß. Schon im Jahre 1905 hat die Generalversammlung mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen, daß auch die ersten drei Krankentage bezahlt werden. Das ist dringend nötig, damit die Arbeiter bei leichten Erkrankungen nicht gezwungen sind, Dienst zu tun und sich dadurch sehr schwere Erkrankungen zuzuziehen. Aber die Verwaltung kümmerte sich nicht um diesen Beschluß, sondern erklärte einfach: es bleibe alles beim alten! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ferner verlangt die Verwaltung von den Arbeitern die Vorlegung des Steuerzettels. Jemand ein Recht dazu hat sie nicht. Würde sie anständige Löhne bezahlen, so würde jeder Arbeiter aus freien Stücken seine Steuer entrichten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Im vorigen Jahr hat der Vertreter der Eisenbahnverwaltung hier ausgeführt, welche Furcht er vor einem

Streik der Eisenbahnarbeiter

hat und daß er deshalb verlangt, daß die Arbeiter aus den Verbänden austreten. Ich weiß nicht, ob damit auch die christlichen Verbände gemeint sind. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Lebenshaltung der Arbeiter gehoben werden muß und daß gerade die Organisationen dazu da sind, dem Arbeiter hierzu zu verhelfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Eisenbahnverwaltung bezweckt das direkte Gegenteil. Das bezeugt deutlich die geringe Entlohnung und die Behandlung, die sie den Arbeitern zuteil werden läßt, die Unterdrückung jeder persönlichen Freiheit. Das muß dazu führen, daß die Arbeiter sich nicht als unabhängige, freie Männer fühlen können, sondern als Sklaven, und wenn wirklich einmal der von der Eisenbahnverwaltung so sehr gefürchtete Streik ausbrechen sollte, so ist allein schuld die Verwaltung; auf ihr Haupt fällt die Verantwortung, weil sie jede freie Regelung des Arbeiters zu unterdrücken sucht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wetterle (Eis.) wünscht eine bessere Verbindung von Paris nach Wien durch die Bogen; dies würde den Wünschen der elässischen Bevölkerung entsprechen.

Abg. Werner (Antis.) verlangt größere Verlässlichkeit der Handwerker bei den Lieferungen der Reichseisenbahnverwaltung und kritisiert die Kohlenverträge der Verwaltung.

Chef der Reichseisenbahnverwaltung v. Breitenbach

bestreitet die Berechtigung dieser Kritik. Auch andere, auswärtige Eisenbahnverwaltungen haben zu derselben Zeit mehrjährige Kohlenlieferungsverträge abgeschlossen, und zwar zu höheren Preisen als wir. Daraus geht hervor, daß die Eisenbahnverwaltungen sich damals alle in einer Zwangslage befanden.

Die kleinen und mittleren Handwerksmeister werden von der Verwaltung so viel wie irgend möglich berücksichtigt. — Herrn Will erwidere ich, daß unser Streben dahin geht, die tatsächlich große Differenzierung in den Arbeiterlöhnen nach Möglichkeit einzuschränken. Bei der Festsetzung der Löhne werden wir immer auf den allgemeinen Lohnmarkt Rücksicht nehmen müssen. Seit zehn Jahren haben sich die Löhne der Arbeiter der Reichseisenbahnverwaltung um 20 Proz. erhöht.

Die Kritik des Herrn Böhle war weniger freundlich als die des Herrn Will. Auch seine Anregungen werden natürlich sorgfältig geprüft werden. Die Arbeitszeit wird ständig verringert, das beweist die Statistik. Danach sind die Schichten bis zu acht Stunden in den letzten 12 Jahren von 8 auf 13 Proz. gestiegen, die Schichten von 8—10 Stunden von 37,4 Proz. auf 55,6 Proz.; die Schichten bis 12 Stunden haben abgenommen von 38,6 bis 34,2 Proz. und die Schichten von 12—15 Stunden von 13,5 auf 9,1 Proz. Auch die Zahl der Ruhetage hat zugenommen. Jeder Beamte hat jetzt mindestens zwei Ruhetage von 24 Stunden im Monat. Der Erlaß bei der Illumination in Straßburg sollte keinen Zwang auf die Arbeiter bedeuten. Die Verhinderung der

Konstatieren wir also das diesmalige Nernmergebnis in aller Kürze. Herr Veregi blieb mit seinem Faust mitten auf der Strecke liegen. Temperamentvolle Anläufe, aber kein Ziel, ohne Verjüngung ins Modern-Nerdöse (mit Renaissanceaust), aber kein Urbild des ringenden und sich auslebenden Mannes. Dieser Faust scheidet für die Vollendungsaufführung aus. Aber der Mephisto dieser Fassung läme in Frage. Paul Wegener ist ein fastiger, uranomalischer Zeufel. Kein geleckter Kavallerist und auch kein überlegener Ironiker. Ein erdgeborenes Triebwesen, das am Schabernack und Spul seinen Gefallen hat, und weiß, wo die Menschheit zu fuheln soll. Ein derber Jyniler. Das Gretchen, das Ehe Heims verkörperte, ist gut und gangbar, aber keine Idealbesetzung. Jamos war der Schüler, ein süßes Kerlchen, das die Wissenschaften wie einen Kuchen essen möchte (Herr Vendo). Marthe Schwertlein, die Kupplerin, belam durch Emile Kurz einen starken Stich ins Geziert-Witzigserliche.

Wenn so die erste Fassung ein Gretchen und die zweite einen Mephisto für die zukünftige Aufstufung geliefert hat, so dürfen wir hoffen, daß in der dritten Fassung auch ein Faust erkoren werde.

Humor und Satire.

Was weiß er? Unfähig wird aus der deutschen und französischen Annere eine Anzahl von Rekruten herausgegriffen, aus deren Wissen man auf den allgemeinen Bildungsstand der Nationen schließen will. Die Fragen lauten ungefähr: Wer war Bismarck? Was hat Moltke getan? Wo steht der Rhein? Wer war Napoleon I.? Was ist Elßah-Lothringen? Die soeben veröffentlichte französische Untersuchung hat u. a. folgende Antworten ans Licht gefördert: Ueber Napoleon: Lebte 1848. Lebte vor 20 Jahren. War hundert Tage lang Kaiser der Welt. Ehemaliger König von Spanien. Starb an Gift. Ueber Elßah-Lothringen: Eine große Stadt in Frankreich. Ein Land mit der Hauptstadt Berlin. U. u.

Neuerdings ist man nun dazu übergegangen, den Untersuchungs-freis zu erweitern. Man fragt nicht bloß Soldaten, man fragt die Generale und Minister. Und auch hierbei sind sehr bedeutsame Antworten zutagegetreten: Was ist die Verfassung? — Ein Stück Papier. Ein Strohwisch. Ein Bilderbuch für artige Kinder. Kenn' ich nicht. Gib's gar nicht.

Was ist der Meo? — Ein Land mit der Hauptstadt Rom. Ein parlamentarischer Bierabend. Ein Geldautomat.

Was will der Liberalismus? — Er will einen Zentrums-kandidaten durchbringen. Er will einen konservativen durchbringen. Er will den roten Altorde. Er will nach Norden eingeladen werden. Er will zu den indirekten Steuern recht viele direkte. Er will gratis Eisenbahn fahren. Er will einen agrarischen Kamler. Er will das Interpellationsrecht über die Frage, warum er nicht weiß, was er will. (Lustige Blätter.)

Wahlrechtsdemonstration durch Eisenbahnarbeiter kann wohl nur gebilligt werden. (Bravo! rechts.)

Was die Bahnhofszensur anlangt, so ist es selbstverständlich, daß staatsfeindliche und unsittliche Schriften ferngehalten werden. Zu den staatsfeindlichen gehören auch die sozialdemokratischen. Wir sind zwar gesetzlich verpflichtet, die Blätter der Sozialdemokratie und die Sozialdemokraten selbst zu transportieren (Weiter-keit), aber dort, wo wir die Aussicht haben, halten wir sie fern! Den Vereinigungen von Eisenbahnbeamten stehen wir neutral gegen-über, solange sie den Streik zur Durchsetzung wirtschaftlicher Forde-rungen ausschließen und sich von der Sozialdemokratie fernhalten. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Heddcher (fr. Sp.): Das Verbot, sozialdemokratische Blätter auf den Bahnhöfen feilzuhalten, wird der Sozialdemokratie keinen Abbruch tun. Das Verbot wirkt um so eigenartiger, als die sozialdemokratische Presse einen sehr energiegelassen Kampf gegen die Schandliteratur führt; wir können bei diesem Kampfe die Bundes-genossenschaft der Sozialdemokratie gar nicht entbehren. (Bravo! links.)

Abg. Storz (född. Sp.) tritt für die Beseitigung der Kohlen-ausfuhrarische ein.

Abg. Schirmer (Z.): In der Arbeitskammerkommission sind wir dafür eingetreten, die Eisenbahnarbeiter dem Arbeitskammergesetz zu unterstellen, die Regierung erklärte aber, sie würde das Gesetz schiefern lassen, wenn dies geschähe. Einen Grund dafür kann ich nicht ein-sehen; denn die Arbeiterausschüsse können keineswegs als Ersatz für die Arbeitskammern angesehen werden. Auch der Gewerbeordnung unterliegen die Eisenbahnarbeiter nicht, und die Gewerbeinspektion hat keinen Einfluß auf die Eisenbahnwerkstätten. Aber das beruht nur auf einem Erlaß des Ministers. In Bayern unterliegen die Eisenbahnarbeiter der Gewerbeordnung. Die Reichseisenbahn-verwaltung sollte hier eine Erklärung abgeben, welche Rechtsgrund-lage die Stellung der Eisenbahnarbeiter hat.

Die Erklärungen des Ministers über das Koalitionsverbot für die Eisenbahnarbeiter kann ich nicht billigen; an einen Streik denken ja die Eisenbahnarbeiter gar nicht. Zum mindesten sollte man den Arbeitern durch Ausbauen der Arbeiterausschüsse, durch Erweiterung ihrer Befugnisse entgegenkommen.

Minister v. Breitenbach:

Die Eisenbahnverwaltung ist bestrebt, die Verhältnisse der Be-amten und Arbeiter nach Möglichkeit günstig zu gestalten. Der Eisenbahnbetrieb ist kein Gewerbebetrieb und auch die Nebenbetriebe sind assentiert (wesentliche), ohne welche die Verwaltung gar nicht auskommen kann; deshalb können sie der Gewerbeordnung nicht unterliegen und in das Arbeitskammergesetz nicht einbezogen werden. Die Arbeiterausschüsse haben sich durchaus bewährt.

Herrn Heddcher bemerke ich, daß Klagen über Verkauf von Schundliteratur auf den Reichseisenbahnhöfen nicht erhoben sind. Daß die sozialdemokratische Presse an den Bahnhöfen ausgeschlossen bleibt, halte ich für selbstverständlich!

Herr Böhle beschwerte sich über die dreitägige Karenzzeit der Arbeiter bei Krankheiten; ihre verhältnismäßige Aufhebung belastete die Kasse mit 120 000 M., worauf sie auf Befehl der General-versammlung wieder eingeführt wurde. — Schließlich führte Herr Böhle noch Klage über die Einhaltung des überdurchschnittlichen Alfordverdienstes zum Ausgleich des Lohnes in verkehrsschwachen Monaten.

Diese Bestimmung beruht auf dem Arbeitsvertrage und ist in vollem Einverständnis mit den Arbeitern getroffen.

Abg. Göring (Z.) wünscht vermehrte Verlässlichkeit der Hand-werker bei der Vergabe von Arbeiten der Eisenbahnverwaltung.

Abg. Behrens (wirtsch. Sp.) bestreitet, gegen Böhle polemisierend, den Eisenbahnarbeitern das Streikrecht; im übrigen aber müsse den Eisenbahnarbeitern das Koalitionsrecht zustehen.

Abg. Emmel (Soz.):

Ich stimme dem Vordere dar in zu, daß hoffentlich im nächsten Jahre die Statsberatung nicht wieder übers Rnie gedrohen werden wird. (Zuruf rechts: Neben Sie nicht lobtel!) Wir haben uns kurz genug gefaßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine Zu-sammenstellung der Redegzeiten am Schluß des Sessionsabidmittes wird erweisen, wer die Zeit des Reichstags am meisten in Anspruch genommen hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Den hier vorgebrachten Klagen und Beschwerden setzt der Chef der Reichseisenbahnverwaltung

teils Anschließte, teils einfache Ablehnung

entgegen. Fortgesetzt will er sozialdemokratische Schriften von den Bahnhöfen verbannen und somit der Eisenbahnverwaltung durchaus nicht zu ihren Aufgaben gehörige Jenfurgeschäfte zuweisen.

Der Chef der Reichseisenbahnverwaltung hat uns ferner mit Lohnlisten aufgetwartet, aus denen hervorgehen soll, daß die Löhne der Eisenbahner

Notizen.

— Hugo v. Tschudi ist von dem Urlaub, der ihm gegen seinen Willen diktiert wurde, nach Berlin zurückgekehrt und hat trotz der schamlosen Hege, die der „Lokal-Anz.“ im Auftrage der dunklen Hintermänner gegen ihn inszenierte, sein Amt als Direktor der Nationalgalerie wieder angetreten. Es scheint demnach, daß die Rabale bisher vergeblich war. Und doch hatten die Kunstkolonialisten des „Lokal-Anz.“ nichts unberührt gelassen, um mit Mitteln, die in den Romanen der Sacher'schen Emporlesefabrik an der Tagesordnung sein mögen, den hervor-ragenden Organisator zu stützen. Man weiß nicht, weshalb es, um sich dadurch bei Hofe, dem Tschudi unbehagen ist, einzuschmeicheln oder um den Segnern Tschudi die Wege wieder frei zu machen. Inzwischen sind von München aus Unterhandlungen angeknüpft, um Tschudi für die Leitung der Pinakothek zu gewinnen. Da in Preußen wieder der „Lokal-Anz.“ noch (wenigstens der Verfassung nach) der Absolutismus regiert, so wird im preussischen Landtage in dieser Angelegenheit wohl auch noch ein kräftig Wortlein geredet werden. Denn unseres Wissens ist Herr v. Tschudi Direktor der staatlichen Nationalgalerie und nicht der königlichen Privat-galerien, in denen der König von Preußen anstellen und entlassen mag, wen er Lust hat.

— Max Grube, der frühere Oberregisstrer des Berliner Igl. Schauspielhauses, ist an das Reinerger Hoftheater, das nach dem Brande im vorigen Jahre jetzt eben neu erstellt, als Leiter berufen worden. An derselben Stätte hatte Grube einst seinen Ruf als Schauspieler begründet.

— Ein neuer Gorki. Unter dem Titel „Sommer“ hat Maxim Gorki, wie man der Wiener „N. Fr. Presse“ aus Petersburg meldet, einen neuen Roman vollendet, der ein farbenreiches Bild aus der revolutionären Bewegung in Rußland liefert. Gorki hat hier eine Reihe von Revolutionären und Revolutionsgegnern vor-gestellt, die besonders ihre Tätigkeit auf dem flachen Lande ent-falteten und in den Gang der russischen Revolution tief eingriffen. Besonders gelungen ist ihm die Schilderung des Unterganges des Führers der revolutionären Bewegung in der Umgebung von Moskau, Jegor Petrow, dessen Gestalt lebensvoll und mit seiner psychologischen Analyse gezeichnet ist.

— Ein Kulturwerk! am Rhein. Der schweizerische Nationalrat bewilligte neam Jahresraten a 597 000 Fr. als Beitrag an die Rheinregulierung, deren Gesamtkosten sich auf zifra 30 Millionen Frank belaufen werden. Die von der Schweiz und Oesterreich gemeinschaftlich zu gleichen Teilen getragen werden. Da der Rhein an der schweizerisch-österreichischen Grenze in der Niederung des Bodensees in früheren Jahren häufig verheerende Ueberschwemmungen verursachte, so ist seine Regulierung in der Tat ein Kulturwerk ersten Ranges.

es liegen seien. Er verwechselt Real mit Nominallohn und berührt die Zenerung der Lebensmittel viel größer ist als die Lohnsteigerung. Und doch könnte Herr v. Breitenbach aus offiziellen Gewerbesammlungsberichten sich über diese unbefriedigende Tatsache unterrichten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Um sich als Freund der Koalitionsfreiheit hinzustellen, hat der Chef der Reichseisenbahnverwaltung auf die „Ausbildung“ der christlichen und kirchlich-dunkelsten Gewerkschaften hingewiesen und die Kollegen Giesberts und Behrens als Schwurgerichte aufgerufen. Herr Behrens hat sich dafür auch dankbar erwiesen und im Namen der Eisenbahnarbeiter den Verzicht auf das Streikrecht ausgesprochen! Niemand hat ihn dazu autorisiert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Koalitionsrecht ist ein unbefriedigendes Staatsbürgerrecht, und das Streikrecht gehört zum Koalitionsrecht. Vertritt man den Eisenbahnern diese Rechte, so begnadigt man sie zu Staatsbürgern zweiter Klasse, wie man das mit den Bergarbeitern im Saarrevier zu tun versucht hat. Außerdem bedeutet Verzicht auf das Streikrecht nur die erhöhte Möglichkeit wilder Streiks. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Eisenbahnminister hat von „Anfang“ der Streikdemonstrationen gesprochen. Er hat sich damit in Widerspruch zu der reichsständischen Polizei gesetzt. Die reichsständischen Polizeibehörden waren vernünftiger als Herr Breitenbach und haben solche Demonstrationen gestattet. (Sehr gut! und hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Mit dem Ausschluss von Sozialdemokraten hat sich der Chef der Reichseisenbahnverwaltung selbst auf das von ihm verpönte politische Gebiet begeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dem Arbeiter die Koalitionen vorzuschreiben, denen er beitreten darf, ist das Kennzeichen brutaler Arbeitgeber. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Glos des Präsidenten.)

Vizepräsident Kaempf: Herr Abgeordneter, Sie haben vorhin schon eine ungehörige Bemerkung gemacht. Sie haben gesagt: „Die reichsständische Polizei ist vernünftiger als der Minister v. Breitenbach.“ Das ist (mit erhöhter Stimme) ungebührlich! (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Außerdem haben Sie dem Chef der Reichseisenbahnverwaltung Brutalität vorgeworfen. Dafür rufe ich Sie zur Ordnung. (Beifall rechts, große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Emmel (Soz.) (fortfahrend): Also nochmals zum Kollegen Behrens: Er hat kein Recht, im Namen der Eisenbahner den Verzicht auf das Streikrecht auszusprechen. Und ein kurzes Wort zum Chef der Verwaltung: Sein Verhältnis gegenüber den Arbeitern zeigt, daß ihm mit dem persönlichen Adel nicht der Seelenadel gekommen ist. (Sehr gut! und stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Kaempf (wütend, die Ärmel schwingend): Diese Bemerkung ist völlig ungehörig! Ich rufe Sie zum zweiten Mal zur Ordnung! (Stürmischer Beifall rechts, Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Chef der Reichseisenbahnverwaltung Minister v. Breitenbach: Die persönlichen Angriffe des Vorredners lassen sich kalt. Selbst der „Bedarf“, das Organ des sozialdemokratischen Eisenbahnerverbandes, hat den Verzicht auf das Streikrecht ausgesprochen. (Hört! hört!) — Arbeiterauschüsse sind gut, wenn sie innerhalb ihrer Grenzen bleiben. Ein Inverbindtreten der Arbeiterauschüsse kann und werde ich nicht dulden! (Lebhafter Beifall rechts.)

Damit schließt die Debatte. Der Etat der Reichseisenbahnen wird bewilligt. Es folgt der

Etat des Reichsschatzamt.

Abg. Graf Ranitz (L.): Den geistigen Ausführungen des Herrn Wolke gegenüber stelle ich fest, daß ich von meinem Schuhmacher keinen politischen Rat erbeten habe (Heiterkeit), ich habe mir nur besätigen lassen, daß das Duedrahdole der nicht verwendbar ist, weil es nicht haltbar ist. Herr Wolke hat auch gestern wieder sein lahmendes Pferd, den Freihandel, geritten.

Abg. Kaempf (fr. Sp.): Der Freihandel ist durchaus kein lahmendes Pferd. (Widerpruch rechts.) Ihr Widerspruch wird an den Tatsachen zerfallen. Sie werden Freihändler werden in dem Augenblick, wo sie gezwungen sein werden, Ihre Produkte zu exportieren, und damit haben Sie bereits angefangen.

Abg. Dr. Weber (nall.) betont, daß die gesicherte Stellung der Landwirtschaft der deutschen Industrie und dem Handel wesentliche Vorteile gebracht hat.

Abg. Graf Ranitz (L.) polemisiert gegen eine Äußerung des Abg. Kaempf, daß die deutsche Politik die Pöllerhöbungen des Auslandes verschuldet habe. Die ausländischen Pöllerhöbungen seien vielmehr gerade in der Zeit der Caprivischen Handelsverträge erfolgt.

Abg. Kaempf (fr. Sp.): Der Unterschied zwischen dem Grafen Ranitz und mir besteht einfach darin, daß für mich die deutsche Politik nicht erst nach den Caprivischen Handelsverträgen beginnt, sondern bereits 1870. (Sehr richtig! links.)

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Etat bewilligt. Deno der Etat der Reichsschuld und einige Etatreste.

Beim Etat der Pölle, Steuern und Gebühren tritt

Abg. De Witt (Z.) für die Einführung eines Nitritzoll ein.

Reichschatzsekretär Eybow erklärt, daß diese Frage sich im Ju-

hande der Ermüdungen befindet.

Der Etat und einige weitere Etatreste werden bewilligt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß eine Interpellation

Abrecht und Wenosen (Soz.) eingegangen ist betr. die Mißstände bei den Werkpensionskassen, bei denen die aus den Betrieben aus-

scheidenden Arbeiter schwer geschädigt werden.

Die Interpellation wird auf die Tagesordnung einer der nächsten

Sitzungen gesetzt werden.

Nächste Sitzung: Deutsches Abend um 1/2 5 Uhr. (Dritte Beratung

des Etats.)

Schluß 1/2 4 Uhr.

240. Sitzung.

Am Bundesratsitzung: v. Bethmann-Hollweg, von

Cinem, v. Schoen, Kräfte, Derenburg.

Auf der Tagesordnung steht die

dritte Lesung des Etats.

Reichsamt des Innern.

Abg. Sachse (Soz.):

Ich möchte den Herrn Staatssekretär bitten, dafür zu sorgen, daß die Verichte der Gewerbeinspektoren und die Verichte der technischen Beamten der Berufsvereinigungen in viel größerer Zahl als bisher im Reichstag ausgelegt werden, damit alle diejenigen, die ein Interesse daran haben, sie auch zum Studium erhalten können.

Bei der Besprechung des Raddader Unglücks stellte der Herr Staatssekretär eine Konferenz der Vertreter der am Bergbau interessierten Einzelregierungen in Aussicht. Ich möchte fragen, ob eine solche Konferenz stattgefunden hat und wie sich die Vertreter der Bundesregierungen ausgesprochen haben. In-

zwischen hat der Reichstag eine Resolution auf Vorlage eines

ist, beweist auch das Protokoll der Geheimkonferenz der Grubenbesitzer, aus der mein Parteigenosse David deutlich das wesentliche mitteilte. Wir haben dem Herrn Staatssekretär ein solches Protokoll zur Verfügung gestellt. Wenn er studiert, wird er finden, daß er sich mit seiner bisherigen Stellungnahme vollständig auf dem Holzwege befindet und nur einseitige Unternehmerinteressen dabei vertritt. Die Grubenbesitzer wollen am liebsten die ganze Arbeiterkontrolle beiseite schieben, die Sicherheitsmänner sind das Aushängeschild, was sie zugeben. Aus dem Protokoll geht auch hervor, daß die Herren eine ungeheure Angst vor einer reichs-

gesetzlichen Regelung der Materie haben und vor der Kontrolle, bei der dann der Reichstag mitwirkt. Ich frage die Herren vom Zentrum: wie soll ein Sicherheitsmann etwas erreichen, wenn er von den Beamten, die er kontrollieren soll, abhängig ist? (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich habe verschiedene Bergarbeiter gefragt, ob sie glauben, daß das eine genügende Sicherheit ist, wenn in das Gesetz hineingeschrieben wird, daß der Arbeiterkontrollleur nicht gekündigt werden darf. Sie haben alle geantwortet: wir wissen schon, wie es gemacht wird, nirgends ist es leichter, Arbeiter hinaus zu mahregeln, als im Bergbau! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Saarbrücken sind die traurigsten Erfahrungen mit den Sicherheitsmännern gemacht worden; ich erinnere daran, daß im Giller-Krämmerprozeß unter Eid ausgesagt wurde, daß, wenn die Sicherheitsmänner Eintragungen machen wollten, sie durch Drohungen daran verhindert wurden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß vom Preussischen Landtag in dieser Frage nichts zu erwarten ist, hat auch ein christlicher Arbeitersekretär zugegeben, als er erklärte:

„Der noch auf den preussischen Landtag hofft, ist unheilbar verrückt.“

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist bezeichnend, daß das Zentrum einen der größten Scharfmacher in die Bergarbeiterkommission gewählt hat, den Grafen Strachwitz, offenbar damit die Herren Saemann usw. nicht über die Stränge schlagen.

Nachdem das Geheimprotokoll bekannt geworden ist, wird auch klar, warum der preussische Handelsminister und der Staatssekretär im Reichsamt des Innern sich auf dem Bergarbeiterkongreß nicht haben betreten lassen. Es hatte vorher die Konferenz stattgefunden, wo dem Minister von den Bergherren so übel mitgespielt wurde und wo jedenfalls auch dem Staatssekretär des Innern den Kopf gewaschen wurde. Jedenfalls hat der Bergarbeiterkongreß gezeigt, welche Mißstände im Bergbau herrschen. Der Staatssekretär sollte hier erklären, ob er seinen Standpunkt vom 27. November bezüglich der Einführung von Grubenkontrollleuren geändert hat.

Bei jeder Gelegenheit, wo es sich um Interessen der Großindustrie handelt, hören wir von der Regierung ein „Annehmbar“, sobald die Großindustriellen einschüchtern liegen, stünde es auch um den Bergbau besser. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt laufen die Scharfmacher Sturm gegen die Grubenkontrollleure, gegen die Arbeitsmänner, gegen die Arbeiterauschüsse, selbst gegen die ganz geringe Einschränkung der Arbeitszeit in der Schwerindustrie. Vor jedem solchen Ansturm sollte die Regierung nicht zurückweichen und nicht sofort Halt machen mit dem Arbeiterdamm. Nur dann könnte Deutschland an der Spitze der Sozialpolitik marschieren. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Külle (wirtsch. Bg.) wünscht Änderung des Gesetzes über den Unterhaltungswohnort, das in seiner jetzigen Fassung das platte Land benachteiligt.

Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg: Ueber die vom letzten Vorredner angeregte Frage schweben Verhandlungen mit der preussischen Regierung. — Nun zum Abg. Sachse: Daß dem Reichstage nur 20 Verichte der Gewerbeinspektoren zur Verfügung gestellt werden, liegt an dem hohen Preise (30 R. pro Exemplar.) Ueber die Fragen des Vergrechs kann ich mich hier nicht ausführlich äußern, zumal da zu der vom Vorredner angezogenen Resolution des Reichstages der Bundesrat noch keine Stellung genommen hat. Ueber das preussische Gesetz, das jetzt dem Abgeordnetenhaus vorliegt, kann ich mich doch nicht äußern, da die parlamentarischen Verhandlungen beson-

dermaßen noch nicht abgeschlossen sind. Den Kopf lasse ich mir weder von den Bergherren noch von dem Abg. Sachse und seinen Freunden waschen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Felscher (Z.): Die Angriffe des Abg. Sachse gegen meine Partei wird einer meiner Fraktionsgenossen zurückweisen. Redner tritt für Schaffung eines Theatergesetzes ein und bemerkt, er habe sich mit zahlreichen Schauspielern in Verbindung gesetzt. (Auf rechts: Auch mit Schauspielern? Heiterkeit rechts.)

Rüge der Bundesrat dem einmütigen Wunsch des Reichstages folgen und zur nächsten Session ein neues Theatergesetz vorlegen. (Beifall.)

Abg. Wänther-Sachsen (fr. Sp.) verbreitet sich über die Frage der Abonnementversicherung.

Abg. Dr. Würde (nall.) bleibt auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Behrens (wirtsch. Bg.), gegen Sachse polemisierend, behauptet, daß die christlichen Bergarbeiter die Nobelle zum Vergreß, wie sie dem preussischen Landtage vorliege, falls noch einige Verbesserungen eingelegt würden, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten als beträchtlichen Fortschritt betrachten.

Abg. Becker-Amsberg (Z.) freit, gegen Sachse polemisierend, die sozialpolitischen Verdienste des Zentrums: Während die Herren Hue und Sachse keine Bergarbeiter sind, sitzen in der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses drei Bergarbeiter. (Hört! hört! im Zentrum.)

Abg. Hue (Soz.):

Auf dem Bergarbeiterkongreß, der hier in Berlin im Februar stattgefunden hat, waren fast alle Redner praktische Bergarbeiter (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten); sie alle, auch die Angehörigen der polnischen und der kirchlich-dunkelsten Organisationen, haben sich gegen Sicherheitsmänner und für freiwillige Kontrolleure ausgesprochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf dem Bergarbeiterkongreß 1905, auf dem alle Richtungen vertreten waren und auf dem sich auch die Regierung offiziell betreten ließ, wurde ebenfalls in einer einstimmig angenommenen Resolution diese Forderung erhoben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Allmonatlich komme ich in den Bergarbeiterrevieren mit Bergarbeitern aller Richtungen zusammen, aber noch niemals ist mir ein Widerspruch gegen mein Urteil über die von der Regierung vorgeschlagenen Sicherheitsmänner geäußert worden.

Aus den kurzen Worten, mit denen der Staatssekretär die Ausführungen meines Freundes Sachse zu streifen schien, entnehme ich, daß die Regierung sich von der Wichtigkeit des Inhalts dieses Protokolls überzeugt hat. Durch das Protokoll ist die Wertlosigkeit des Systems der Sicherheitsmänner erwiesen. Ich frage den Herrn Staatssekretär: wer will die Verantwortung für das vergessene Blut übernehmen, wenn wieder Hunderte von Menschenleben durch ein Unachtsamkeit vernichtet werden? Es ist die moralische Pflicht des Staatssekretärs, dafür zu sorgen, daß das System der Sicherheitsmänner nicht durch das preussische Gesetz eingeführt wird. Sollte ein solches verbrecherisches Gesetz zustande kommen, so werden sich die Bergarbeiter das nicht ruhig gefallen lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Herr Hue hat, ebenso wie die Herren Sachse und Dr. David, auf ein Stenogramm Bezug genommen, das über vertrauliche Verhandlungen mit den Grubenbesitzern aufgenommen ist oder sein soll. Ich habe keine Veranlassung, mich mit diesem Stenogramm oder diesen vertraulichen Verhandlungen zu befassen. (Sehr richtig! rechts.) Die Herren, denen das Stenogramm zugekommen ist, mögen sich mit den Teilnehmern an jener vertraulichen Sitzung auseinandersetzen. Aber glauben Sie doch nicht, daß solche Vorgänge den Weg der Gesetzgebung, wie sie von der Regierung betrie-

ben werden, beunruhigen oder stören können. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Na! na!) Herr Hue hat das Gesetz, das jetzt im preussischen Landtag verhandelt wird, ein verbrecherisches genannt. Nun, Sie (zu den Sozialdemokraten) haben doch dort ihre Fraktionsgenossen, die Ihren Standpunkt vertreten können. Hinzufügen will ich noch, daß auch die Herren links das Bedürfnis nach vertraulichen Besprechungen haben. Glauben Sie, daß ich so neugierig bin, bei Ihnen durch das Schlüsselloch zu hören? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das besorgen die Spiegel!)

Abg. Hoch:

Auf die letzten Äußerungen des Staatssekretärs gehe ich bei der Geschäftsverhandlung des Hauses jetzt nicht ein. Das letzte Wort darüber ist noch nicht gesprochen.

Herr Hüthers Rede zeugte von seiner vollständigen Unkenntnis des Inzeratenwesens; er ist offenbar von einem Verleger informiert worden, so daß er hier eine Klammerrede für die Zeitschrift „Neierabend“ hielt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Würde hat auf meine Äußerung über die Berufsvereinigungen hingewiesen. Sie ist so verderblich für die Arbeiter, daß bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen werden muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In dem speziellen Falle halte ich meine sämtlichen Behauptungen aufrecht.

Abg. Dr. Säbikum (Soz.):

Am 26. März 1905 hat der Reichstag die Regierung einstimmig erachtet, einheitliche Wahlurnen vorzuschreiben, die das Wahlergebnis wirklich sichern. Ich frage den Herrn Staatssekretär, was in dieser Frage bisher geschehen ist.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Ich habe inzwischen eine ganze Reihe verschiedener Systeme von Wahlurnen geprüft, habe aber bisher noch kein produziert bekommen, bei dem ich mit Sicherheit annehmen kann, daß das Wahlergebnis dadurch so gesichert wird, wie es die Herren wünschen. Ueber ein mir neuerdings vorgelegtes System sind die Erhebungen noch nicht abgeschlossen.

Damit schließt die Debatte.

Abg. Gös v. Ohlenhufen (Welfe) (persönlich): Herr Dr. Arning hat behauptet, ich sei auf den Äußerungen der Sozialdemokraten in den Reichstag gehumpelt. Ich stelle fest, daß ich in verschiedenen national-liberalen Versammlungen es erlebt habe wie die National-liberalen die Sozialdemokraten auf den Knien um ihre Stimmen gebeten haben. (Große Heiterkeit.) Sie wurden aber als unzuverlässig zurückgewiesen. (Erneute große Heiterkeit.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 10 Uhr.

Schluß 9 Uhr.

Stadtverordneten-Versammlung.

13. Sitzung vom Donnerstag, den 1. April, nachmittags 6 Uhr.

Der Vorsteher Michaelis eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr. Vorweg genommen wird in der Beratung zunächst die Vorlage wegen Erwerbes fiskalischen Forstgeländes bei Schönwalde.

Stadtv. Werner (R. L.) bemängelt, daß der Kaufschilling aus der noch ungeborenen Anleihe bestritten werden soll. Diese neue Anleihe solle nicht sukzessive ingekürzt werden und es sei die Darlegung eines Finanzplanes für die nächsten fünf Jahre notwendig. Die konnte der Magistrat in einem Auszug geben. Es bestehe ferner die Absicht der Erhöhung der Kanalisationssabgabe auf 2 Proz. und gleichzeitig die Idee der Verjüngung Berlins mit landwirtschaftlichen Produkten in größerem Umfang als bisher durch eigene Betriebe mit Hilfe der Diefelgüter. Es sei demnach Ausschuhberatung notwendig, alle aber nicht vonnöten.

Stadtv. Gassel (R. L.): Die Anschaffung soll 2 Millionen betragen und bis zum 1. April erledigt werden; solche einengenden Abschüsse sollte man doch vermeiden. Weshalb ist der Vertrag mit dem Fiskus nicht im Vorhinein mitgeteilt? Den Preis von 4 1/2 Millionen halten wir für angemessen; abzuhandeln wird nichts sein. Das Terrain brauchen wir sehr notwendig; der Erwerb wird unseren Waldbesitz in erwünschter Weise vergrößern. Wir sehen eine Notwendigkeit für Ausschuhberatung und auch für die Verquickung mit unferer Finanzlage nicht ein.

Stadtrat Warggraf: Die Verhandlungen haben sich länger als erwartet hingezogen. Der Vertrag selbst wird wie üblich nur in allgemeinen Umrissen mitgeteilt; Bedenken lassen sich aus dem Text nicht herleiten. Es Objekt ist nach zuverlässiger Lage höchst preiswert.

Stadtv. Dr. Langerhans (R. L.): Wir werden lange warten können, bis uns wieder ein so günstiges Angebot gemacht wird. Ueberdies müssen wir auch mit Rücksicht auf die Kanalisation dieses Terrain erwerben.

Stadtv. Wobler (R. L.): Ich möchte ebenfalls auf die relative Billigkeit des Objektes hinweisen. Seit 5-6 Jahren wird an dem Projekt gearbeitet; der Vorliegende der Kanalisationsdeputation hat den Erfolg gehabt, den Preis von 8 Millionen auf 4 570 000 R. herabzubringen. Da sollten wir mit beiden Händen zugreifen.

Stadtv. Werner: Ich bin nicht der Meinung, daß das Terrain so überaus preiswürdig ist, und meine ich es, so würde ich es nicht kaufen. Ich habe übrigens gegen die Sache selbst kein Wort gesagt. Den Antrag auf Ausschuhberatung ziehe ich zurück.

Stadtv. Kuhlmann (fr. Fr.): Wir müssen doch der Auffassung entgegenreten, als ob wir hier etwas geschenkt bekämen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir bezahlen einen guten vollen Preis.

Stadtv. Gassel ist von den Erklärungen des Stadtrats befriedigt, schließt sich im übrigen dem Stadtv. Kuhlmann an.

Stadtv. Dinger (Soz.): Ich protestiere gleichfalls gegen die Ausführungen des Kollegen Wobler. Bei einer Entfernung von 7-8 Kilometer sind 250 R. für den Morgen ein ganz anständiger Preis. Der Baumstamm kommt kaum in Frage.

Stadtv. Wobler (R. L.): Wir brauchen doch das Terrain notwendig, namentlich wegen des mitteninne liegenden Coriner Sees. Die Preisfrage tritt daneben in den Hintergrund.

Die Vorlage wird angenommen.

Ohne Debatte stimmt die Versammlung der Vorlage wegen Veräußerung des Grundstücks Seestr. 43 in Friedrichshagen zu.

Hierauf steht zur Beschlußfassung die Vorlage betreffend Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens vom 1. April d. J. ab.

Stadtv. Gassel erblüht in dem staatlichen Reformplan immerhin einen Fortschritt. In der Vorlage werde für die städtischen Anstalten das Erforderliche vorgeschlagen, um die Anerkennung als berechnigte Anstalten im Sinne dieser Reform zu erlangen. Es werde hoffentlich auch der Staat mit der Errichtung solcher Mädchenschulen in Berlin vorgehen. Der Plan wisse in der Schaffung von Studienanstalten, die auch den Mädchen das akademische Studium ermöglichen. Es sei eine Forderung der Gerechtigkeit, auch den begabten Mädchen den Lebertritt aus der Volksschule in die Mädchengymnasien zu erleichtern. An den höheren Mädchenschulen sollte Gelegenheit gegeben werden, diejenigen Kenntnisse in Naturwissenschaften und Mathematik zu erwerben, welche die auf die Obersekunda der Oberrealschule übergehenden Mädchen nachweisen müssen. Eine bedeutende Verbesserung der Ausgaben sei unumgänglich, werde aber gern geleistet werden. Das jetzige Mädchengymnasium befinde sich in sehr ungunstigen Räumlichkeiten.

Stadtschulrat Michaelis: Es würde Ihnen jetzt nur vorgeschlagen, was im Augenblick geschehen muß; unser Plan bezüglich der Neubildung ist damit nicht erschöpft. Die weiteren Vorkehrungen, Errichtung von Studienanstalten usw., werden im Laufe des Jahres getroffen und dabei die Anregungen des Stadtv. Gassel berücksichtigt werden. Das erste Abiturientenexamen hat bewiesen, daß das Berliner Mädchengymnasium auf der Höhe seiner Aufgabe steht.

zur Kenntnisnahme legt der Magistrat eine Uebersicht über die Erhöhung der Löhne der in der Markthallenverwaltung beschäftigten Maschinen, Feiger, Lampenwärter und Holzleger sowie der Kalkhausarbeiter vor.

Stadtv. Ginge bemängelt, daß die Zulage von 100 M. für die Angestellten der Markthallenverwaltung etwas sehr mager ausgefallen ist. Die Deputation wollte den Feigern, Lampenwärtern und Holzlegern statt 1900 M. 1500 M. Anfangsgehalt gewährt wissen; die Erhöhung ist jetzt nur auf 1400 M. erfolgt. Bei der Besoldungsvorlage sollte der Magistrat erwägen, ob nicht irgendwie eine weitere, wegen der Steigerung der Lebensmittelpreise notwendige Erhöhung statifinden kann.

Stadtv. Gwald (Soz.) berichtet über die Petition des Verwalters Krapp, Brieger Straße 19, um Rückerstattung der für das Grundstück Kottbuser Ufer 48/50 von 1807—1907 gezahlten Kanalisationsgebühren. Der Petitionsausschuß hat Ueberweisung zur Berücksichtigung empfohlen.

Stadtv. Marggraff befreit, daß ein Versehen der Verwaltung vorliege.

Eine weitere Debatte entsteht nicht. Der Referent hält dafür, daß die Schuld dafür, daß der Verwalter jetzt von den Gebühren für die Zahlung haftbar gemacht wird, der Stadt Berlin zufällt.

Stadtv. Marggraff tritt dem Referenten nochmals entgegen. Stadtv. Dr. Friedemann (Soz.-fortschritt.) beantragt Zurückweisung der Petition an den Ausschuß.

Referent Stadtv. Gwald: Es ist ja im Ausschuß ein Magistratsvertreter zugegen gewesen; der hat aber nicht vollen Ausschluß gegeben.

Die Petition geht an den Ausschuß zurück. Zur Verstärkung des Fonds von 807 000 M. für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit verlangt der Magistrat für 1908 noch nachträglich 88 000 M. Davon sind 50 000 M. für die Fürsorgestellen, 8000 für den unter Leitung des Pastors Pfeiffer stehenden Kinderrettungsverein bestimmt, dem die städtische Subvention verdoppelt werden soll.

Stadtv. Dr. West (Soz.): Gegen die Nachtragsforderung haben wir natürlich nichts einzuwenden. Ich bitte nur, dafür zu sorgen, daß in den Säuglingsfürsorgestellen nicht Versuche nach der Richtung gemacht werden, ob nicht eine Minderung der Ausgaben erzielt werden könne. In der Vorlage befindet sich die Andeutung, daß man vielleicht die Unterstützung herabsetzen oder kürzere Zeit als bisher gewähren könnte. Damit würde sich die Verwaltung auf eine sehr schiefse Ebene begeben. Die Mittel bekommen pro Tag 25 Pf., etwa ein Vierteljahr hindurch. Diese „Stillprämien“ sind schon gering genug; damit kann die Mutter sich schwerlich eine kräftige und befriedigende Nahrung leisten. In Leipzig wird eine Stillprämie von 3 und 6 M. die Woche bezahlt, bei uns nur 1,75 M. Der Chef der Waisenverwaltung kann vielleicht Auskunft geben, ob die Anträge der Ärzte der Waisenverwaltung, kleine Stationen im Anschluß an die Fürsorgestellen zu errichten, weiter bearbeitet worden ist. Was eine Kommune an den Kindern versäumt und spart, hat sie nachher an Krankenkosten doppelt und dreifach zu zahlen.

Stadtv. Dr. Friedberg: Wir haben ja ein ganz bestimmtes Programm auf diesem Gebiete zur Ausführung zu bringen; Krankenpflegestellen sollen die Fürsorgestellen nicht sein. Eine unserer Fürsorgestellen ist angehängt an das Unternehmen des Professor Cassel, der bahnbrechend mit einem Kinderkrankenhaus vorgegangen ist. Es ist ganz unmöglich für eine einzelne Verwaltung, über die ihr gestellte Aufgabe hinauszugehen; es würde das ganze Krankenhauswesen in Gefahr bringen.

Stadtv. Dr. West (Soz.): Herr Professor Cassel verfügt nicht über ein Säuglingskrankenhaus, sondern Herr Professor Neumann. Die leitenden Ärzte der Fürsorgestellen glauben jedenfalls ein besseres Resultat auf dem angebotenen Wege erzielen zu können. Der Magistratsantrag wird angenommen.

Ueber die Vorlage betr. die Neugestaltung des Berliner Rettungswesens erstattet den Ausschußbericht Stadtv. Gwald (A. L.): Dazu liegen fünf Änderungsanträge vor. Der Ausschuß hat in 4 Sitzungen die Vorlage durchberaten und in der Hauptsache nach dem Magistratsentwurf angenommen. Der Gedanke der Verstaatlichung hat keine Mehrheit gefunden.

Stadtv. Koblenger (Soz.): Daß die Vorlage eine wesentliche Verbesserung des Rettungswesens an sich bedeutet, können wir auch heute nicht anerkennen. Allerdings erhält das Rettungswesen eine einheitliche Bezeichnung, aber das innere Zusammenarbeiten wird fehlen; es werden die drei getrennten Gruppen zu einer einheitlichen bestehen bleiben. Daß die Ärzte verpflichtet sein sollen, jede ärztliche Hilfe zu leisten, halten wir ebenfalls für eine Verbesserung. Eine weitere Verbesserung ist es, daß ausdrücklich erwähnt werden soll, daß die bisherigen Verträge zwischen Krankenkassen und Rettungseinrichtungen auch während der Vertragsdauer aufrecht erhalten werden sollen, so daß diese Institute vor Uebertragungen geschützt bleiben. Alle diese Anträge betrachten wir als Verbesserungen. Leider hat aber der Ausschuß alle Anträge von prinzipieller Tragweite abgelehnt. Das ist angesichts der Vorgesichte der Vorlage sehr wunderbar. Als das jetzt bestehende Provisorium geschaffen wurde, gab man dem Magistrat das Verlangen nach Verstaatlichung mit auf den Weg. Man hat aber im Magistrat die Sache für zu schwierig angesehen, und da ist der uns jetzt vorgeschlagene Ausweg gewählt worden. Bei aller Anerkennung der bisherigen freiwilligen Tätigkeit, muß doch auch von den Freunden derselben soviel sozialpolitische Einsicht verlangt werden, daß Platz für etwas Besseres geschaffen werden muß. Nach drei Jahren werden wir dieselben Debatten wieder haben, nur daß unsere Position dann weit schwächer geworden und die Aussicht auf eine Verstaatlichung in immer weitere Ferne verschwunden ist. Wir bitten daher prinzipiell die Versammlung, die Vorlage abzulehnen und den Magistrat um eine neue Vorlage auf der Basis der Verstaatlichung zu ersuchen. Der Krieg zwischen den drei Institutionen, den man beseitigen will, wird nach Annahme der Vorlage durchaus nicht aufhören. Die Sanitätswachen werden nach wie vor mit fest angelegten Werkzeugen wirtschafte und gerade dieser Umstand wird die ganze Sache nicht zur Ruhe kommen lassen, denn die andern Ärzte werden auch unangenehm dahin arbeiten, die Sache in ihre Hand zu bekommen. Wir können nicht einsehen, daß die Angelegenheit einem Vergütungsverein übertragen werden soll; es erscheint uns ungeheuer bedenklich, ihm die Macht in die Hände zu spielen. Wir wollen einen solchen Schritt nicht mitmachen, weil wir davon eine Schädigung der städtischen Interessen befürchten. Nicht lange wird es dauern, dann tritt auch an Sie die Frage der freien Arztwahl heran, dann wird Ihre Position nicht dadurch gebessert sein, daß Sie dem Vergütungsverein das Ganze in die Hand gegeben haben. Der Vergütungsverein ist nicht so harmlos wie er äußerlich scheint; es steht etwas ganz anderes dahinter. Leider sind wir längst gewöhnt, daß diesen Bestrebungen der ärztlichen Organisationen der Pferdeschuh anhängt, daß die Ärzte immer ihre eigenen Interessen in den Vordergrund schieben. Die ganze Aussicht ferner soll in die Hände eines Magistratsbegegneten gegeben, die Bürgerschaft ganz ausgeschlossen werden. Das halten wir ebenfalls für einen großen Fehler. Wir beantragen deshalb die Beaufsichtigung des Rettungswesens einem Kuratorium zu übertragen, aus 2 Magistratsmitgliedern, 4 Stadtverordneten und 2 Bürgerdeputierten, welche letztere zu wählen wären nach einem Vorschlag der Zentralkrankenkassenkommission. Die Interessenten müssen doch in diesem Kuratorium vertreten sein, für die Vorschläge dazu eignet sich die Zentralkommission der Krankenkassen am besten, weil sie mit den Dingen Fühlung hat. Nehmen Sie die Vorlage nicht ab, nehmen Sie wenigstens unseren Antrag auf Einsetzung dieses Kuratoriums an! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Dr. Langerhans erklärt sich im großen ganzen mit dem Ergebnis der Ausschussberatung einverstanden. Nur mit dem entscheidenden Einfluß des Rettungswesens ist er unzufrieden und mit dem Verlangen desselben, daß jeder Arzt, der in dem Rettungswesen tätig sein will, dem Vergütungsverein beitreten muß. Die Handhabung der städtischen Gesundheitseinrichtungen müsse in der Hand der Stadt bleiben.

Stadtv. Hammerstein (A. L.): Wir wissen ganz genau, was wir wollen. Kollege Koblenger hat das Gute anerkannt, was in den bisherigen Leistungen auf diesem Gebiete vorhanden ist; seine neuen Ideen geben uns aber zu weit. Wir sind für die Vorlage sehr dankbar und empfehlen sie mit kleinen Modifikationen zur Annahme. Den Ausschußbeschluss der Erhöhung des Honorars für den Nachtdienst von 8 auf 10 M. bitten wir rückgängig zu machen; 6, 7 M. war bisher der Satz; 8 M. ist schon eine starke Erhöhung.

Stadtv. Kuhlmann (Fr. Fr.): Wenn wir den Antrag Langerhans annehmen, ist die Magistratsvorlage gefallen. Der Antrag Isaac wegen Einsetzung eines Kuratoriums gefällt uns auch nicht. Ganz entschieden wenden wir uns gegen den sozialdemokratischen Antrag, der einfach vorschreiben will, daß als Bürgerdeputierte zwei Mitglieder der Zentralkommission der Krankenkassen im Kuratorium sein sollen. Nehmen Sie sämtliche Änderungsanträge ab.

Stadtv. Dr. Isaac (A. L.): Wir sind für die Ausschussvorschläge, obgleich wir uns nicht verhehlen, daß diese mit den ursprünglichen Richtlinien, die wir gegeben haben, nicht übereinstimmen. Die drei widerstrebenden Elemente hat der Oberbürgermeister unter einen Hut zu bringen versucht; allerdings nur mit teilweisem Erfolg. Wir beantragen gleichfalls die Einsetzung eines Kuratoriums aus zwei Stadträten, vier Stadtverordneten und vier Bürgerdeputierten. Gegen den Spezialvorschlag Koblenger betreffs der Bürgerdeputierten habe ich dieselben Bedenken wie Kollege Kuhlmann.

Stadtv. Prof. Landau (A. L.) steht auf dem Standpunkt der Vereinheitlichung des Rettungswesens. Diese bringe die Vorlage nicht. Eine Verstaatlichung könne er sich nicht denken; für die Vereinheitlichung sei aber der Arztverein ein glänzendes Vorbild. Die Vorlage sei ihm persönlich unannehmbar.

Bürgermeister Dr. Reide: Die Ausschussberatung ist der Vorlage sehr gut bekommen. Auf den zweistündigen Arztendienst wird sich der Magistrat sehr wohl einstellen können, wenn das kein starres Dogma sein soll. Zurzeit ist vielfach drei- und vierstündiger Dienst auf den Wachen. Derselbe Arztverein, der 10 M. fordert, bezahlt da, wo die Stadt nicht eintritt, für dieselbe Zeit 5 M. (Hört! Hört!) Das klingt doch sehr nach dem Grundsatz: „Wenn ich's kriegen kann, nehme ich's.“ Bekümmert ist der Unterschied nicht unerheblich, er beträgt 14 000 M. Ob die Wachen hinreichen werden, wird ja Sache der Erfahrung sein. Zurzeit empfiehlt sich noch nicht, ein Kuratorium einzusetzen. Die Ausführungen des Geheimrats Landau über den Rettungsdienst kann ich nur unterschreiben. Die Aktion der Verstaatlichung ist ja gründlich erörtert worden. Die freien Wachen würden wie die Pilze aus der Erde als Konkurrenz für städtische Wachen aufwachsen; wir hätten noch mehr Schwierigkeiten, und davor möchte ich die Stadt bewahren. (Beifall.)

Stadtv. Dr. West: Herr Professor Landau kann sich also gar nicht vorstellen, wie eine Stadt das Rettungswesen verstaatlichen könne. Warum soll nicht das Rettungswesen bei uns wie das Krankenwesen städtisch sein können mit angestellten Ärzten und Heilgehilfen? Dazu gehört doch keine besondere Phantasie, sich das vorzustellen. Wenn Sie wollen, kann also unser Antrag sofort in die Tat umgesetzt werden. Auch haben im Ausschuß alle Redner darauf hingewiesen, daß die Verstaatlichung kommt, weil sie kommen muß; den Subventionen wird eben eine vollständig städtische Einrichtung folgen. Auf den internationalen Kongressen haben sich die größten wissenschaftlichen Kapazitäten dafür ausgesprochen, daß das Rettungswesen genau so wie die Feuerwehre einheitlich und von Städtewegen geleitet werden muß. Die guten Seiten der Vorlage sind im wesentlichen erst der Ausschussberatung zu verdanken. Wir legen ferner den allergrößten Wert darauf, daß gerade die Krankenkassen in dem Kuratorium Sitz und Stimme haben. § 59 der Städteordnung gestattet ausdrücklich, daß auch eventuell ein Körper wie die Zentralkommission im Kuratorium gebührend vertreten ist. Wir wollen ferner den Arzt anständig bezahlen; wenn er 10 Stunden zur Verfügung steht, dann ist ein Satz von 10 M. wohl nicht zu hoch. Es ist ein großes Unrecht, denjenigen zu nehmen, der sich zum billigsten Preise zur Verfügung stellt. Wir verlangen andererseits auch, daß die Ärzte pünktlich und gewissenhaft ihre Pflicht tun. Auf dem Viechhof muß eine bequeme Gelegenheit zur ersten Hilfe auf alle Fälle gegeben sein.

Damit schließt die Beratung. In der Abstimmung werden die Ausschussanträge nach Ablehnung des Prinzipalankrages auf Verstaatlichung mit wechselnden Mehrheiten angenommen, so die zweistündige Ablösung der Ärzte. Die Erhöhung des Nachtdienstes von 8 auf 10 M. erklärt das Bureau unter lautem Widerspruch aus der Versammlung für abgelehnt.

Stadtv. Borgmann (Soz.) beanstandet diese Feststellung, wird aber vom Stadtverordneten Cassel und vom Vorsteher Nischelet zurückgewiesen.

Die Wache auf dem Viechhof wird gestrichen. Die Anträge auf Einsetzung eines Kuratoriums bleiben in der Minderheit. Die Bewilligung der Subvention von 220 000 M. wird ausgeprochen. Da es inzwischen gegen 1/10 Uhr geworden ist, wird Vertagung vorgeschlagen. Von einer Seite wird noch die Beratung des Antrags Wasner (Soz.) auf Verstaatlichung von Mitteln zur Unterstützung der Arbeiterlösen beantragt, der Vertagungsantrag wird jedoch sofort zur Abstimmung gebracht und abermals unter starkem Widerspruch aus der Mitte der Versammlung vom Bureau die Vertagung als beschlossene Proklamation.

In der nächsten Woche findet keine Sitzung statt. Schluß 1/10 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Streiflichter auf die Krise.

Deutschland. Die geschäftliche Situation läßt sich durch zwei Worte charakterisieren: Nichts Neues! Trotz Geldflüssigkeit und Ermäßigung des Reichsbankdiskonts nirgends ein Aufschwung. Industrie und Handel brauchen kein Geld, können keines brauchen, weil die Absatzquellen nach wie vor verstopft sind. Im Inlande hauptsächlich durch die enorm hohen Lebensmittelpreise und den daniederliegenden Export.

Verzerrte Staaten. In der Stahl-, Eisen-, Kupfer-, Textilindustrie nichts als Pessimismus. Die Präsidentenwahl hat natürlich an der Sachlage vorläufig gar nichts geändert. Man wartet sehr wieder auf die Ergebnisse der Zolltarifrevision. Das löst nichts.

Argentinien. Das Land überquillt förmlich von Produkten, die Absatz finden, und es nimmt andererseits viel Industriematerialien auf. Die strotzenden Kräfte der Produktion und Konsumtion offenbaren sich in einem stonenswerten Steigen des Zins- und Exportes, des Verkehrs und der Neugründungen.

Brazilien. Hier wie in dem übrigen Südamerika weist unklare finanzielle Verhältnisse, daher auch ein Stoden des Geschäftes — Zahlungseinstellungen, Stagnation. Ursachen dieses Zustandes sind die Unsicherheit des Verkehrs und der Mangel an Verkehrsmitteln. In den Häfen der südamerikanischen Westküste (Chile, Peru) kommen noch immer umfangreiche Diebstähle vor. Ganze Diebstahlsbanden berauben die Gütertransporte nach Bolivien.

Japan. Die geschäftliche Depression hält mit unerminderter Intensität an. Der Wert der Landesprodukte ist im Rückgang begriffen. Handel und Industrie können sich nicht erholen von den Verlusten, die der Krieg und die folgende Krise gebracht. Das Volk büßt seine Kaufkraft ein. Andererseits wird von großen Anstrengungen berichtet, die die Japaner zur Ausdehnung ihrer Industrie und zur Verdrängung der europäischen Konkurrenz vom chinesischen Markte machen. Das japanische Ackerbau- und Handelsministerium läßt gegenwärtig in Europa Maschinen für die Baumwoll-, Seiden-, Papier-, Glas- und Metallwarenfabrikation einkaufen. Diese Maschinen sollen von der Regierung gratis auf zwei bis drei Jahre an Fabrikanten verliehen werden, damit sie an die Stelle des Handbetriebes den Maschinenbetrieb treten lassen.

Ostafrika. Mit der bereits beschlossenen und sanktionierten Aufhebung des Vortransports geht dem Hamburger Exporthandel ein wichtiges Absatzfeld verloren. Eine Reihe von Hamburger Häusern unterhielt mit dem Amur- und Transbaikalgebiete regen Geschäftsverkehr.

Südafrika. Die Wiederbelebung des Geschäftes ist zwar eingetreten, aber nicht im erwarteten Grade. Die Mineralproduktion in Transvaal hat nach langen Kämpfen, trotz der Repatriierung der Chinesen, die Schwierigkeiten der Arbeiterbeschaffung überwunden und um mehr bei wesentlicher Ermäßigung der Herstellungskosten steigende Produktions- und Gewinnziffern erreicht.

Deutschsüdafrika. Es werden nur Artikel des täglichen Bedarfs gekauft. Da dem Import sonst gar kein Export gegenübersteht, herrscht Geldknappheit.

Indien. Große Geschäftslücke — das wird übereinstimmend von allen Plätzen gemeldet. Seit zehn Jahren war der Markt nicht so schlecht, wie jetzt.

Was Berlin verquast.

Nach amtlichen Angaben betrug die Zufuhr — abzüglich Ausfuhr — von Brennmaterialien nach Berlin in den Monaten Januar und Februar:

	1908	1909
	Tonnen	
Steinkohlen, Koks und Steinkohlenbriketts	838 810	268 808
Braunkohlen u. Braunkohlenbriketts	247 608	248 793

Demnach ist die Zufuhr an Steinkohlematerialien erheblich zurückgegangen. Das dürfte vorwiegend wohl auf Minderverbrauch der Industrie zurückzuführen sein. Die Zufuhr an Braunkohlen hat sich annähernd auf gleicher Höhe gehalten.

Verminderung des Beamtenstabes. Bei der Firma Riz u. Gensel sind am 1. April pro 1. Mai 21 Angestellte gekündigt worden. Angeblich macht sich die Verminderung des Beamtenstabes aus finanziellen Gründen notwendig.

Wohltätigkeit — ein gutes Geschäft.

Unter den Hilfsangeboten aus Anlaß des Unglücks von Messina und Kalabrien zeichnete sich das eines Herzogs Vittorik Kere aus. Einige Tausend Sizilianer wollten der Wohlthäter in seinen ausgedehnten Besitzungen in Florida ansiedeln. Diese „Reserveliebe“ soll nach der Mitteilung eines süddeutschen Handelsblattes, ein äußerst lukratives Geschäft werden. In Paris wurde kürzlich eine Bank gegründet, die die Aufgabe haben soll, den Besitz des Herzogs kapitalistisch auszunutzen. Zu dem Zwecke wird in London eine Aktiengesellschaft gegründet, die *Malta Company Ltd.* Von den sechs Millionen Aktienkapital erhält der französische Mittelsmann fünf als Lohn für die Vermittlungen, die Idee des Herzogs praktisch durchzuführen. Der Herzog soll von dem übrigen Kapital der Gesellschaft, dazu gehören auch 25 Millionen Mark Obligationen, 10 Mill. in bar und 1/2 in Obligationen bekommen. Das eigentliche Betriebskapital in der Höhe von einer Million soll der Herzog einschießen. Schließlich läuft die Wohltätigkeit darauf hinaus, Tausende von sizilianischen und kalabrischen Arbeitern in eine vollständig unkultivierte und unbewohnte Gegend zu verschleppen, und sie dort auszubilden.

Betriebsbeschränkung. Der Deutsche Zuteverband beschloß, wie man aus Braunschweig meldet, die Betriebsbeschränkung von 20 Proz. für Gewebe für das neue Quartal beizubehalten, dagegen die Einschränkung für Verkaufsgarne auf 10 Proz. abzuändern.

Abschlag des Stahlstrafes.

Nach dem nun vorliegenden Jahresbericht des amerikanischen Stahlstrafes ergeben sich für 1908 folgende Ziffern, für 1907 in (): Eisenerzeugung 16 632 715 Tonnen (23 680 558 Tonnen), Kohlerzeugung 8 169 931 Tonnen (13 544 764 Tonnen), Kohlenförderung ausschließlich der für die Kohlerzeugung erforderlichen Mengen 3 008 810 Tonnen (3 550 510 Tonnen), Kalksteingewinnung 2 196 007 Tonnen (3 201 223 Tonnen), Hoheisenerzeugung 6 934 408 Tonnen (11 422 795 Tonnen), Hoheislerzeugung 7 838 718 Tonnen (13 242 992 Tonnen), fertige Stahlerzeugnisse 6 206 982 Tonnen (10 564 537 Tonnen), Zinkgewinnung 28 057 Tonnen (31 454 Tonnen), Eisenvitriolgewinnung 26 411 Tonnen (24 640 Tonnen), Portlandzement 4 535 300 (2 129 700) Tons. Die Herstellung an Stahlerzeugnissen war die kleinste seit Besehen des Stahlstrafes. Der Rückgang machte sich mehr im Inlande als im Auslandsgehalt bemerkbar. Der Gesamtabsatz (ohne Zement) betrug im Inland 7 109 456 Tonnen (12 234 103 Tonnen) oder 41,9 Proz. weniger als im Vorjahre und im Ausland 799 408 Tonnen (1 014 032 Tonnen) oder 21,2 Proz. weniger. Auf die Auslandsgehalte entfielen 12,4 Proz. des Gesamtgeschäfts.

Die gesamten Hoheisnerzeugnisse betragen 482 807 840 Doll. (757 014 708 Doll.) und die Unkosten 388 796 140 Doll. (580 562 156 Doll.), so daß einschließlich 1 488 806 Doll. (3 209 209 Doll.) verschiedener Einnahmen ein Ueberschuß von 95 060 506 Doll. (170 718 821 Doll.) verbleibt. Dazu kamen 4 298 080 Doll. (6 482 741 Doll.) Zinsen, Dividenden usw., während andererseits Zinsen 7 401 205 Doll. (6 492 195 Doll.) erforderten. Abzüglich 109 870 Doll. (9 744 688 Doll.) noch nicht erfolgter Einnahmen von Tochtergesellschaften stellt sich der Reingewinn auf 91 847 711 Doll. (100 904 674 Doll.) Dar- von erforderten die Ueberweisungen an den Rücklagenbestand sowie Erneuerungsbestand und die ordnungsmäßigen Abschreibungen 16 965 181 Doll. (27 719 744 Doll.), Anleihezinsen und Tilgung 29 247 850 Doll. (27 997 850 Doll.), 7 Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien 25 219 677 Doll. (wie i. V.) und 3 Proz. Dividende auf die Stammaktien 10 160 050 Doll. (wie i. V.). Es verbleibt ein unverteilter Reingewinn von 10 342 987 Doll. (i. V. nach 51 000 000 Doll. außerordentlichen Abschreibungen 15 179 837 Doll.). Dadurch steigt das gesamte Surplus auf 133 415 214 Doll.

Soziales.

Der Konkursverwalter als Chef.

Darüber, daß im Falle eines Konkurses der Konkursverwalter als Prinzipal anzusehen ist, mußte gestern der zweite Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts einen Handlungsgesellen beschreiben. Der Kläger G. war Verkäufer im Manufakturwarengeschäft von Deim. D. gewesen. Im Januar d. J. geriet das Geschäft in Konkurs und der Konkursverwalter Grünmeier wurde mit der Regulierung der Konkursaffäre betraut. Jedoch Ausverkauf der noch vorhandenen Bestände ließ der Konkursverwalter das Geschäft weiter führen, überließ auch die Leitung des Verkaufes dem früheren Inhaber D. und setzte nur zur Beaufsichtigung und Kontrolle des ganzen Betriebes einen seiner Angestellten, Herrn S., ein. Am 17. Januar blieb der Kläger dem Geschäft fern und richtete zugleich an den Konkursverwalter die Mitteilung, er sollte vom Inhaber bei der Lageraufnahme zu Unregelmäßigkeiten angehalten worden sein. Diese Beschuldigungen stellte sich sofort als falsch heraus, und S., der Vertreter des Konkursverwalters, schiedte an den beiden nächsten Tagen einen Boten zum Kläger, um ihn zu veranlassen, sofort ins Geschäft zu kommen. G. ließ sich aber erst am 20. Januar wieder sehen und empfing nunmehr vom Konkursverwalter seine sofortige Entlassung. In der Verhandlung machte der Kläger geltend, daß er immer noch Herrn G. als seinen Prinzipal ansah, da dieser wie früher im Geschäft schaltete und wallete. Daß er den Konkursverwalter begn. dessen Vertreter als seinen Vorgesetzten anzusehen und dessen Weisungen zu folgen hatte, sei ihm gänzlich fremd gewesen. Diefen Ausführungen stellt der Konkursverwalter entgegen, daß G. wissen mußte, daß der Ausverkauf der Waare in seine, des Verwalters Hände übergegangen war, denn der Kläger hat von ihm das Gehalt in Empfang genommen und war auch von ihm für den Ausverkauf engagiert worden.

Das Kaufmannsgericht wies den Kläger ab. Es sei zweifelhaft, daß dem Kläger bewußt war, er habe vom Konkursverwalter die mittelbare Aufforderung erhalten, im Geschäft zu erscheinen, und dieser Weisung habe er Folge zu leisten. Wegen des unbefugten Fehlens während einer erheblichen Zeit war die Entlassung gerechtfertigt.

Zur Sehaftsmachung landwirtschaftlicher Arbeiter.

Die „Magdeburger Zeitung“ schreibt: Die Regierung ist nunmehr zu der Ueberzeugung gelangt, daß es sich nicht empfiehlt, die Angelegenheit für die Ansetzungsprovinzen getrennt zu behandeln. Vielmehr sollen für alle Provinzen gemeinsam gleiche Grundsätze aufgestellt werden nach völlig einheitlichen Gesichtspunkten. Es soll die Arbeiteranstellung nicht von der Regierung in die Hand genommen werden, sondern sie soll örtlichen Organisationen überlassen werden, und zwar in erster Linie den Kreisen. Wo diese die Ausführung nicht übernehmen wollen, sollen örtliche Siedlungsgesellschaften gebildet werden, denen aus Staatsmitteln für jede geschaffene Arbeiterstelle eine Prämie von 800—1000 M. gezahlt werden dürfte. Diese Prämien werden voraussichtlich in den Ansetzungsprovinzen mit Rücksicht auf das nationale Interesse etwas höher bemessen werden, als in den übrigen Provinzen. Die Prämie ist gedacht als Beihilfe zu den Kosten der öffentlichen rechtlichen Zwecke. Der Justizminister ist um Erhaltung eines Gutachten darüber gebeten worden, ob die im letzten Ansetzungsbericht für Arbeiteranstellungen vorgesehene 75 Millionen auch für gewerbliche, oder ausschließlich für landwirtschaftliche Arbeiter verwendet werden dürften.

Alle bisherigen Pläne auf Sehaftsmachung laufen darauf hinaus, an die Stelle gebundene u. selbständige Kleinwirte als billige Pachtgeländer für Großgrundbesitzer zu schaffen. Schon vor drei Jahrzehnten wies die Brandenburger Landwirtschaftskammer darauf hin, die Rentengüter dürften nie so groß sein, daß der Besitzer ohne Tagelohnarbeit existieren könne. Diefelbe Tendenz wohnt allen neuen sogenannten Siedlungsplänen bei. Von „Arbeiteranstellungen“, „innerer Kolonisation“ und dergleichen wird gesprochen und eine schamlose Verheißung am Großgrundbesitzer für die Beholden an unwürdigen und unzulänglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen ist gemeint.

Krankenkassenwahl in Neuwied.

Bei der am Montag zum zweitenmal vorgenommenen Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse erhielten die Kandidaten der vereinigten Gewerkschaften 955 Stimmen, die der Gegner nur 562. Erstere haben also wiederum mit großer Majorität gesiegt.

Eine gefährliche Fernfahrt des „Zeppelin I.“

Bei ungünstigen Wetter unternahm gestern früh um 4 Uhr 5 Min. Graf Zeppelin von Friedrichshafen aus mit dem Reichsluftschiff „Z. I.“ eine Fahrt nach München. Eine Anzahl Landungsversuche am Vor- und Nachmittag mißlingen, bis es gelang, um 3 Uhr 5 Min. nachmittags in Niederbiebach bei Dingolfing den Boden zu erreichen.

Ueber die Fahrt liegen folgende Meldungen vor: Friedrichshafen, 1. April. Graf Zeppelin ist in Friedrichshafen mit dem Reichsluftschiff „Z. I.“ heute früh um 4 Uhr 5 Minuten aufgestiegen, um die Fahrt nach München anzutreten. In der Gondel befanden sich außer dem Grafen und dem Major Sperling noch sieben Personen. Die Fahrt ging trotz bedecktem Himmel und heftigen Windes glatt von statten. Gegen 1/9 Uhr wurde der „Z. I.“ über München gesichtet. Dort aber verlor das Schiff bergwärts die Richtung über das Erdinger Moor abgetrieben. Aus München liegen darüber folgende Meldungen vor:

München, 1. April. Das Reichsluftschiff ist Punkt 9 Uhr über der Theresienhöhe erschienen. Es führte dort einige Bewegungen aufwärts und abwärts und einige Schwenkungen aus und flog gegen die Stadt zu. Eine ungeheure Menschenmenge füllte die Theresienhöhe. Graf Zeppelin verlor um 9 1/2 Uhr vergeblich auf dem Egererplatz Oberwiesental zu landen. Ein heftiger Südwestwind trieb das Luftschiff gegen Oberhörsing. Die Luftschifferabteilung wurde zur Hilfestellung mit der Bahn einpariert, eine Abteilung Schwere Reiter folgte nach.

München, 1. April. Ueber die weitere Fahrt des „Z. I.“ liegen folgende Mitteilungen vor: Das Luftschiff steuerte auf Freising zu, lenkte dort rechts des Halberger Moores ab, kam in die Nähe von Erding und nahm den Kurs nach Landshut.

Landshut, 1. April. Das Reichsluftschiff „Z. I.“ wurde 10 Minuten vor 12 Uhr mittags zwischen Strowitz und Berghofen gesichtet. Es bewegte sich in langamer Fahrt auf Landshut zu. 5 Minuten vor 1 Uhr passierte das Schiff in einer Höhe von 110 Metern die Stadt auf der Karseeite. Es befindet sich gegenwärtig in der Richtung auf den Kavallerie-Egererplatz.

Der „Zeppelin“ vertrieben.

Landshut, 1. April. Das Luftschiff „Z. I.“ wurde von hier aus in der Richtung Dingolfing weitergetrieben. Nach einer Meldung des „Kurier für Niederbayern“ ist der „Z. I.“ 3 Uhr 5 Minuten bei Niederbiebach bei Dingolfing glücklich gelandet.

Das Luftschiff hat die Entfernung Friedrichshafen—München, die in der Luftlinie gemessen, 165 Kilometer lang ist, in fünf Stunden durchgemessen. Dabei ist zu berücksichtigen einerseits, daß der Zeppelin-Ballon keine Reife in einem großen Bogen vollführt hat, andererseits, daß er die Fahrt mit dem Winde machte. Er nahm zunächst seinen Weg nach Nordost und bog nördlich von Remmingen bei Pellmünz nach Osten ein. Diese Richtung hielt der „Z. I.“ bis München fast genau inne. Von dort trieb der starke Südwestwind das Luftschiff nach Nordosten ins Erdinger Moor bis Landshut, das von München 60 Kilometer entfernt ist und von dort nach Niederbiebach, wo gelandet wurde, um weiteres Abtreiben vorzubringen.

Rettungsmassnahmen.

Landshut, 1. April. Wie der „Kurier für Niederbayern“ meldet, wurde das ganze erste Bataillon des 15. Infanterieregiments mittels Gestrüzes zum Landungsplatz des Luftschiffes „Zeppelin I.“ befördert. Voraussichtlich soll die Rückfahrt über München morgen früh angetreten werden. Der Wind hält noch immer an.

München, 1. April. Die Luftschifferabteilung wurde heute nachmittags mit einem um 5 Uhr 11 Min. von Rosach abgegangenen Extrazug nach der Landungsstelle des „Zeppelin I.“ bei Dingolfing befördert.

Gerichts-Zeitung.

Ungültigkeit der in den Kolonien erlassenen Urteile?

Mit einer Frage, die unter Umständen zu den weitgehendsten Konsequenzen führen kann, beschäftigt sich zurzeit das Reichsjustizamt. Es handelt sich um die Frage, ob die Ernennung der richterlichen Beamten für die deutschen Kolonien durch das Kolonialamt zulässig ist, oder ob die Ernennung nur durch den Reichslangler stattfinden kann, da nach Artikel 4 des Allerhöchsten Verordnungs betr. die Richterwahlverhältnisse der Landesbeamten in den Schutzgebieten vom 5. August 1896 eine Delegation dieser Ernennungsbefugnis des Reichslanglers an andere Behörden nicht zulässig ist. Den Antrag zu dieser Erörterung gibt eine Strafsache, die zurzeit gegen den früheren Distriktschef Nabe bei dem Kaiserlichen Bezirksgericht in Swalopmund anhängig ist. Nabe war als ständlicher Distriktschef in Swalopmund in amtlicher Stellung, seiner Hauptung nach habe er sich das Nebelwollen des als Bezirksrichter vom Kolonialamt ernannten Hofes Fehland zugezogen, der später ein Strafverfahren gegen ihn einleitete und die Hauptverhandlung in Swalopmund eröffnete. In diesem Verfahren wird N. des Diebstahls beschuldigt, weil er fiskalische Materialien, wie Holz, Zement usw., zur Herstellung notwendiger Bauarbeiten auf fiskalischen Grundstücken und zur Herstellung von Subjekten usw. für dienstliche Zwecke verwendet hatte. Ferner wurde das Verfahren noch auf Gefangenenerziehung ausgedehnt. Nach Angabe des N. soll der wegen Diebstahl bestrafte Roger Racener zufällig mit demselben Schiffe die Flucht ergriffen haben, mit dem er selbst, nachdem er einen Unfall im Dienst erlitten hatte, die Heimreise nach Deutschland angetreten hatte. — Nabe nahm in Wiesbaden seinen Wohnsitz und beauftragte den dortigen Rechtsanwalt Dr. Stahl mit der Wahrnehmung seiner Interessen. In einem umfangreichen Schriftsatz stellte dieser bei dem Bezirksgericht in Swalopmund den Antrag, das Verfahren gegen die Eheleute Nabe einzustellen, mit der Behauptung, daß das ganze Verfahren unzulässig sei und daher die sämtlichen Beschlüsse und Verfügungen als nicht existierend anzusehen wären, und zwar aus folgendem Grunde: Die Gerichtsverfassung und das gerichtliche Verfahren für die deutsche Bevölkerung beruhen in den Schutzgebieten grundsätzlich auf den Normen des Nonjurisdiktionsgesetzes. (Das sei auch ausgeführt in: „Das deutsche Kolonialrecht“ von Admiralitätsrat Professor Dr. Koebener-Berlin.) Die darin getroffenen Bestimmungen über Ernennung von Richtern sind für die Schutzgebiete abgeändert durch das Schutzgebietgesetz § 2. Dort ist bestimmt, daß der Reichslangler die Bezirksrichter zu ernennen hat. Diese dem Reichslangler allein zugewiesene Befugnis zur Ernennung von Bezirksrichtern kann von dem Reichslangler nicht an andere unter ihm stehende Beamte delegiert werden. Eine Delegation der einer Behörde zugewiesenen Amtsbefugnis ist mangels einer ausdrücklichen anderweitigen Gesetzgebung nicht zulässig, außerdem hat die Allerhöchste Verordnung betr. die Rechtsverhältnisse der Landesbeamten in den deutschen Schutzgebieten vom Jahre 1896 Art. 4 ausdrücklich bestimmt, daß die Befugnisse zur Ernennung von Beamten nur bezüglich der mittleren und unteren Beamten von dem Reichslangler delegiert werden können. Da die Bezirksrichter zweifellos zu den höheren Beamten gehören, da ihnen sehr weitgehende Rechte und Befugnisse eingeräumt werden, so ist bezüglich ihrer Ernennung eine Delegation der Ernennungsbefugnis des Reichslanglers an das Kolonialamt nicht zulässig. — Hiernach dürfe, so heißt es in dem Antrage des Rechtsanwalts Dr. Stahl weiter, das zwar altentworfene aber nicht nach dem Gesetz bestehende Strafverfahren gegen die Naben Eheleute nicht fortgesetzt werden, da es von einem zu Unrecht ernannten richterlichen Beamten eröffnet worden sei.

Auf eine Eingabe gleichen Inhalts an den Reichslangler erhielt der Rechtsvertreter der Naben Eheleute nicht von dem Reichslangler, sondern von dem Staatssekretär Dernburg den Bescheid, daß er nicht in der Lage sei, in ein schon anhängiges Strafverfahren einzugreifen. Da in der Eingabe das Eingreifen in ein schwebendes Strafverfahren gar nicht verlangt war, sondern die Annullierung eines wie behauptet wird ungültigen Verfahrens, so wendete sich der Anwalt nochmals an den Reichslangler und führte unter anderem aus, daß der Staatssekretär des Reichskolonialamts in dem auch im Reichstag zur Sprache gebrachten Falle Fehland ausdrücklich anerkannt hat, daß eine Uebertragung der Ernennungsbefugnis nicht stattgefunden hat und der Reichslangler die nach wie vor berufene Ernennungsbehörde sei. In seinem Antwortschreiben erwiderte der Reichslangler, daß er sich mit der Antwort des Staatssekretärs Dernburg einverstanden erkläre und nicht in der Lage sei, in das schon schwebende Strafverfahren einzugreifen. Selbst wenn die von dem angeblich zu Unrecht ernannten Bezirksrichter erlassenen Beschlüsse usw. an einem inneren Mangel leiden würden, so müssen sie doch nach außen hin so lange rechtswirksam bleiben, bis sie auf gesetzlichem Wege beseitigt sind. Eine Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde sei in der Angelegenheit nicht begründet, dagegen stelle es ihm der Reichslangler anheim, entsprechend den Vorschriften der Strafprozessordnung die fraglichen Beschlüsse in höherer Instanz bei den Justizbehörden anzusprechen.

Die Angelegenheit wurde nunmehr dem Rechtsanwalt Dr. Klee-Berlin übertragen, der vor einigen Tagen mit dem Reichsjustizamt in Verbindung trat und hier sehr ausgedehnte Konferenzen mit dem Ministerialdirektor Hoffmann und dem Geheimen Rat Deeg hatte. Das eingeforderte Gutachten des Reichsjustizamts stellt zurzeit noch aus. Sollte dieses im Sinne der vorerwähnten Bescheidener bezüglich der Richterernennung lauten und die Gerichtsbehörden in letzter Instanz sich dem anschließen, so würde der Fall eintreten, daß die sämtlichen in den Kolonien verhandelten und noch schwebenden Prozesse rechtsungültig bzw. noch nachträglich anfechtbar wären. Man sieht dem Ausgang dieses hochinteressanten Rechtsstreits in den beteiligten Kreisen mit begreiflicher Spannung entgegen.

Opfer der Schuldliteratur. Maskierte jugendliche Eindringler, welche wieder einmal durch die Bekünder von Schauromanen à la Ed. Carter, Buffalo Bill, Kapitän Morgan usw. auf den Weg des Verbrechens geraten waren, mußten gestern ein mit großem Raffinement ausgeführtes Verbrechen gegen fremdes Eigentum vor dem Strafgericht büßen. Vor der lebenden Strafkammer des Landgerichts I mußten sich die 18- bzw. 17-jährigen Arbeiter Richard Leuzner und Willi Wendel wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes verantworten. Beide Angeklagten sind unbekannt. Seit etwa zwei Jahren waren die Angeklagten einige Jahre gewisser Finanzsperrigkeit, in denen allerlei skurrilste Verbrechen geschildert wurden und Nord oder ähnliche Kapitalverbrechen in möglichst naturalistischer Form dargestellt werden. Diese höchst gefährliche und demoralisierende wirkende Leküre übte auch bei ihnen ihren unheilvollen Einfluß aus. Die Angeklagten faßten den Plan, in ein großes Juweliergeschäft einzudringen und sich hier die Taschen mit Brillanten und Goldsachen vollzustopfen. — Am 19. Februar dieses Jahres ließen sich beide Angeklagte, nachdem sie sich vorher in möglichst „romantischer“ Weise ausgestattet hatten, in das Haus Königsstraße 43 einschleichen, in welchem sich das Goldgeschäft von Levin befindet. Um den in allen Einzelheiten vorbereiteten Plan zur Ausführung zu bringen, hatten sich die beiden jugendlichen Diebe mit den verschiedensten Werkzeugen ausgerüstet, unter anderem mit elektrischen Lampen, Sägen, Brecheisen, ferner mit schwarzen Masken, die sie vor dem Gesicht trugen, und schließlich auch noch mit Striden und Gummimäppeln. Mit diesen wollten sie den, wie ihnen bekannt war, in dem Geschäft befindlichen Wächter betäuben und dann festbinden und inebeln. Die Angeklagten verdeckten sich an einer Stelle, welche der von der Firma angestellte Wächter Schudat passieren mußte. Als Sch. gegen 2 Uhr nachts hier vorbeikam, wurde er von den Angeklagten überfallen und nach kurzer Gegenwehr überwältigt. Mit den Gummimäppeln schlugen die Eindringler dann auf den Wächter los, bis er betäubt zu Boden sank. Ihn wurden dann mehrere Taschentücher als Knebel in den Mund gesteckt, auch wurde er an Händen und Füßen mit Striden und Riemen gefesselt. Die Angeklagten begaben sich nunmehr in den Juwelierladen und raubten hier Ringe und Uhren zusammen. Inzwischen war es jedoch dem Wächter gelungen, sich der Fesseln zu entledigen. Er schlich sich vorsichtig auf den Hof und weckte hier Hausbewohner. Der Angeklagte Leuzner entkam, während Wendel im Kellerhof verhaftet aufgefunden wurde. — Vor Gericht legten die Angeklagten ein reuevolles Geständnis ab und erklärten, daß sie den Plan gefaßt hatten, recht wertvolle Juwelen und Goldsachen zu stehlen, damit ihre Eltern nicht mehr arbeiten brauchen. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf das höchst gemeingefährliche und gewalttätige Verbrechen der Angeklagten eine Gefängnisstrafe von je vier Jahren. Das Gericht erkannte auf je ein Jahr Gefängnis.

Opfer der Schuldliteratur.

Das Kaufmannsgericht wies den Kläger ab. Es sei zweifelhaft, daß dem Kläger bewußt war, er habe vom Konkursverwalter die mittelbare Aufforderung erhalten, im Geschäft zu erscheinen, und dieser Weisung habe er Folge zu leisten. Wegen des unbefugten Fehlens während einer erheblichen Zeit war die Entlassung gerechtfertigt.

Versammlungen.

Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der Fuher von Berlin und Umgegend tagte am Mittwoch in Freyers Festsaal in der Kopenstrasse. E. Schulz referierte über: „Die Mißstände in unserem Beruf und wie Gedanken wir sie zu beseitigen?“ Unter den Mißständen trete besonders die Trägerfrage in den Vordergrund. Seinerzeit habe man es durchgesetzt, daß die Träger aus dem Afford ausgeschlossen wurden, d. h. vom Unternehmer, der den Afford (Kolonnenafford) verpagt, extra bezahlt werden mußten. In der Zeit der Krise hätten sich aber manche Kollegen nicht mehr daran gehalten. Den Beschluß, jeden auszuscheiden, der sich nicht daran lehre, habe darauf der Verband nicht aufrecht erhalten, um nicht den Inorganisierten das Feld zu überlassen. Die Preise hätten sich dadurch, daß die Träger vielfach wieder in der Afford aufgenommen wurden, verringert. Die achtstündige Arbeitszeit werde auch nicht genau innegehalten. Die Verbände seien viel schlechter geworden. Die kurze Konjunktur müsse jetzt ausgenutzt werden im Sinne der alten Beschlüsse.

In der Diskussion wurden die gerügten Mißstände noch näher erörtert und auf ihre Beseitigung gedrungen. Schon in den nächsten Tagen müsse damit begonnen werden. Auf eine Anfrage aus der Versammlung antwortete der Referent, die Kollegen sollten da, wo der Träger im Afford sei, die Aenderung des Vertrages dahin verlangen, daß er anerkennend des Affords gestellt werde.

In einer Resolution verpflichteten sich die Versammelten, die Beschlüsse hochzuhalten, die als Lohn- und Arbeitsbedingungen für die im Auftrag beschäftigten Kollegen in Frage kommen. Versuche der Unternehmer, Verschlechterungen herbeizuführen, sind mit aller Macht zurückzuweisen. Ferner verlangt die Resolution den engen Zusammenhalt der im Auftrag beschäftigten Kollegen im Mauerverband, der einzig und allein als für sie maßgebende Organisation in Betracht komme.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 27. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Der zersetzende Bloß. — Seite der Klassenpartei? Von H. Kautsky. — Die Organisationsfrage der französischen Gewerkschaften. Von Josef Steiner (Paris). — Die Arbeiterinnenbewegung in Oesterreich. Von Wilhelm Böpp (Wien). — Literarische Rundschau: Adam Georghens. Die soziale Frage. Von K. K. Dr. E. Philippovich, Grundriß der politischen Ökonomie. Von M. N. Dr. jur. Bödel, Alkoholismus und Recht. Von Dr. Siegfried. — Notizen: Dem „Vorwärts“ zum Grube. Von F. M. Landtagung und Volkskalender. Von Paul Gollmich. Zur Frage der Einheit der Arbeiterklasse. — Zeitschriftenchau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abnommen werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns Heft Nr. 13 des 19. Jahrgangs zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Einmal von der Verelendungstheorie. Von M. C. — Der Weg der kapitalistischen Wirtschaft. Von W. D. — Frauen- und Kinderarbeit in Sachsen. II. Von H. F. — Die Jugendbibliotheken. Von Gust. Deming. — Konfessionelle Arbeiterinnenorganisationen. — Von der österreichischen Arbeiterinnenbewegung. Von a. p. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Rombach. — Die wichtigsten griechischen Bestimmungen betreffend den Kindesbrauch. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Vom Kampfplatz der Textilarbeiter im Engländergebirge. Von ed. — Reizmittel: Dienstbotenfrage. — Frauenstimme nach. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Frauenbildung.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Sprach. Von Friedrich Vobdenstedt. — Der Mutterinstinkt der Tiere. II. Von ed. — Verlassen. Von Max Tempel. — Das Auftreten des Eltern in der Kultur. Von Hannach Dorsh-Stein. — Heulsetzen: Ein Landjunker. Von Max Mosens Gogol. (Fortsetzung.)

Für unsere Kinder: Was freißt du, Kind? Von Konrad Ferdinand Meyer. (Gebicht.) — Aus der römischen Geschichte. — Der Ritt in den Tod. Von Konrad Ferdinand Meyer. (Gebicht.) — Melodramen. — Von Franz Henschel. — Der Goldregen. — Die Korallen. Von Karl Strobel. (Schluß.) — Der Traum. Von Viktor Mühlgen. (Gebicht.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Sind wir kampfbereit? Wie müssen wir gerüstet sein? Von J. Klein. 3 M. R. Neger (D. u. B. Singer), Augsburg.

Der Kindergarten — Lebensblätter — Betrachtungen über Kunst, Gott und die Welt. Von Richard Dehmel. Jeder Band geb. 3,50 M. — De Profundis. Von D. Wilde. Geb. 4 M., geb. 5 M. E. H. K. Berlin, Bülowerstr. 98.

Hinter den Kulissen. Entwürfen aus dem Bühnenleben von H. Hoffmann. 1 M. G. Hirt, Rünchen.

Was ich erlebte! Von F. Friedmann. 1896—1909. II. Bd., 361 S. A. Paulsenverlag u. Co., Berlin W. 30.

Die Einwirkung der Erde. Tragödie von Leonor Goldschmidt. 2 M. R. Borngräber, Berlin W. 30.

Horn und Harbe. Von Fr. Naumann. 2 M. — William Godwin und Marie Wolstonecraft. Von Helene Simon. 5 M. R. D. Berlin, Rünchen.

Detectiv Gyree. Kriminalroman von K. R. Green. 40 Pf. R. Lutz, Stuttgart.

? Das neue Gesetz. Von Dr. Müller. 40 Pf. R. Kehler, Dortmund.

Das Gebirgsdröschchen. Von E. K. Hoffmeyer. 1,20 M. — Die Elektrizität. Von L. Poinsot. Uebersetzt von Prof. Dr. A. Kalläne. Geb. 3,80 M., geb. 4,40 M. Quelle u. Neher, Leipzig.

Fragen aus dem Einkommensteuergesetz. Von E. Jendrich. 20 Pf. Selbstverlag, Berlin, Schönleinstr. 30.

Der Wegsbericht nach Deutsch-Südwestafrika. Von D. Rnt. 1,50 M. H. Walther, Berlin W. 30.

Reform-Bibliothek. Nr. 1. Reform-Epigramme. — Nr. 2. Die Ierne ist eine fremde Sprache? — Beide Nummern von A. Seidel. Einzelheft 20 Pf. D. Runge, Sieglitz-Berlin.

Krantheiten und Ehe. Vorträge 2. Herausgegeben von Prof. Dr. J. Senator und Dr. E. Kammer. 25 Vorkaufsgeld a 50 Pf. — S. Schottländer Berlin W. 35.

Ratgeber für die Hinterbliebenen bei Todesfällen. Von A. Säger. 25 Pf. A. Hühner, Rünchen, Bülowerstr. 98.

Deutsche Charakterzüge. Von H. Capelle. Bd. 3. Heinrich Pestalozzi. Eine Auswahl aus seinen Briefen und kleineren Schriften von Dr. D. Wallemann. Geb. 2 M., — Bd. 4. Joachim Neisser. Eine Lebensbeschreibung, herausgegeben von R. Admit-Horstedt. Geb. 2 M., — Bd. 5. Goethes Freundinnen. Briefe zu ihrer Charakteristik, ausgewählt und eingeleitet von Gertrud Bäumer. Geb. 3 M., — Die materialistische Epoche des neunzehnten Jahrhunderts und die phänomenologische-monistische Bewegung der Gegenwart. Rede, gehalten von Prof. Dr. F. Bollmann. Geb. 1 M. Verlag von D. G. Teubner in Leipzig und Berlin.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
	31. 3.	30. 3.		31. 3.	30. 3.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Tuth	4229	+56	Saale, Großh.	273	-5
Bregel, Ankerburg	396	+46	Dabel, Sandau	117	+1
Beichel, Thum	457	-23	Rathenow	118	-2
Ober, Rathor	396	+34	Spree, Stremberg	94	-2
"	438	-4	"	156	+16
"	455	-6	Bejer, Münden	68	+11
Barthe, Schrimm	392	-14	"	143	-25
"	245	+49	Rhein, Maximiliansau	398	-2
Rebe, Nordam	134	+18	"	230	-18
Elbe, Rietmütz	213	+4	"	317	-27
"	135	-10	Redar, Heildrom	109	-1
"	459	-3	Rain, Berghelm	325	-14
"	413	+2	Roel, Trier	162	-3

+) + bedeutet Hoch, — Fall. — *) Unterbeleg. — *) Stöckel. — Telegraphisch wird heute vom Bregel bei Ankerburg von 7 1/2 bis 10 Uhr vormittags Stöckel, von 10 Uhr an Eisgropfungen gemeldet.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Heute Freitag, den 2. d. Mts., abends 8 Uhr findet die Fortsetzung der Diskussion über das kommunistische Manifest bei J. Wieloch, Brunnenstraße 110 statt.

Der Vorstand.

Nariensfelde. Sonntag, den 4. April, nachmittags 3 1/2 Uhr findet im Lokal von Adolf Berger, Berlinerstraße 115 eine Volksversammlung statt. Genosse Kubig-Pantow wird einen Vortrag halten über „500 Millionen neue Steuern und die arbeitende Klasse“. Die Genossen werden ersucht, recht rege für den Besuch zu agitieren.

Der Vorstand.

Pantow. Die Parteipetition für Pantow, Nieder-Schönhausen und Französisch-Buchholz befindet sich vom 1. April ab in der Mühlenstr. 30 beim Genossen D. Nymann.

Glienke bei Hermdorf. Am Sonntag, den 4. April 1909, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokale von Heinrich Schulze (früher Krampel), Hauptstraße, eine Volksversammlung statt. Genosse Emil Unger referiert über „Klassenkämpfe“.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Was lange währt, wird nicht immer gut. Die Arbeiten zur Neugestaltung des Rettungswesens haben lange genug gedauert, aber aus all den Erwägungen, Verhandlungen und Beratungen ist nicht viel „Neues“ herausgekommen. An der Vorlage des Magistrats hatte der Ausschuss, dem sie zur Prüfung überwiesen worden war, eine Reihe Änderungen vorgenommen, doch der Kern — der nicht gute — war unangetastet geblieben. Gestern berichtete der Ausschuss an die Versammlung, und es folgte dann noch einmal eine lange Debatte über verschiedene Abänderungsanträge. Von prinzipieller Bedeutung waren die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion. Vor allem wurde die alte Forderung erneuert, daß das Rettungswesen zu verstaatlichen sei. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages wurde empfohlen, das nach den Vorschlägen des Magistrats bezw. des Ausschusses „neugestaltete“ Rettungswesen durch ein Kuratorium aus Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten und Bürgerdeputierten beaufsichtigen zu lassen. Die Bürgerdeputierten seien zu wählen auf Vorschlag der Zentralkommission der Krankenkassen, denen ein mitbestimmender Einfluß auf die Beaufsichtigung des Rettungswesens gebühre. Von unseren Genossen Koblenzer und Weyl wurden diese Forderungen begründet, aber die freisinnige Mehrheit der Versammlung war hierfür nicht zu haben. Nicht einmal der Vorschlag einer Beaufsichtigung durch ein eigenes Kuratorium fand ihren Beifall. Bürgermeister Reiche vertrat darauf, daß man vielleicht später diese Gedanken ausführen könne. Die Beschlüsse, die zustande kamen, lassen im wesentlichen alles beim alten. Sie schaffen keine Einheitlichkeit, sie überlassen nach wie vor das Rettungswesen privaten Kreisen — aber sie wahren allerdings das freisinnige Prinzip, daß die Kommune zum gemeinen Besten möglichst wenig tun dürfe.

Am Hungertuch.

An meiner Wohnungstür läutet es, in der Dämmerstunde, noch ehe die Treppen erleuchtet sind. Im Halbdunkel erkenne ich ein höchstens zehn Jahre altes, dürrig gekleidetes, bettelndes Mädchen. „Weiß Deine Mutter, daß Du betteln gehst?“ frage ich ernst und eindringlich. Und mit einer Offenheit, die ich nicht erwartet hatte, antwortet das Mädchen ein klares Nein. „Ja, warum gehst Du denn aber ohne Erlaubnis betteln?“ Ertönt, ohne jede Scheu, sieht mich die Kleine voll an: „Weil ich solchen Hunger habe!“ Ich forschte der Sache nach, fand bald heraus, daß das Mädchen die Wahrheit sagte. Die Mutter, eine Witwe mit vier Kindern, die im Quergebäude einer vorstädtischen Mietskaserne eine aus Stube und Küche bestehende, sehr ärmlich eingerichtete, aber sehr sauber gehaltene Wohnung innehatte, wußte tatsächlich nichts von dem Bettelgang ihres Kindes. Die Frau war aufgebracht, das Mädchen sollte Schläge bekommen. Bittend fiel ich der Erregten in den Arm: „Erzählen Sie mir lieber, wie es hier zu Hause steht und was das Kind zu seinem schweren Gang veranlaßt hat!“ Mißtrauisch prüft mich die Frau aus dem Volke mit seltsam schlackernden, fast kampfbereiten Augen. Scharf tauchen unsere Blicke ineinander. Als ob das eine Augenpaar sagen wolle: Was geht's Dich an?

Eine halbe Stunde später kannte ich die Geschichte einer unglücklichen, ihr Leid verschwiegen tragenden, hart um das Stück Brot ringenden Familie. Eine Geschichte wie tausend andere auch. Der Mann war verunglückt, gleich zu Tode gekommen, gerade vor einem Jahre, bei der Arbeit natürlich. „Bei der Arbeit?“ frage ich aufhorchend. „Da erhalten Sie doch für sich und die Kinder Unfallrente?“ Die Frau schlägt ein bitteres Lachen an: „Unfallrente! Jawohl... hier ist der Witz. Ein volles Jahr haben wir darauf gewartet... um unser Unglück nur noch herber zu fühlen. Abgelehnt mit allen Entschuldigungsansprüchen, weil das Unglück nicht im Betriebe passiert ist! Sie müssen wissen, es war Blutsturz. In seinem Nute schwimmend... so brachten sie ihn mir von der Straße ins Haus. Warum haben ihn nicht die Räder der Maschine zermalmt? Dann war er doch auch tot, so schnell und sicher tot, wie vom Blutsturz. Dann war seine Familie nicht dem Elend preisgegeben. Und doch... ich weiß es bestimmt... ich könnte es beschwören... im Betriebe, bei der harten Arbeit, in der ständigen Maschinenhitze, hat er sich sein Leiden zugezogen. Kann ich dafür, daß der Arzt es besser wissen will? Der allwissende, unfehlbare Arzt, der nur den Toten sah und niemals den Lebenden? Er wäre auch so gestorben, sagt der Doktor. Jawohl, das glaube ich ihm. Das braucht mir der Arzt nicht erst zu sagen. Aber was wir seit Jahresfrist gelitten, was wir gehungert und gefroren haben... ob er wohl schon mal daran gedacht hat, der Arzt der Berufsgenossenschaft, mit seiner das Kapital schützenden Weisheit? In ohnmächtiger Erkenntnis ihrer Lage weinte die Frau fast hysterisch. Wengig hatten sich die beiden ältesten Kinder in den Hintergrund des Zimmers geflüchtet, die beiden jüngsten schrien nach Brot. Ein Glück, daß ich die Not, die aus allen Jugen hervordröhrt, ein wenig spürte, aber herzlich lindern konnte, nur für den Augenblick. „Und wovon leben Sie? Wie kommen Sie durch?“ forschte

ich. „So kann es doch unmöglich weitergehen. Bist denn die Stadt nicht?“ Fast trotzig schneelte die Frau von der Bettkante empor. „Die Stadt! Ja doch, sie hilft. Gibt, was sie geben muß. Na, Sie wissen doch... zum Sterben ist's zuviel. Aber es langt beinahe zur Miete. Ach, diese erbärmliche Abhängigkeit, dieses Wittern und Jammern um Brot. Nein, ich will kein Almosen, das nicht zum Leben reicht. Ich will Arbeit und ich... bekomme so selten Arbeit!“ Wie ein Ausschrei klang's aus gequältem Mutterherz. „Und wenn ich treppauf, treppab laufe nach Arbeit, wenn zu Hause meine Kinder nach Brot schreien... dann stiehlt sich die Älteste fort und bettelt an den Türen um Brot... nur aus Hunger. Sie haben recht, das Kind kann nicht dafür... es wird noch öfter betteln gehen und machtlos muß ich es dulden. Warum bin ich nicht jung und schön? Ich verkaufe mich für meine Kinder. Aber so'n altes abgeraderetes, in Not und Arbeit verdummes und verbrauchtes Weib... das will nicht mal der da... der uns... das Almosen hinwirft!“ Schmerzlich nickte ich und — verstand. Aber schließlich wird sich doch mal ein Anspruchloser finden, der die letzte Moral in den Kot tritt und den Leib faust... um ein Stück Brot für die hungernden Kinder.

Seitdem frage ich nicht mehr, wenn ein bettelndes Kind im Abenddunkel schüchtern an meine Tür pocht, nach Woher und Wohin. Wortlos gebe ich mein Säcklein, mache jedes hungrige Mäulchen satt, so weit es in meiner Kraft steht, und erinnere mich, daß auch mein Jugendweg in ähnlicher Weise über die Dornen des Proletarierlebens ging und Hunderttausende zu gleichem Los verurteilt sind in unserer göttlichen Weltordnung.

Der Vorstand des Brandenburgischen Städtetages hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den diesjährigen Städtetag in Nixdorf abzuhalten und als Sitzungstage Sonntag, den 19., Montag, den 20. und Dienstag, den 21. September 1909 vorzusehen.

Im Berliner Stadt- und Vorortverkehr treten in diesem Monat die nachfolgenden Änderungen ein: Auf den Strecken Leichter Hauptbahnhof-Spandau-Kauen (Wustermar) ist für die Werk- und Sonntage mit dem gestrigen Tage ein neuer Fahrplan in Kraft getreten. Zwischen Leichter Hauptbahnhof und Spandau sind die Züge, wie bisher, zur Benutzung mit Vorort-Fahrkarten freigegeben. Vom Sonntag, den 4. April ab verkehren an den Sonn- und Feiertagen außer den fahrplanmäßigen Zügen noch eine größere Zahl von Sonderzügen auf den Stadtbahnstrecken: Karlsruher-Cöpenick-Friedrichshagen-Ermer, Nieder-Schönweide-Grünau, Brunnenwald-Wannsee-Potsdam und Schönberg-Holenssee-Grünau. Auf Bahnhof Treptow tritt an den Sonntagen eine anderweitige Abfertigung der Züge ein: die Südringzüge und die über die Stadtbahn verkehrenden Züge von und nach Nieder-Schönweide und Grünau werden am Bahnhof A, die Völlringzüge und die von Brunnenwald (Westend) über den Nordring nach Nieder-Schönweide und zurück verkehrenden Züge am Bahnhof B abgefertigt. An den Werktagen halten alle Züge am Bahnhof A.

Wegen des schlechten Pflasterzustandes einer neuen Berliner Straße ist eine anderweitige Streckenführung der Automobil-Omnibuslinie B (Kreuzberg-Armimpfah) notwendig geworden. Es handelt sich um die in dem abgeräumten Säkunendiertel neu angelegte Amalienstraße, in welcher das Pflaster schon nach kurzer Zeit derartig holprig geworden ist, daß durch die Erschütterungen die Maschinen der Kraftwagen vielfach Beschädigungen erlitten. Aus diesem Grunde werden die Wagen der Automobil-Omnibuslinie B statt durch die Kaiser-Wilhelm- und Amalienstraße durch die Grenadier-, Linien- und Alte Schönhauser Straße geleitet.

Eine Schutzvorrichtung im Berliner Fahrverkehr durch eine allgemeine Einführung des Hinterzeuges bei Geschirren verlangt der Berliner Tierärztekongress in einer Eingabe an das königliche Polizei-Präsidium. Dieser besteht diese Vorschrift nur für einspännige Fuhrwerke. Die sich stets mehrenden Zusammenstöße im Straßenverkehr lassen es indessen angezeigt erscheinen, diese Vorschrift auch auf Zwispänner auszu dehnen. Erstens können Fuhrwerke, die plötzlich in Gefahr kommen mit anderen zusammenzufahren oder einen Menschen zu überfahren, das Unglück meist leichter abwenden, wenn sie die Pferde zwingen können, sich mit ihrem Körper sofort nach rückwärts ins Geschirr zu werfen. Das Anziehen der Bremse wird bei unermuteten Ereignissen gewiß oft zu spät bewirkt oder überhaupt vergessen. Das Hinterzeug dagegen tritt auf einfachen Jügeldruck sofort in Tätigkeit. Zweitens, so besagt die Petition weiter, wird durch die allgemeine Einführung des Hinterzeuges auch der Verkehr erleichtert. Fast bei jedem Abrieb oder Neubau eines Hauses, bei Straßenausschüttungen usw., wo die Lastwagen oft zu tief in den Schutt oder Sand hineingesunken sind, kann man unumstößliche Tierquälereien wahrnehmen, die jedoch wegen Fehlens des Hinterzeuges unvermeidlich sind. Die bedauernswerten Pferde müssen nur mit der umgehängten Halskoppel die schwere Last zurückzuschieben suchen, was einzig durch die furchtbarste Heberanstrengung auszuführen geht, da der Pferdehals nicht zum Ziehen veranlagt ist. Drittens würde die allgemeine Einführung von Hinterzeug allen jenen Verkehrsstörungen vorbeugen, die heute stattfinden, wenn die lautstahlenden Rufe und Peitschenhiebe der Kutsher die Vorübergehenden, darunter jedesmal viele Kinder, zum Stehenbleiben und Zusehen veranlassen.

Zur Exzpressionsaffäre Dahfel. Die gerichtliche Untersuchung gegen den Redakteur Dahfel, der bekanntlich der Exzpression gegen den Grafen Frankenberg beschuldigt ist, scheint noch wichtige Enthüllungen zuzugewinnen zu können. Der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Schmidt, hat sich durch das Studium der bei Dahfel beschlagnahmten Papiere veranlaßt gesehen, auch noch andere „Hälle“ einer Prüfung zu unterziehen. Schon seit einigen Wochen werden nach dieser Richtung Zeugen vernommen, die über versuchte Exzpressionen und Rötigungen befragt werden. Fünf voluminöse Aktenstücke sind darüber bereits entstanden. Auch unterliegt nicht nur die Dahfelsche Tätigkeit bei der Erubuschen „Wahrheit“ der kritischen Untersuchung von Staatsanwalt und Richter, sondern diese greift weiter zurück, bis in die Zeit, da die „Staatsbürger-Zeitung“ noch unter dem Pseph Erubus und der Redaktion Dahfels stand. Ebenso soll eine Art Zwischenstück Dahfels nach seinem Abgange von der „Staatsbürger-Zeitung“ und bevor ihn sich Herr Eruba wieder für seine „Wahrheit“ haberte, nach Anlaß zu kriminellen Untersuchungen bieten. Dahfel war um diese Zeit Hauptredakteur eines Blattes, das in Berlin vor zwei Jahren Herr Ahlwardt für einige Monate ins Leben gerufen hatte und den stolzen Titel „Die Freiheit“ trug. In ihr erschienen unter dem Aushängeschild eines Wirklichkeitsromanes fortgesetzt Artikel, die sich mit dem frühesten Hohenlohe beschäftigten und der wörtliche Abdruck aus einem ein Jahr früher erschienenen Buche Ahlwardts waren. Diese Artikel sollen auf Rötigung ausgegangen sein und teilweise auch Erfolg gehabt haben, indem ein hiesiger bekannter Justizrat tatsächlich auf Veranlassung des Fürsten an einen Hintermann der „Freiheit“ Geld gezahlt hat. Ob und inwieweit Dahfel hierbei seine Hand im Spiele hatte, ist noch nicht ermittelt. Erstverurteilt wird die ganze Sache dadurch, daß Dahfel nach seiner ersten Verhaftung, die nur wegen des Falles Frankenberg-Schwardt erfolgte, wieder auf freien Fuß gesetzt wurde und dadurch Gelegenheit erhielt, seine Papiere zu sichten und vielleicht auch verhängliche zu vernichten. Man besitzt also gegenwärtig nur das, was bei Gefangenschaft der Frankenbergischen Angelegenheit beschlagnahmt wurde, und dann noch die kleine Radleise nach der zweiten Verhaftung. Die umfang-

reiche Zeugenbernehmung dürfte wohl sicher noch weitere Aufklärungen und Ueberraschungen bringen.

Aus Anlaß des fünfundsanzigjährigen „Vorwärts“-Jubiläum sind uns aus den Reihen unserer Leser und Parteigenossen zahlreiche Glückwünsche zugegangen. Wir nehmen davon Akt, darauf verweisend, daß diese Glückwünsche der Berliner Parteigenossenschaft haben, was er heute ist und die fortgesetzt an der Erweiterung der Einflusphäre ihres Kampforgans arbeiten.

Auch Erinnerungen werden bei dieser Gelegenheit aufgeschwemmt, von denen wir nur folgende wiedergeben wollen. Genosse Robert Weder, Fruchtstr. 42, schreibt uns: „Als im Jahre 1884 der Fachverein der Möbelpolierer für geschweifte Arbeit vor einer Lohnbewegung stand, beugten ein Kollege C. Kurth und ich die Gelegenheit, die Probemummer des „Berliner Volksblatt“ unter den Möbelpolierern zu verbreiten und es gelang in den sehr gut besuchten Versammlungen 118 oder 119 — genau weiß ich es nicht mehr — Dokumenten zu gewinnen, von denen ich bis heute ununterbrochen einer bin. Hoffen wir, daß wir nach abernials 25 Jahren rufen können: Sieg auf der ganzen Linie! Trotz alledem!“

Auch eine Anzahl anderer Genossen, die noch heute tätig sind, haben vor 25 Jahren wie der oben bezeichnete Genosse in gleicher Weise für die Verbreitung des „Volksblatt“ gewirkt. Erwähnen wollen wir bei dieser Gelegenheit auch, daß von unseren Zeitungsletern vier Genossen an der Herstellung der ersten Nummer des „Volksblatt“ mitgewirkt haben.

Häufige Brände in der Volksteifenfabrik des Hoflieferanten August Westmeier jr., Brunnenstr. 194, erregen nachgerade in weiteren Kreisen Aufsehen. Nachdem in den letzten Jahren hier wiederholt schwere Brände belämpft werden mußten, darunter einer, der der Feuerwehr stundenlange Arbeit machte, entstand in der Nacht zum Mittwoch schon wieder ein größeres Schadenfeuer. Es ist auffällig, daß hier die Brände stets in der Nacht auskommen. Will man nicht Brandstiftung annehmen, so muß man mit fehlerhaften Einrichtungen oder ungenügendem Feuerlöschmittel rechnen. In dem betreffenden Hause befinden sich auch zahlreiche Privathaushaltungen, die von den häufigen Bränden leicht in Mitleidenschaft gezogen werden können.

Zu der Verzweiflungstat des Arbeiters H., über die wir berichtet haben, wird uns noch geschrieben: Am Montag und Dienstag war in verschiedenen Blättern zu lesen, daß der Arbeiter Hilbig aus Angjt vor Nahrungsorgen sich das Leben genommen hat. H. war jahrzehntelang bei der Firma Held u. Franke als Bauarbeiter tätig. Vor mehreren Monaten erlitt derselbe einen Unfall, indem er in einen Schacht stürzte und sich ganz erheblich verletzte. Er wurde arbeitsunfähig. Die Berufsgenossenschaft erkannte seine Ansprüche nicht an. Angeblich soll H. angetrunken gewesen sein, wie sich der Bolter bei der Verhandlung ausgeschildet haben soll. Ich kenne H. dagegen seit zehnjährigen Jahren als einen nüchternen, arbeitssamen Menschen; obenannte Firma würde auch kaum einen Arbeiter so lange Jahre beschäftigen, wenn derselbe zur Trunkenheit neigt. H. verlangt nun auf Grund seiner Invaliditätskarte die ihm zustehende Invaliditätsrente; auch hier wurde er abschlägig beschieden. H. war 59 Jahre alt. Bei Erhalt des letzten ablehnenden Schreibens griff H. zum Revolver und erschoss sich. Sämtliche Hausbewohner hatten die Ueberzeugung, daß der Mann arbeitsunfähig war.“

Unter kaufmännischer Leitung stand eine Einbrecherbande, die gestern von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht wurde. Lederbüchse, die seit einiger Zeit in großer Zahl verlost wurden, fielen durch die Sachkunde aus, mit denen die Einbrecher bei der Auswahl zu Werke gingen. Weil es sich stets um schwere Werte handelte, die man nicht wegzutragen konnte, so beobachtete die Kriminalpolizei das Fuhrwerk, das sich nachts auf den Straßen bewegte und kam so auf die Spur der Bande. Ihr Fuhrunternehmer war der „süße Herrmann“, ein früherer Händler Hermann Reichert aus Pantow, der morgens und abends Zeitungen nach der Post fuhr und nachts mit seinem Schlächterwagen und seinem Braunen den Lederbüchsen zur Verfügung stand. Der jahreslängliche und kaufmännische Leiter der Bande war ein Kaufmann Karl Kolinski. Dieser war früher in Lederbüchsen tätig. Jetzt besuchte er die Lederfirmen als „Agent“, nicht um Geschäfte zu machen, sondern um stets zu wissen, für welche Art Ware er leicht Abnehmer und die besten Preise finden werde. Kolinski, der also stets die Markt- und Warenlage kannte, unterrichtete sich bei seinen Besuchen auch örtlich über das Lager. Er wußte stets, wo ein Einbruch möglich war und lohnte. Zur Ausführung seiner Pläne hatte er einen Spezialisten an der Hand, einen alten Einbrecher, Willi Läser, einen vorzüglichen „Knacker“. Läser stellte wieder die erforderlichen Hilfskräfte, drei bisher unbescholtene, stellungsfreie Hausdiener, die besonders das Abtragen besorgen mußten. Der Fehler der Bande war ein Händler Nofe in der Kopenstraße. Zu allen Verabredungen traf man sich in Kneipen in der Gräfe- und Staller Straße. Waren Ort und Zeit eines Einbruchs festgesetzt, so brachte Reichert mit seinem Wagen die ganze Gesellschaft möglichst nahe heran. Dann sprang alles ab. Läser „knackte“, Kolinski wies an, die drei „Geschliffen“ nahmen ihre Stühle auf die Kuffel; im Handumdrehen war der Wagen beladen und dann ging es im Galopp nach Pantow hinaus, wo die Werte im Reicherts Schuppen einstweilen untergebracht wurde. Kolinski blieb in Berlin, um gleich am nächsten Morgen Nofe ein Angebot zu machen. Wurde er mit ihm handelsmäßig, so brachte Reichert am selben Nachmittag noch die Ware und wurde abgelohnt. Dann ging Kolinski zur Abrechnung nach der Gräfe- und Staller Straße. Für seine Vermählungen als Sachverständiger und kaufmännischer Leiter berechnete er sich stets 20 bis 25 M. Den Rest teilte er mit seinem Einbrecher und dessen Spießgesellen. Bei diesem Geschäft wurde gestern die Gesellschaft von Kriminalbeamten überfallen und aufgehoben. Alle sind gefänglich. Bei dem Fehler wurden noch für 6000 M. Leder beschlagnahmt. Das andere war bereits an Schuhfabrikanten verkauft und verarbeitet.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 1. März cr. hat sich der Buchbinder Otto Härtling, 20. Mai 1872 in Langendorf geboren, aus seiner Wohnung Franzstr. 4 entfernt und ist bis jetzt noch nicht zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist oder daß er Selbstmord verübt hat.

Er war 1,70 Meter groß, hatte blondes Haar und blonden Schnurrbart, oberes blaßes Gesicht und war bekleidet mit schwarzem Winterüberzieher.

Personen, welche über den Vermissten nähere Angaben machen können, wollen sich in den Vormittagsstunden im Polizeipräsidium Zimmer 249 melden oder zu den Aktenzeichen 1126 IV/16. 00 hierher Mitteilung machen.

Zeugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie am 18. Januar, mittags 12 Uhr, in der Zrenzlauer Allee, nahe der Fiedrichstraße, ein Mann von der Elektrischen umgestoßen wurde, insbesondere der Herr, der den Umgestoßenen aufhaken wollte, werden dringend gebeten, ihre Adressen bei Gähnel, Woldenberger Straße 6, Seitenflügel 8 Treppen, abzugeben.

Großfeuer kam gestern mittags um 11 Uhr in der Straßauer Straße 36, neben dem neu erbauten Direktionsgebäude der städtischen Gaswerke, wo früher die Waisenküche stand, zum Ausbruch. Es soll durch die Unvorsichtigkeit eines Lehrlings entstanden sein, der mit einem offenen Licht einem mit Korben gefüllten Sack zu nahe kam. Als die Feuerwehr in großer Stärke an der Brandstelle erschien, brante der erste Stock des Quergebäudes auf dem Hofe in großer Ausdehnung. Eine Lotterier-Einnahme, die im selben Stock in unmittelbarer Nähe sich befand, war im höchsten Grade gefährdet. Zum Glück war die Dede

des neuen massiven Quergebäudes feuerfester. Die Wehr unter Leitung des Branddirektors Reichel gab mit fünf Schlauchleitungen von Dampfstrigen Wasser, das zum größten Teil direkt der Sprengentnahme wurde. Dem energischen Vorgehen der Feuerwehr ist es zu verdanken, daß der Brand auf das erste Stockwerk des Quergebäudes beschränkt blieb. Die Flammen hatten an den enorm großen Vorräten von Korken der Firma E. A. Berghauer reiche Nahrung gefunden. Trotzdem war die Gefahr schon nach einer Stunde beseitigt. Die Aufräumungsarbeiten nahmen aber noch längere Zeit in Anspruch.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 9 1/2 Uhr kam ein sehr gefährlicher Brand in der Viktoriastr. 88 zum Ausbruch. Wohnernasse war dort in Brand geraten. Die Flammen hatten gleich eine große Ausdehnung erlangt, so daß der 12. Zug unter Leitung des Brandmeisters von Frieden längere Zeit zu tun hatte und mit zwei Schlauchleitungen Wasser geben mußte, um eine weitere Ausdehnung zu verhindern. — Derselbe Zug hatte in der letzten Nacht in der Grobenstr. 90 einen größeren Dachstuhlbrand zu löschen. Bodenverschlüsse mit Inhalt standen nachts um 2 Uhr dort in Flammen. Diese fanden rasch Nahrung und erfahren das Gebälk. Durch energisches Vorgehen und kräftiges Wassergeben mit mehreren Schlauchleitungen von Dampfstrigen gelang es, den Brand auf den Dachstuhl zu beschränken. Die Entstehung konnte nicht ermittelt werden. Auf dem Hofe Jennstr. 31 brannte nachts Benzin und auf dem Leibziger Platz vor dem Hause Nr. 18 ein Automobil. Der Brand eines Müllwagens veranlaßte das Ausrücken des 15. Zuges nach dem Bahnhof an der Beusselstraße. In der Potsdamer Str. 42 brannte Baumaterial u. a. in einer Wohnung. Ferner hatte die Wehr in der Linienstr. 217, Gartenstr. 47, Großen Frankfurter Str. 5 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Eine Etatverabschiedung um Mitternacht.

Die Rixdorfer Stadtverordnetenversammlung am Mittwochabend führte zu dem Schluß der Etatberatungen. Eingangs berichtete Oberbürgermeister Kaiser, daß seine Verhandlungen mit der Großen Berliner Straßenbahn zwecks Erlangung von Straßenbahnlinien für die Stadtverordneten unter gewissen Erleichterungen negativ verlaufen sind. Der Antrag, nummehr zu diesem Zweck 6000 M. in den Etat einzustellen, wurde nach längerer Diskussion mit 26 gegen 23 Stimmen angenommen.

Das Kapitel „Aus Vorjahren“ und der Voranschlag über die vorhandenen Sammelfonds wurden ohne Debatte genehmigt.

Die Versammlung wendet sich darauf der Deckungsfrage zu. Den Mehrbedarf will der Magistrat dadurch decken, daß er unter die Gemeindesteuern eine Schankkonzessionssteuer neu aufgenommen hat; ferner soll die Grundsteuer von 2,9 Promille für bebauete und unbebaute Grundstücke auf 3 Promille für erstere und 6 Promille für letztere, sowie die Hundesteuer von 25 auf 30 M. erhöht werden. Der Rechnungsausschuß schlägt vor, die Grundsteuer für unbebaute Grundstücke auf 5 Promille festzusetzen.

In der äußerst langen und lebhaften Generaldebatte präzisiert als erster Redner Stadtv. Wutzky in eingehender Rede die Stellung seiner Freunde zu den anzuwendenden Mitteln für die Balancierung des Etats. Die sozialdemokratische Fraktion nehme grundsätzlich den Standpunkt ein, daß in erster Reihe ein Ausbau der die leistungsfähigen Schultern treffenden Realsteuern in Betracht zu ziehen sei. Wenn dies geschehen und trotzdem noch mit einem Minus gerechnet würde, dann müsse eben, wenn absolut kein anderer Ausweg bleibe, an die eventuelle Erhöhung des Zuschlages zur Einkommensteuer gedacht werden. Dieser Gedanke dürfe und könne nicht in Abrede angeht der Tatsache, daß auch Berlin und andere Groß-Berliner Gemeinden schwerlich noch lange ohne dem ankommen würden. Die Schankkonzessionssteuer trifft ungerechtfertigt schon sehr belasteten Gastwirtsstand und würde zweifellos zum Teil auf die Konsumenten überwälzt; ihr könne man deshalb nicht zustimmen. Anders sei es mit der Grundsteuer, die eine Erhöhung verträglich, wie sie der Magistrat vorschlägt. Redner weist aber dem letzteren Mangel an Weisheit vor, da er die zugesagte Steuerreform nicht — wie versprochen — im Laufe des vergangenen Jahres vor dem Etat zur Durchführung gebracht habe, dann auch eine gute Steuerquelle, die Wertzuwachssteuer, außer acht gelassen hat. Im Rahmen der Berechtigung müsse aber verlangt werden, daß der infolge der kommunalen Entwicklung, also durch die Arbeit der Allgemeinheit den Grundbesitzern in den Schatz fallende ungeheure Wertzuwachs an Grund und Boden auch der Repräsentantin der Allgemeinheit, der Kommune, nutzbar gemacht würde. Es sei unverantwortlich, wenn anderwärts wohnende Bodenbesitzer (in Rixdorf ist drei Viertel alles unbebautes Gelände in solchen Händen) kolossale Gewinne aus dem Ausschlag Rixdorfs zögen, ohne auch nur einen Finger dazu zu rühren. Verständlich erscheine es da, wenn bereits 47 größere und eine ganze Anzahl kleinerer preussischer Gemeinden die Wertzuwachssteuer eingeführt haben. Je mehr die Stadt ausgebaut würde, um so mehr geht die Ertragsfähigkeit einer Wertzuwachssteuer zurück. Redner, der durch Material Beweise beibringt, sagt schließlich, daß die Besitzenden stolz sein sollten, wenn sie mit ihren Mitteln zum Ausbau der kommunalen und sozialen Einrichtungen beitragen könnten. Geschieht das nicht in der angeführten Weise, dann könne natürlich auch nicht von einer Zustimmung seiner Freunde zu einer Einkommensteuer-Erhöhung die Rede sein.

Die Stadtv. Abraham, Gröpler, Riemer, Seilmann und der Stadtverordnetenvorsteher Sander wandten sich gegen den Vordränger. Sie plädierten für Schonung der Grundbesitzer, die durch Straßenbaukosten und durch die Grundsteuer schon genug belastet werden, so daß diese vor dem Ruin ständen. Die beiden Erstgenannten lehnten auch die Schankkonzessionssteuer ab und schlugen vor, das Defizit aus den Ausgleichsfonds zu decken.

Oberbürgermeister Kaiser suchte den Magistrat gegen die Vordränger des Stadtv. Wutzky zu verteidigen. Die Wertzuwachssteuer sei aus tatsächlichen Gründen nicht in Vorschlag gekommen; die Grundbesitzer hätten angesichts der Grundsteuererhöhung mit Recht (?) eingewandt: nur nicht alles auf einmal! Warum lehnen die Herren von der Linken die Schankkonzessionssteuer ab? Sie ist doch auch nur eine Wertzuwachssteuer, welche die Baumunternehmer tragen. In anderen Städten haben die Gastwirte selbst die Steuer verlangt.

Bürgermeister Dr. Weinreich tritt ebenfalls für die Schankkonzessionssteuer ein. Es drängen sich so viele ohne jede Vorbildung dazu ausgerüstete Elemente in den Gastwirtsstand, daß zu seiner Milde im Sinne der Gegner der Steuer kein Anlaß vorliegt. Die Stadtv. Pagels (Soz.) und Wutzky (Soz.) greifen noch wiederholt in die Debatte ein und zerpfänden die gegen die Wertzuwachssteuer und für die Schankkonzessionssteuer ins Treffen geführten Gründe. Ersterer rückt besonders die Rede des zweiten Bürgermeisters ins rechte Licht, welcher — wie er sagt — so gar kein Verständnis für die Leiden der durch Polizeibehörden und Gensurungsmaßnahmen drangsalirten und in ihrer Existenz gefährdeten kleinen Gastwirte zu haben scheint.

Es folgt die Abstimmung. Die Einkommensteuer bleibt bei hundert Prozent, die Hundesteuer wird auf dreißig Mark erhöht.

Über die Grundsteuer und die Schankkonzessionssteuer wird namentlich abgestimmt; erstere wird mit sechs Stimmen Mehrheit auf 3 bezw. 6 Promille festgesetzt, die letztere mit 34 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Da nummehr ein Minus von rund 100 000 M. noch zu decken bleibt, ersucht Stadtv. Groger (Soz.) den Magistrat, zu diesem Zweck baldmöglichst der Versammlung Vorschläge zu machen. (Zurufe vom Magistratsstuhl: Das ist jetzt Ihre Sache!) Hierauf nimmt Oberbürgermeister Kaiser das Wort und macht gereizt geführte Hinweise auf Posten, an denen gespart werden könnte, darunter das Krankenautomobil, die Dampfstrige usw. Die Sozialdemokraten protestieren gegen dies Vorgehen; Stadtv. Wutzky ruft erregt: Streichen Sie doch die Magistratsgehälter! Als die Versammlung sich auflöst, über die Vorschläge des Oberbürgermeisters abzustimmen, verläßt die sozialdemokratische Fraktion den Saal, worauf Stadtv. Groger, der allein zurückblieb, die Beschlußfähigkeit anzeigt. Die Auszählung ergibt 34 Anwesende und damit die Beschlußfähigkeit. Unter allgemeiner Aufregung verläßt der Vorsteher die Sitzung auf eine Viertelstunde; man versucht telephonisch, abwesende Stadtväter herbeizuholen und Beschlußfähig zu werden. Während der angeleglichen Vertagungspause versuchen die allein im Saale befindlichen bürgerlichen Stadtverordneten, die inzwischen auf der Zuschauertribüne erschienenen Stadtverordneten Dr. Silberstein, Groger und Keller als in der Sitzung Anwesende zu reklamieren, wogegen diese protestieren unter dem Hinweis, daß sie nur als Zuhörer gekommen sind. Daraus entspinnt sich eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte, die sich hinauf nach der Galerie und wieder herunter abspielt. Endlich treffen zwei herbeizitierte bürgerliche Stadtverordnete ein und Stadtverordnetenvorsteher Sander erklärt mit 38 Anwesenden die Beschlußfähigkeit. Er eröffnet die Sitzung wieder und in namentlicher Abstimmung genehmigt das zweifellos gegen die Bestimmungen der Städteordnung verstoßende Rumpfparslament den Etat. Ja, die Herren fühlten sich infolge der Abwesenheit der Sozialdemokraten so erleichtert, daß sie auch sungs die etwa 1 1/2 Duzend weiterer Vorlagen der Tagesordnung „aufarbeiteten“; waren sie doch wenigstens vorübergehend einmal die Art der bösen Sozials. Wir fürchten nur, daß sie ihrer offenkundigen Freude darüber nicht lange froh werden; denn unsere Genossen wissen sich ja gegenüber solchen Gewalttaten ihrer Haut zu wehren. Um die Mitternachtsstunde verlassen die die Rixdorfer Kommunalpolitiker schwer kompromittierenden Herren den Schauplatz ihrer „Taten“.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung wählte am Mittwoch an Stelle des verstorbenen Stadtrats Löbelmann den der liberalen Fraktion angehörenden Stadtv. Dr. de Gruyter mit 37 von 51 Stimmen zum unbedingten Stadtvater für die Zeit bis Ende 1911.

Von den zur Beratung stehenden Vorlagen verdienen zwei besonders hervorgehoben zu werden, die betreffend die Vergütung städtischer Fuhrleistungen und die betreffend die Müllabfuhr. Die städtischen Fuhrleistungen sollen nach dem Magistratsantrage, dessen Annahme der Ausschuss empfiehlt, dem Fuhrunternehmer Robert Henneke in Berlin übertragen werden, der ein um 68 882 M. niedrigeres Angebot abgegeben hatte, als der jetzige Unternehmer Feide. Unsere Genossen Geber, Will und Dr. Vorhardt vertreten energisch den Standpunkt der Uebernahme des Fuhrwesens in eigene Regie, zum mindesten verlangen sie die Aufnahme der anständigen Lohnkaufel in den Vertrag. Besonders Genosse Geber konnte auf Grund seiner gewerkschaftlichen Erfahrungen nachweisen, daß in bezug auf Löhne Herr Henneke durchaus nicht den Anforderungen der Arbeiter gerecht werde. Gegen die Aufnahme der anständigen Lohnkaufel wandten sich aus prinzipiellen Gründen Stadtv. Dr. Stadthagen (natl.) und Oberbürgermeister Schustehrus. Ihre Ansicht trug bei der Zusammensetzung der Versammlung natürlich den Sieg davon. Sowohl unser Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuss, als auch der Antrag betreffend die anständige Lohnkaufel wurden abgelehnt. Der Referent bekam es sogar fertig, sein Schlusswort zu Witzeln über die sozialdemokratische Forderung zu misbrauchen. Eine Erwiderung war nach der Geschäftsordnung unmöglich, die Vorlage wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Die zweite Vorlage betraf den Vertrag mit der Gesellschaft „Dreitteilung, Allgemeine Müllwertverwertungsgesellschaft m. b. H.“, die auf's neue an die Stadt herantreten ist, nachdem ihr erst vor Inang eines Jahres eine Subvention zuteil geworden. Diesmal wünschte sie, daß die Stadt ihr ihre Müllkästen zum Preise von 69 000 M. abkaufe, der einzige Weg, auf dem sie sich noch retten zu können glaubt. Der Magistrat befragte das Gesch. und beantragte gleichzeitig, den von der Stadtgemeinde an die Gesellschaft zu zahlenden Satz von 1,30 M. pro Kopf und Jahr der im Abfuhrbezirk ortsgewöhnlichen Bevölkerung auf 1,60 M. zu erhöhen. Bei 275 000 Einwohnern bedeutet das eine Liebesgabe von 82 500 M. Der Ausschuss ist über die Magistratsvorlage noch hinausgegangen, er beantragte, den Magistrat unter Aufrechterhaltung der bereits geleisteten Zinsgarantie in Höhe von 300 000 M. zum Abschluß eines Vertrages mit der Gesellschaft zu ermächtigen, wonach der Gehalt für die Abfuhr von 1,30 auf 1,60 M. pro Kopf und Jahr erhöht wird, und zwar so lange, als die Direktion der Distriktsabfuhr die selbstschuldnerische Bürgschaft für die vertragsmäßige Fortführung der Müllabfuhr gewährleistet. Diese Gewährleistung hat bis 1. Oktober 1910 zu erfolgen, wobei der Distriktsabfuhr ein sechsmonatliches Kündigungsrecht spätestens am 1. April 1910 zum 1. Oktober 1910 zusteht. Wird von dem Kündigungsrecht kein Gebrauch gemacht, so läuft die Garantieverpflichtung der Distriktsabfuhr unter denselben Bedingungen so lange weiter, bis letztere mit neuemmonatlicher Frist die Garantie aufkündigt. Ist die Kündigung eingetreten, so soll die „Dreitteilung“ berechtigt sein, einen gleichwertigen Garantien zu stellen, über dessen Annahme ausschließlich der Magistrat zu entscheiden hat. Ferner beantragte der Ausschuss, den Magistrat zu ermächtigen, der „Dreitteilung“ einen Vorschlag auf die zu leistende Abfuhr des Hausmülls in Höhe von 72 000 M. zu 3/4 Proz. Jahreszinsen zu gewähren unter der Bedingung, daß die Tilgung durch monatliche Abzüge in Höhe von 8000 M., beginnend am 1. Mai 1909, erfolgt.

An diesem Antrage, der so recht deutlich zeigt, einen wie schweren Fehler die städtischen Körperschaften begangen haben, als sie sich anstatt selbst die Aufgabe der Müllabfuhr zu erfüllen, mit einer privaten Handelsgesellschaft einließen, übte Genosse Dietrich scharfe Kritik. Mit Nachdruck erklärte er, daß auch seine Freunde von dem System der Dreiteilung nicht abgehen wollten, daß es aber Pflicht der Stadt sei, die Müllabfuhr baldigst in eigene Regie zu nehmen. Für den Anschlußantrag könnten die Sozialdemokraten nicht stimmen, der Ausschuss habe in einer unverständlichen Generosität der Gesellschaft noch mehr bewilligt, als sie selbst gefordert habe. Auf Kosten der Stadt sucht man verpfuschten Unternehmungen auf die Weine zu helfen. Das sei aber nicht Aufgabe der Gemeindeverwaltung.

Nach einer Erwiderung des Stadtv. Dr. Kaiser wurden die Anschlußanträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger wenigen Liberalen angenommen.

Die nächste Sitzung findet erst am 21. April statt.

Stralen.

Der Rixdorf-Badenschuß ist seit dem 1. April auch in unserem Ort eingeführt. Dergleichen ist Stralau seit dem 1. April dem Polizeibezirk Lichtenberg unterstellt. Anmeldungen über Versammlungen, Veranstaltungen usw. sind von jetzt ab an die kgl. Polizeidirektion Lichtenberg zu richten.

Teget.

Unter dem schweren Verdacht, sich seit vier Jahren an seiner jetzt 14-jährigen Tochter vergangen zu haben, wurde der Händler Sch aus der Tegelsstraße festgenommen.

Nowawes.

Einspruch gegen die festgefundenen Gemeindevertreterwahlen haben einige Wähler der zweiten Abteilung erhoben. Derselbe stützt sich darauf, daß die Wählerliste die Namen einiger Personen aufwies, die nicht wahlberechtigt waren. In der am Mittwoch festgefundenen Gemeindevertreterwahl wies der Bürgermeister diesen Einspruch als unzulässig zurück mit der Begründung, daß derselbe während des Ausliegens der Wählerliste hätte erhoben werden müssen. — In die Wahlkommission, welche die Wahlen zu den einzelnen Kommissionen der Vertretung zu erledigen hat, wurde an Stelle des verstorbenen Vertreters Meyer der Gemeindevorsteher A. D. Ost gewählt. — Die Kommission für die Vorbereitung eines Schulhausbaues wurde aus dem Bürgermeister Winkelmann, Schäffen Richter, den Vertretern Ost aus der ersten, Schneider aus der zweiten und Genossen Neumann aus der dritten Abteilung gebildet. — Der vom Zeichenlehrer Meyer des Realgymnasiums auf Kosten der Gemeinde veranstaltete Zeichenkurs für diejenigen Volksschullehrer und -Lehrerinnen, welche die Absicht haben, sich dem Zeichenunterricht zu widmen, ist beendet und hat nach dem Bericht des Bürgermeisters vorzügliche Erfolge gezeigt; die Teilnehmer des Kursums beantragen, für einen Vertiefungskursus weitere Mittel bereitzustellen. Die Vertretung gibt dem Antrage ihre Zustimmung. — Von auswärts wohnenden Besitzern unbebauter Grundstücke ist die Gemeindeverwaltung zur Vermeidung von Polizeistrafen ersucht worden, gegen Vergütung die Pflicht der Reinigung vor ihren Grundstücken zu übernehmen. Es wurde beschlossen, die Reinigungs- und Streupflicht vor derartigen Grundstücken auf Antrag der Eigentümer verjuchweise zu übernehmen gegen Entrichtung einer Gebühr von 1 M. pro laufenden Meter Straßenfront. Eine Hauptpflicht für etwaige Unfälle usw. vor diesen Grundstücken übernimmt die Gemeinde jedoch nicht, sondern überläßt dieselbe den Besitzern. — Des weitern setzte die Vertretung die Verkaufsflächen verschiedener Straßen fest; danach soll die verlängerte Luisenstraße 12 Meter, der Hellerische Weg 10 Meter, die Kirchstraße 11,20 Meter, die Grenzstraße 14 Meter und die Verbindungsstraße zwischen Schornhorst- und Regensstraße zwischen den Vorgärten 12, zwischen der Verkaufslinie 18 Meter Breite erhalten. — Den Schluß der Sitzung bildete die Festsetzung des Etats und der Steuerzuschläge, wobei die Zuschläge zur Einkommensteuer wieder auf 100 Proz. inkl. Kreissteuer festgesetzt wurden; die Beratung hierüber zeitigte eine ausgedehnte Debatte.

Potsdam.

Der Arbeiterbildungsausschuß veranstaltet am Sonntag, den 4. April (Palmsonntag) im Viktoriagarten einen Lichtbildvortrag über Wilhelm Busch, den bekannten Humoristen, verbunden mit Rezitationen von „Die fromme Helene“ und „Abenteuer eines Junggesellen“. Der Anfang ist auf abends 7 1/2 Uhr festgesetzt. Eintrittskarten a 20 Pf. sind bei allen Gewerkschaftsvorständen zu haben.

Einen gefährlichen Kinderfreund hat die Polizei ergriffen. Durch ein Geldgeschick suchte der Unhold ein siebenjähriges Mädchen an sich zu locken.

Der Bau von Badeanstalten scheint endlich gesichert. Nachdem von allen Bevölkerungsschichten und nicht zum wenigsten von der gesamten Arbeiterschaft in öffentlichen Versammlungen auf die Notwendigkeit der Errichtung von Badeanstalten, vor allem eines Hallenschwimmbades, hingewiesen ist, will man schließlich endlich dem Bedürfnis entsprechen. Aus den Ueberflüssen der städtischen Sparkasse sind 100 000 M. für gemeinnützige Zwecke verfügbar. Dabon sollen zuerst eine Fußbadeanstalt für die Zeltower Vorstadt und eine Damenflughallenbadeanstalt (die hier bis jetzt vollständig fehlt) gebaut werden. Die Restsumme von circa 70 000 M. soll einem bereits bestehenden Fonds von 70 000 M. für die Errichtung eines Hallenschwimmbades zugeschrieben werden.

Vermischtes.

Eine folgenschwere Explosion. Nach einer Meldung aus Marseille ereignete sich an Bord des Dreimasters „Jules Henri“, der Petroleum von Philadelphia nach Ceite transportierte, gestern eine Explosion. Sechs Arbeiter wurden getötet, zehn schwer verletzt. Da das Schiff Petroleum nicht mehr an Bord hatte, wird angenommen, daß Petroleumgase, die noch im Raum vorhanden waren, sich entzündeten, als ein Sachverständiger das Schiff untersuchte und dabei eine Lampe gebrauchte. Zur Zeit der Explosion waren an Bord zwanzig Arbeiter beschäftigt.

Defraudant einer Ranngasse. Der Kassierer der Frankfurter Bäderinnungs-Krankenkasse, die gegründet wurde, um der Ortskrankenkasse Abbruch zu tun, ist mit 3000 M. durchgegangen und wurde gestern in Basel verhaftet.

Ein Militärgefängnis niedergebrannt. Die eine Meldung aus Leobenwirth (Kranas) vom 1. April besagt, ist das dortige Militärgefängnis niedergebrannt. Soldaten zogen einen Kordon um die Gebäude und verwarnten die Gefangenen, daß sie erschossen werden würden, falls sie einen Fluchtversuch unternähmen. Man nimmt an, daß keiner der Gefangenen verdammt oder entlassen ist.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenrunde hat den Vizepräsidenten Dr. 3. zweiter Hof, zweiter Eingang, vier Treppen, 100 Fahrstuhl, 100 wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestern 7 Uhr Sonntagabend begann die Ehrenrunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Wunsch und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Die Liste der Ehrenrunde wird nicht erstellt. Die zur Beantwortung in Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen tragen man in der Ehrenrunde vor.

— G. S. 16. 1. Haben mit der Mutter innerhalb der Empfängniszeit mehrere Männer verkehrt, so steht weder der Mutter noch dem Kinde ein Recht auf Unterhalt zu, wenn die Vaterchaft nicht zu geschicktem, notariellem oder sonst öffentlichem Protokoll anerkannt war. 2. Ja. — Streitende 500. 1. Der Ehemann kann das Bürgerrecht der Ehefrau durch eine Erklärung, die er in das gerichtliche Notariatsprotokoll eintragen läßt, aufheben oder beschränken. Eine Ehevertragsangelegenheit ist nicht ganz ungeschicklich. 2. Ja. — G. S. 25. 1. Das Honorar bemisst sich nach der Höhe des Streitgegenstandes; wie hoch derselbe in Entscheidungssachen anzunehmen ist, legt das Gericht fest. 2. und 3. Die Frau kann jede Angabe ablehnen. 4. und 5. Einbruch wird bestraft, wenn wegen desselben die Ehe getrennt ist und der beleidigte Ehegatte Schadloshaltung beantragt. — G. S. 32. Ein Auslandspaß ist nicht notwendig, aber zweckmäßig. — G. S. 76. Nach dem bestehenden Gesetz stände dem Arbeiterauschuß ein direktes Verwaltungsrecht nicht zu. — Pant 17. 1. Die Gründe würden zur Entscheidung nicht ausreichen. 2. Der Ehepartner würde von seiner Witwe und seinen Kindern herab zu sein, und zwar fällt, wenn kein Testament vorliegt, der Witwe ein Viertel, den Kindern drei Viertel des Nachlasses zu. — G. S. 46. 3a. — Wasse 100. 1. und 2. Ja. — G. S. 706. 1. Rein. 2. Der Richter wäre beim Amtsgeld einzuliegen. — G. S. 81. 1. 100—200 Mark. 2. Das richtet sich danach, wie hoch das Streitobjekt vom Gericht festgesetzt wird. 3. Ja. — G. S. 3. Rein. — G. S. 29. Die Rechtsprechung schwankt in dieser Frage; in der Regel nimmt sie an, daß ein wesentlicher Verstoß, der zur Aufhebung des Vertrages berechnen würde, nicht vorliegt, wenn nicht ausdrücklich nach einer etwaigen Strafe gefragt und diese verhängen ist. — G. S. 16. Die Versicherungsgesellschaft ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, einem auf Beschädigung eines anderen Bruchandes geschlossenen Vertrag satzgebend. — G. S. 17. Die Forderung aus Verjährung für Waren, die für den Privatgebrauch entnommen sind, verjährt in zwei Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem die Forderung entstanden ist. Ist die Ware im Jahre 1907 entnommen, so tritt also Verjährung der Forderung mit Ablauf des Jahres 1909 ein. — G. S. 100. Soweit ersichtlich, können Sie, ohne Nachteile davon zu sagen, unterschreiben. — Schwedterstr. 33.

1. Nr. 2. Nach der Streikung, mein. 8. Rein. — W. R. 10. Ja. — S. 2. 27. Wollen Sie sich doch einmal mit unserem Parteigenossen Ingenieur Wolf, NO. 18, Bernauerstr. 9, in Verbindung setzen. — S. 2. 4. 1. Darüber entscheidet die Straßenpolizeidirektion von Köpenick. 2. Die Schuldfrage können wir nicht entscheiden. — P. P. 23. 61. Die Adressen solcher Bauvereinigungen finden Sie im Adressbuch. — R. S. 1904. 1. Ueber die Mitgliedschaft oder deren Verlust entscheidet in erster Reihe das Statut. 2. Aus denselben Gründen wie bei ordentlichen Mitgliedern. — G. J. 76. Ihr Gesuch wäre zu richten an den Verein zur Förderung der Kunst, NW. 6, Wilmersdorf. 2. — L. S. Wir lehnen es ab, Geschäfte zu empfehlen. — A. Wein. — G. S. 15. Die Bedingungen der Gesellschaften, deren Adressen Sie im Berliner Adressbuch finden, sind so verschieden, daß wir Ihnen einen Rat nicht erteilen können. — Hammer, Friedrichsfelde. Für diesen

Beitrag besteht eine Spezialfachschule nicht. — Dachdecker 124. Spech (Sprich Spech) Name eines schottischen Gebirgsflusses. — S. 75. Wenn die Dienstboten im Gewerbebetriebe beschäftigt sind, dann besteht Krankenversicherungspflicht. — S. R. 76. Wir raten ab. Warnungen haben wir so oft ausgesprochen, daß ein aufmerksamer Leser unserer Blätter gar nicht mehr in Zweifel kommen könnte. — C. S. 73. Unsin. — C. P. 200. Die Kirchensteuer ist zu zahlen bis zum Ablauf des auf den Austritt folgenden Kalenderjahres, also in Ihrem Falle — Austritt Juni 1907 — bis 31. Dezember 1908. — S. 23. 100. In der angelegten Zeit sind nach Erhebung einer Erbschaft wieder 20 Mitglieder der Fraktion gewählt. — S. 3. Rein. — G. R. 65. Davon kann keine Rede sein. Gewiß, Einwirkungen werden versucht, aber direkten Zwang würde man doch wohl nicht wagen. — W. 27. Am 1. Juni. — R. S. 40. 1. 3000—6000 M. 2. 36 000 M.

und 14 000 M. Stellenzulage. 8. 100 000 M. 4. Die Schwarz-rot-goldene Tricolore ist durch die deutsche Burshenschaft nach 1815 aufgenommen und seitdem als Symbol nationaler Gesinnung von verschiedenen Vereinigungen getragen, von den Regierungen aber als Zeichen der Demagogie verpönt worden. Am 9. März 1848 wurden die Farben offiziell anerkannte Reichsflaggen, mit dem Einsetzen der Reaktion aber wieder in Acht und Bann getan. Im Jahre 1896 trug das achte Armeekorps, sogenannte Reichsarmee, noch eine Armblende in den Farben Schwarz-rot-gold.

Briefkasten der Expedition.
Vola Truda. Beim Abholen von der Hauptexpedition, Lindenstr. 69 (Laden), kostet der „Vorwärts“ pro Monat 80 Pf.

Öffentliche politische Versammlungen.

Sechster Wahlkreis! **Sonntag, den 4. April, mittags 12 Uhr:**
Öffentliche politische Versammlung
im **Palast-Theater, Burgstraße, Ecke St. Wolfgangstraße.**
Tagesordnung:
Die politische Geheimpolizei und ihr Treiben.
Referent: Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld.
Freie Diskussion. Der Einberufer: Th. Fischer, Ravenstr. 6.

Theater.
Freitag, den 2. April.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Altes.
Königl. Schauspielhaus. Colberg.
Neues königliches Opernhaus.
Geschlossen.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerspiele. Der Arzt am Scheideweg. (Auf. 8 Uhr.)
Lessing. Hordemsheim.
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Nur ein Traum.
Neues. Die Fremde Frau.
Neues Schauspielhaus. Pech-Schulze.
Thalia. Wo wohnt sie denn?
Romische Oper. Der Toreador.
Hesperus.
Reifhaus. Kammerspiele um Amelie.
Kaufmann. Gesellschaftabend.
Anfang 7 Uhr.
Wetters. Der Jockeyklub.
Kleines. Moral.
Gebbel. Revolutionshochzeit.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
Die Karolinger.
Schiller Charlottenburg. Die Welt, in der man sich langweilt.
Friedrich-Wilhelmsstadt. Schauspielhaus. Othello.
Luisen. Marie, die Tochter des Regiments.
Trianon. Liebesgenossen.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Auf. 8 1/2 Uhr.)
Bernhard Hofe. Reiterattache.
Bürgerliches Schauspielhaus. Hochzeit. (Auf. 8 1/2 Uhr.)
Gastspiel-Theater. Sherlock Holmes. Gebrüder Herrnsfeld. Die beiden Bindelbände.
Apolo. Der junge Papa. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos!
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Fantine. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Insolvent. (Auf. 8 1/2 Uhr.)
Safford. Russland. Spezialitäten.
Gaiety. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Parodie. Siegel heisst alles. — Alles fürs Kind. Ueber die Folgen eines Nendebaus. (Auf. 8 1/2 Uhr.)

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Leben, Bräute und Legenden der Schwarfuß-Indianer in den Rocky-Mountains.
Invalidenstr. 57/52: Abends 8 Uhr:
Dir. Dr. P. Schwan: Die Bewegung der Weltkörper.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Der Jockeyklub.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 2. April, Anfang 8 Uhr:
Othello.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Schlagende Wetter. Abends 8 Uhr: Othello.
Lustspielhaus.
Gesellschaftsabend.
Beginn 7 Uhr. Konzerteil.
Hierauf: Im Klubsessel.

Schiller-Theater.
O. (Wagner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Karolinger.
Trauerspiel in 5 Akten von Ernst v. Wildenbruch.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Graf von Charolais.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Ein Volksfeind.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Karolinger.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Welt, in der man sich langweilt.
Kaufmann in 3 Akten von Eduard Kailashan.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Götz v. Berlichingen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Welt, in der man sich langweilt.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Julius Cäsar.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Rechts heram.

Brauerei Friedrichshain.
Am 1. u. 2. Osterfestertag 1909:
Matinee-Konzert
von
Johann Strauß aus Wien
mit der gesamten Kapelle (50 Künstler).
Anfang präzis 1 Uhr. Ende 4 Uhr.
Billets zu ermäßigten Preisen (40 u. 60 Pf.) im Vorverkauf bei der Expedition des „Vorwärts“, Herrn Zucht, Immanuelkirchstraße 12.

Grosse Internationale Gartenbau-Ausstellung
Ausstellungshallen am Zoo
2.-13. April



Rur noch kurze Zeit!
Zirkus Schumann
Freitag, den 2. April 1909, abends 7 1/2 Uhr:
Außerordentliche Vorstellung.
Neu! Neu!
Torontos Trio
3 Herren in einem ganz neuen Genre.
Wild-West Cowboy Theron-Truppe
8 Personen.
Schönhaute Paet, der 4 beinige Raschler. Herr Heß als Schutzeiter. Armando mit seinem boxenden Känguruh, einzig in seiner Art, und die übrige Spezialitäten.
Um 9 1/2 Uhr:
Golo, der Seeräuber.
Sonntag: Zwei Vorstellungen.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Freitag, 2. April, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung!
Die großartig. neuen Spezialitäten.
Mons. Vansart!
Der Mann mit d. eisernen Griff.
(Ein Phänomen d. Wissenschaft!)
Mr. Charleston
in seinem sensationellen **Quadrupelstakt.**
Herrn Karl Hagenbecks neuester und größter Dressurakt.
Um 7 1/2 Uhr ca.:
Auswanderer!
und das gr. Gala-Programm.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter — tadellos!
Rouve in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Perry, Holden, Bender, Giampietro, Kettner, Pfann, Thielscher.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Grunendstr. 16.
Der Letermann und sein Pflegekind.
Charakterbild a. d. Volkstheater.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonntag, 3. April: Gr. Extravorstellung: Der Herrgottschaitzer von Ammergau.

WINTERGARTEN

Palast-Theater
Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das gänzlich neue April-Programm.
12 Debüt 12
Rur Kunststücke allerersten Ranges.
Das Skelett im Hause.
Voll mit Gesang in 1 Akt.
Donnerstag, den 8. April: Benefiz für das Schauspielersonal.

Neues Programm.
La Manola Gadiana, andalusisches Zigeunerleben.
Marcel u. Boris, Salon. Equilibrist.
Mania de Veri, internat. Sängerin.
Joh. Reichen, dress. Miniaturländchen.
Mogiri ???
„Kinemacolor“, lebend. Photogr. in natürl. Farben.
Salerno, Meister-Jongleur.
De Life, Diva parisienne.
Ludwig Amann, Mimiker.
Die 8 Geisha, Sep. Gesang- und Tanz-Truppe.
Bagnasso, der Urkomische.
A. C. Staleys musikal. Schmiede.
Biograph, neueste Aufnahmen.

Casino-Theater
Lützowstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das beste April-Programm.
Opern:
Ackermann.
Tragikomödie in 4 Akten von Felix Holländer und Arthur Schmidt.
Sonntag 4 Uhr: Die Dianabilder.

Apollo Theater
8 1/2 Uhr. Gastspiel 9 1/2 Uhr der drei Schwestern
Wiesenthal.
Abends 8 Uhr:
Das große neue Programm.
U. a.: F. A. Heinhans, Rechenkünstler.
Gewöhnliche Preise.

Passage-Panoptikum.
Zum erstenmal in Berlin!
Princeß Fassie
die Amazonen-Königin m. ihr. wilden Leibgarde.
Das blaue Weib,
das Opfer unarmherz. Tätowieren.
Das gr. Schauprogramm
Alles ohne Extra-Entree.

Stadt-Theater Moabit.
Größter und vornehmster Theater-saal Moabit.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)
Sonntag, den 4. April 1909:
Sherlock Holmes.
Engl. Detektiv-Romäne in 4 Akten.
Auf. d. Borst. 7, Kallendöffnung 8 Uhr, Konzert 9 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Vorkauf von 10—1 Uhr mittags im Theater-Restaurant.
Montag, den 5. April: Soltes der Lustigen Sängers.
Donnerstag, den 8. April: Der Dampf von London.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Erstes Auftreten der maurischen Schlangentänzerin
Yaka-Jshad
Ensemble-Gastspiel der Garland-Negeroperette
und das grandiose April-Programm.
14 erstklassige Spezialitäten.

Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt Engrospreisen in der Möbelfabrik kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
H. Walter inb. Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5157
35 Permanent Musterzimmer-Ausstellung. 35

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
„Kommere Dich um Amelie.“
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 4. April, nachm. 3 Uhr: **Der Bräutigam.**
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Marie, die Tochter des Regiments.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Letzte große Kinderdarstellung in dieser Saison: **Rag und Ragie.** 8 Uhr: Marie, die Tochter des Regiments.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Mädchen auf Jertwegen. 8 Uhr: Der Lohhäger.
Montag: Marie, die Tochter des Regiments.
BERNHARD ROSE THEATER
St. Franziskaner Str. 132.
Abends 8 Uhr
Reiterattache.
Bochensapelle.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Die Prinzessin vom Diamantlande.
Abends 8 Uhr: Die Entgeister.

Gastspiel-Theater.
8. Köpenickerstr. 68. 8.
Zum 550. Male:
Sherlock Holmes
von Ferdinand Bonn.
Theater des Südens
Dresdenerstr. 97 a. d. Weinstr.
Zu weißen Hölz'l.
Vor u. nachm. 8 Uhr. Spezialität u. humor. Konz. Kinematogr. Kabarett. N. d. Borst. Tangentien ohne Nachzahlung Konf. d. Konz. 7. d. Borst. 8 1/2 U. Entree 20 Pf.
Folies Caprice.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Insolvent.
Voll von 2. Kaufmann.
In lauschiger Nacht.
Bullellie von B. Gerde.

Lessing-Theater.
Freitag 7 1/2 Uhr: Helen. Hofus lebende Vorstellung: Rosmersholm.
Sonntag 8 Uhr: Der König.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Nur ein Traum.
Morgen: Einer von ansore Laut.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die fremde Frau.
(La femme X...)
Morgen und folgende Tage: Die fremde Frau.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Hebbel-Theater
Königsgrüner Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum 144. Male:
Der Kompagnieball
Anfang wochent. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

CREDIT AN ALLE
Wilschons Wilsch
Zulassungsgeschäft. Gebrüder Wilsch.
NUR MÖBEL

Gebrüder Herrnsfeld.
Anfang Theater. Vorverk. 8 Uhr. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Nur noch bis Dienstag, 6. April
Die beiden Bindelbände und „Endlich allein“!
Mittwoch, 7. April:
Premiere!

Brunnen-Theater
Dahlstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Freitag, den 2. April 1909:
Mutter und Sohn.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Achtung!

Maurer.

Achtung!

Montag, den 5. April, abends 8 Uhr:

12 öffentliche Maurer-Versammlungen 12

in folgenden Lokalen:

1. Für Norden, Pankow und Weißensee im **Prater**, Kastanienallee 7/9.
2. Für Nordosten und Osten I in der **Königsbank**, Große Frankfurter Straße 117.
3. Für Osten II, Lichtenberg und Friedrichsfelde in den **Prachtsälen des Ostens**, Frankfurter Allee 151/152.
4. Für Südosten, Süden und Südwesten im **Märkischen Hof**, Admiralstr. 18c.
5. Für Wedding, Moabit, Oranienburger Vorstadt und Reinickendorf-Ost in **Milbrodts Gesellschaftshaus**, Müllerstr. 7.
6. Für Schöneberg, Westen und Wilmersdorf in den **Neuen Rathaussälen**, Schöneberg, Meiningen Straße 8.
7. Für Charlottenburg im **Volkshaus**, Hofenstraße 3 (großer Saal).
8. Für Steglitz und Friedenau bei **Schellhase**, Ahornstraße 15a.
9. Für Gr.-Lichterfelde und Lankwitz bei **Wahrendorf** in Gr.-Lichterfelde, Bäckerstr. 22.
10. Für Mariendorf, Marienfelde und Tempelhof bei **Löwenhagen** in Mariendorf, Chausseestraße 27.
11. Für Friedrichshagen und Mahlsdorf bei **Lerche** in Friedrichshagen, Friedrichstr. 112.
12. Für Tegel und Reinickendorf-West bei **Kinzler** in Tegel, Schlieperstraße 64.

Tages-Ordnung:

Die augenblickliche Situation im Baugewerbe und welche Aufgabe haben wir zu erfüllen?

Referenten sind:

Baude, Gehl, Hanke, Hüttmann, Horter, Jakob, Kahl, Koch, Muth, Silberschmidt, Schenk und Schauer.

Vollzähligen Besuch erwartet

Der Einberufer.

Walhalla-Variete-Theater

Waldbergsweg 19-20, Rosenthaler Tor. Abends 8 Uhr: Die amüsantesten April-Spezialitäten. Im Tunnel: Jap. Blumenfest. Reglementstheater bei 8. Fr. Eintr.

Sanssouci, Kottbuser

Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanz. Ausgewähltes Programm. Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U. Jeden Dienstag: Theater-Abend.

Steidl

Brückenstraße 2. (Oberer Saal). Anfang 8 1/2, Sonntags 7 1/2 Uhr. Neues Programm u. a.:

Papa Brenneke!

Humoreske von Fritz Steidl. Parterre-Saal: Unfidelitas. Prima-Küche. — Entree frei.

Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9. Das glänzende sensationelle April-Programm. Palmsonntag und die Karwoche: Vorstellungen mit extra gewähltem Programm. Karfreitag geschlossen. Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Ettingers Schuhwarenhaus

Brunnenstr. 13, Zentrale: Königstr. 34 empfiehlt seine eleganten Schuhwaren aus allerersten Fabriken Deutschlands zu weitbilligen Preisen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1987.

Sonnabend, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr:

Allgemeine Klempner-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, großer Saal. Tages-Ordnung: 1. Der Stand der Aussperrung und unsere weiteren Maßnahmen. 2. Diskussion. Jeder Klempner muß zur Stelle sein. 114/14 Die Ortsverwaltung.

Ab 1. April a. e. befindet sich mein Geschäft

Neue Königstr. 70,

im Hause des Postamt 43. Max Ziegenhals, BERLIN NO. 18, Keibelstr. 20, Alexanderplatz. :: dicht am :: Telefon: Amt VII, 4730.

Billigste Sinkaufsquelle in Zigaretten, Zigarren und Tabaken.



KUNEROL
Feinstes Cocospeisefett

Kunerol-General-Depot: Berlin SW. 48, Friedrichstr. 231. Tel. - Amt 6, 3718.

Ettingers Schuhwarenhaus

Brunnenstr. 13, Zentrale: Königstr. 34 empfiehlt seine eleganten Schuhwaren aus allerersten Fabriken Deutschlands zu weitbilligen Preisen.

Berliner Eis-Palast

Ständige Eisbahn. Bis 12 Uhr nachts geöffnet. Konzert und Kunstausen Heute von 1 1/2 bis 4 Uhr geschlossen.

Ettingers Schuhwarenhaus

Brunnenstr. 13, Zentrale: Königstr. 34 empfiehlt seine eleganten Schuhwaren aus allerersten Fabriken Deutschlands zu weitbilligen Preisen.

Vertrieb von Erzeugnissen sächsischer

Gardinen-Fabriken

Johann Pellot & Co., Kommanditgesellschaft.
Erste Bezugsquelle für:

Gardinen * Stores * Bettdecken * Zuggardinen.

Verkauf zu unseren Originalpreisen nur:

C. Rosenthaler Straße 2, am Rosenthaler Tor.
SO. Wiener Str. 11, gegenüber der Hochbahn.
S. Kottbuser Damm 73 (Rixd.) gegenüb. Boppstr.

O. Gr. Frankfurter Str. 5/6, Ecke Fruchtstraße.
O. Niederbarnimstr. 13, Ecke Boxhagener Str.
O. Grüner Weg 28, gegenüber der Markthalle.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres Vaters und Schwiegervaters, des Paters 18486

Friedrich Erdmann
sage allen Verwandten und Bekannten sowie Kollegen und Parteigenossen meinen besten Dank.
Ernestine Erdmann und Kinder.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere allen Kollegen und Parteigenossen meinen herzlichsten Dank. 18486

Witwe Elise Giese und Kinder.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Hausbewohnern vielen Dank. 18465

Die trauernde Witwe Luise Neumann und Sohn.

Danksagung.
Sagen dem Vorstand des Wohlfahrtsvereins des 4. Arrisses sowie allen Verwandten, Genossen und Freunden für die Gratulationen zu unserem 25-jährigen Ehejubiläum unseren aufrichtigsten Dank.

Wilh. Jöchel und Frau.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Wilhelm Fathke** sage ich allen, insbesondere dem Arbeiter-Gewerkschaftsverein, dem Arbeiter-Landsmann und seinen Kollegen herzlichsten Dank.

Henriette Fathke nebst Kindern.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Nowawes u. Umg.
Am 19. April d. J., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Singer, Nowawes, Pflaumenstraße 31, eine

Ordentliche General-Versammlung
statt, zu welcher die Vertreter derselben hiermit ergebenst eingeladen werden.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes und Bericht des Kassiers.
2. Statutenänderung (Einführung von Mitgliedsbeiträgen).
3. Verschiedenes.
Anträge zu der Generalversammlung sind bis zum 9. April bei dem Vorstand einzureichen. 272/6

Der Vorstand, gez. D. Hoffmann.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Sonren
zum Sonntag, den 4. April.

1. Abt. 1 Uhr: Gr.-Lichterfelde. Start: Säulstr. 58.
2. Abt. 1 1/2 Uhr: Ziegenhals (Niederschlag). Start: Fontane-Promenade 18. 10/10
3. Abt. 7 Uhr: Neue Wäule (Schule Thormann). 1 Uhr: Johannisthal (Krautmann). Start: Mariannenplatz.
4. Abt. 8 Uhr: Senzla. 2 Uhr: Adlershof (Waldstein). Start: Rühriner Platz.
5. Abt. 1 Uhr: Schöneiche (Säulmühl). Start: Eibsum.
6. Abt. 1 Uhr: Eichwalde (Mitte). Start: Oberberger Straße 28.
7. Abt. 2 Uhr: Bismarckdenk (Schneider). Start: Ködliner Str. 8.
8. Abt. 6 Uhr: Eichwalde (Mühle). 1 Uhr: Bernau (Berichtsaal). Start: Rottker Straße 17.
9. Abt. 1 1/2 Uhr: Adlershof (Waldstein). Start: Schillingstr. 15.
10. Abt. 1 Uhr: Schöneiche (Säulmühl). Start: Weberstr. 17.

Ettingers Schuhwarenhaus
Brunnenstr. 13, Zentrale: Königstr. 34 empfiehlt seine eleganten Schuhwaren aus allerersten Fabriken Deutschlands zu weitbilligen Preisen.

Blüthner-Orchester.
Sonntag, 4. April, 7 1/2 Uhr: Populäres Konzert. Dirigent: Ferdinand Neisser. Sol.: Fr. Marg. Bosner (Klv.), Hr. Konzertm. Lambino (Viol.). A. d. Progr.: Wagner: Ouv. 2. „Der fliegende Holländer“. Mozart: Konzert f. d. Violine. Beethoven: Konzert f. Klavier in C-dur. Erste: Auf der Rektion, Walzer-Capriccio. Karten a. 1.50, 1.—, 0.75 b. Bote & Bock, Wertheim usw., Orchesterbureau Lützowstr. 76. Tages- und Abendkasse am Konzerttage. 290/18

Blüthner-Orchester.
Karfreitag, d. 9. April, 8 Uhr: Chor-Konzert d. Blüthner-Orch.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 30. März verstarb unser Mitglied, der Gastwirt **Eduard Teigmeier** Grünthaler Straße 20a. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Müllerstraße (Wde der See-straße) aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 226/5 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Nachruf.
Am 25. März verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Robert Schultz** Goltzstraße 20a. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung hat am 29. März stattgefunden. 226/4 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin. **Todes-Anzeige.**
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Monteur **Gustav Lehmann** am 30. März an Bauchfellentzündung gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes in Wilmersdorf, Berliner Straße, aus statt. Rege Beteiligung erwartet 114/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin 2. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter **Eduard Teigmeier** am Dienstag, den 30. März, im Alter von 41 Jahren an Lungenerkrankung gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Philippus-Apostel-Kirchhofes, Müllerstr. 44/45, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 66/13 Die Verwaltung 2.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Schenkendorf u. Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Portefeuilleier **Moritz Schmidt** in Schenkendorf am 30. März, abends 8 1/2 Uhr, gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. April, nachmittags 5 Uhr, in Schenkendorf von der Leichenhalle aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 202/10 Der Vorstand.

Verband der Portefeuilleier.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß am 30. März unser Mitglied, der Portefeuilleier **Moritz Schmidt** verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle in Schenkendorf bei Königs-Walderhausen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 109/9 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Freunden und Verwandten die traurige Mitteilung, daß unser geliebter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Metallarbeiter **Wilhelm Hölzer** am 30. März plötzlich am Herzschlag verstarb. Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, auf dem neuen Jakob-Kirchhof, Dammstr. 106, statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Parlamentarisches.

Die Vergesekkommission des Abgeordnetenhauses fehte ihre Beratungen beim § 80f, h fort. Dieser Paragraph be-

trifft die Organisation, Wahl, Zuständigkeit und Geschäftsführung des Arbeiterausschusses sowie über die Tätigkeit der Sicherheitsmänner...

Ein Zentrumsmittglied fragte an, aus welchen Gründen der Landwirtsminister bestimmt habe, daß

die Stimmgabel

zur Wahl des Arbeiterausschusses von der Werkverwaltung zu liefern sind. Das sei so gehandhabt worden, daß die Werk-

Der § 80f, i lautet nach der Regierungsvorlage: „Das Oberbergamt entscheidet über Beschwerden betreffend die Gültigkeit der Wahlen.“

Das Oberbergamt hat einen Sicherheitsmann, der seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, mit Geldstrafen, die für den Einzelfall 5 M. nicht übersteigen dürfen, zu belegen und kann ihn im Wiederholungsfall oder in besonders schweren Fällen seines Amtes entsetzen.“

Der Minister machte gegen diesen Antrag grundsätzliche Bedenken geltend: Die Sicherheitsmänner seien keine Beamten, und da könne es nicht in der Ordnung sein, wenn eine Verwaltungs-

Die Nationalliberalen wollten den nationalliberalen Antrag in der Weise fassen, daß ein Sicherheitsmann „mit Genehmigung des Oberbergamtes“ bestraft werden könnte.

Das die Bestrafung des Sicherheitsmannes doch viel besser im Wege der Arbeitsordnung erledigen ließe und dann dieser Bestrafung der Charakter einer amtlichen genommen werde...

Der § 80f, k bestimmt, daß die

Verwendung von Strafgebern.

die Verwaltung der Unterstufungsklassen, die Organisation, Wahl, Zuständigkeit und Geschäftsführung des Arbeiterausschusses und der Sicherheitsmänner in den Arbeitsordnungen oder in besonderen Satzungen festgelegt werden solle und der Genehmigung des Ober-

Rumkehr wurde darüber beraten, ob die Einrichtung der Sicherheitsmänner, wie es ein nationalliberaler Antrag wollte, nur auf Steinkohlenbergwerke beschränkt werden soll.

Nach diesem Antrag sollten die Bestimmungen auf Tagebauten und auf Erzbergwerke keine Anwendung finden.

Die Nationalliberalen erklärten, daß auch auf Kalibergerwerken diese Einrichtung der Sicherheitsmänner vollständig überflüssig sei.

Der Antrag, daß die Vergleute für unerlässlich halten, daß die Nationalliberalen den Kaliberbau für ungeschaffen halten, sei höchst sonderbar.

Der Minister hält eine Beschränkung der Einrichtung der Sicherheitsmänner auf Steinkohlenbergwerke auch für unbegründet.

Der Antrag, daß auch Tagebauten eingeschlossen sein sollten, wurde gegen 5 Stimmen, worunter eine Zentrumstimme, der Antrag, den Erzbergbau einzubeziehen, mit 11 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Von den Konservativen war noch beantragt, als neuen § 80f o einzufügen:

Für diejenigen Bergwerke oder Betriebsanlagen, welche nicht unter den vorerwähnten Paragraphen fallen, verbleibt es hinsichtlich der Bestimmung und der Tätigkeit des Arbeiterausschusses bei den bisherigen Vorschriften.

Danach bedürftigen die Konservativen, neben den neuen Vorschriften noch die alten über Arbeiterausschüsse bestehen zu lassen.

gefehnovelle — wie bisher — auch bis zum letzten Paragraphen selbständig zu verfügen, nicht abdringen. Bis zur zweiten Lesung behielten sie sich vor, eine andere, den Anschauungen des Ministers entsprechende Fassung zu finden...

Damit waren die Bestimmungen über die Sicherheitsmänner und den Arbeiterausschutz erledigt. War die Regierungsvorlage schon ein völlig unzureichendes Angebot für die Arbeiter...

noch viel schlechter

zu gestalten! Da die Nationalliberalen ihre noch über die Wünsche der Konservativen hinausgehenden Verschlechterungsanträge nur zurückgezogen haben, um sie in der zweiten Lesung in „verbesselter“, d. h. für die Arbeiter ungünstiger Form einzubringen...

Hus der Frauenbewegung.

Heimarbeiterinnen.

Witte des vorigen Jahrhunderts ereignen die Hungeraufstände der Weber begreifliches Aufsehen. Außer blauen Bohnen hatte die besitzende und herrschende Klasse nichts übrig für die verzweifelten Weber. Auch in späteren Jahren fragte niemand viel nach der Not in der Heimindustrie.

Genossinnen im Stadiparlament Kopenhagens.

Unter den 20 Vertretern der Sozialdemokratie, die kürzlich bei der Stadtverordnetenwahl in Kopenhagen gewählt wurden, sind auch zwei Frauen, die Genossinnen Anna Johansen, Vorsitzende der Abteilung der Herrenschneiderinnen des Dänischen Schneiderverbandes, und Henriette Erone, Organisationsvorsitzende der Druckerinnen.

Frauen als Verteidigerinnen politischer Flüchtlinge.

Überhundert Arbeiterfrauen von Chicago verlaufen vor kurzem in den Straßen eine Spezialausgabe des „Chicago Daily Socialist“, welche die genauen und wahren Angaben enthielt über die mexikanischen politischen Flüchtlinge, die zurzeit von der Regierung der Vereinigten Staaten in Untersuchungshaft gehalten werden.

Uebertritt zur sozialdemokratischen Partei.

Die bisherige Redakteurin von „Arviden og Samfundet“ („Die Frau und die Gesellschaft“), des Organs des dänischen Frauenbundes, Lehrerin Helene Loevich, sowie Fräulein Groschöle, die Tochter des dänischen Schriftstellers Cabot Erlar, sind zur sozialdemokratischen Partei übergetreten.

Verfammlungen.

Eine Volksversammlung hatte der Vorstand des Wahlvereins für den dritten Kreis am Dienstag nach Kellers „Neue Philharmonie“ in der Köpenickerstraße einberufen. Die Versammlung war sehr stark besucht. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Wolfgang Heine über das Thema: Der Kriegsminister und die Sozialdemokraten.

kämpfen. — Der Vortrag wurde mit regem Interesse und lebhaftem Beifall entgegengenommen.

Der Holzarbeiterverband veranstaltete am Donnerstag sieben Agitationsversammlungen in verschiedenen Stadtgebieten. Die Versammlungen waren alle gut besucht, einige sogar überfüllt.

Der Zentralverband der Zimmerer hielt am Mittwoch dreizehn Agitationsversammlungen in Berlin und den Vororten ab. Alle Versammlungen waren gut besucht.

Table with 10 columns: Year, Arbeiter, Partier, I. Etage, II. Etage, III. Etage, IV. Etage, Summ Mieten, Gerichtet, Ausbau, Gesamtwert.

Am 17. März 1909 wurden auch 38 Bauten angetroffen, die wegen Mangel an Geld still lagen. — Nach diesen Feststellungen kann eine Besserung der Lage im Baugewerbe für die nächste Zukunft nicht erwartet werden.

Weiter wurde in den Referaten hingewiesen auf die Organisation der Unternehmer, die im Baugewerbe eine ziemlich starke ist und mit allen Mitteln verucht, die Arbeiterbewegung niederzuschlagen.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen.

Table with 6 columns: Stationen, Warenart, Preis, Stationen, Warenart, Preis.

Wetterprognose für Freitag, den 2. April 1909. Heftig mild und zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit lebhaften Regenfällen und lebhaften südwestlichen Winden.

